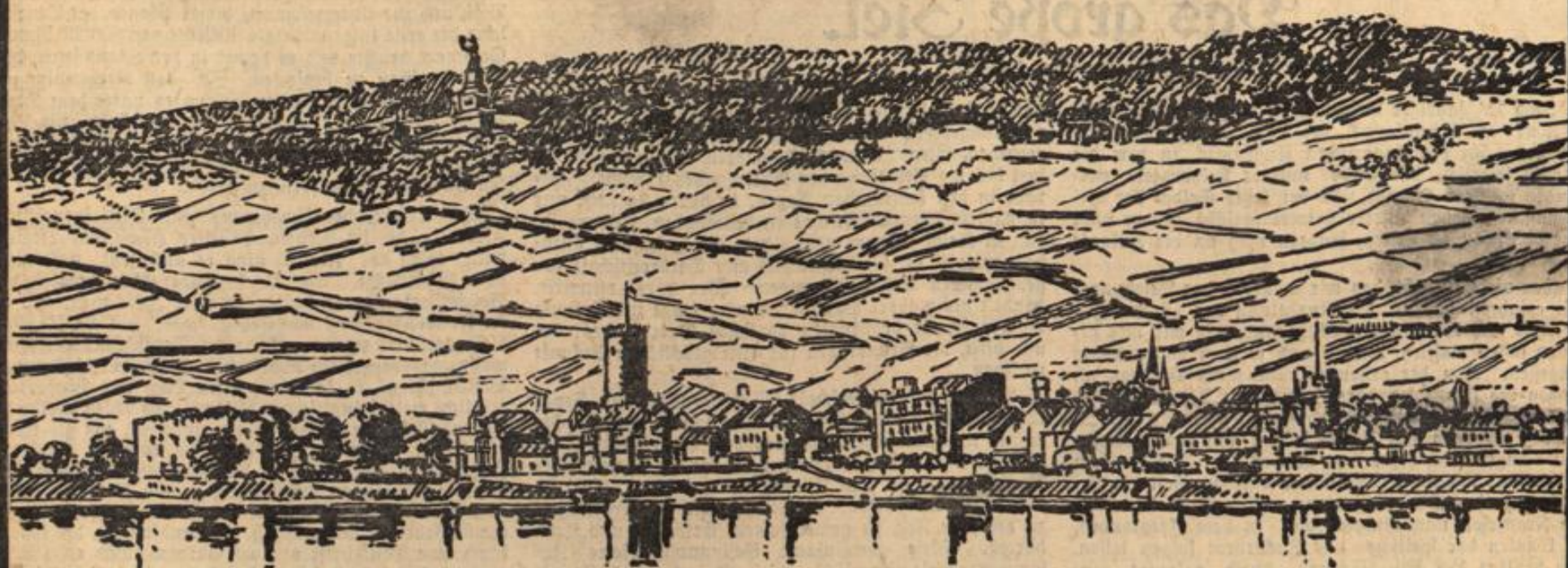


Die feine Gestaltung hat vor der Aufnahme, schon bei
Anfangen. Sie glaubt, daß er nach ihr gefahret hätte,
und ihr Schicksal würde noch heiserer werden.

Hande des nächsten Tages, als es nach so dunkel war,
daß die Lichter in den Wohnungen brennen mußten.
Es ist entsetzlich nicht "Schicksal", hatte Doktor

Die Freude des Gebirges.
von Sinn.

Die Freude des Gebirges.
von Sinn.



Befreites Gebiet

Sonder-Ausgabe
des

Wiesbadener Tagblatt

Aus Anlaß des endgültigen Abzuges der
fremden Besatzungstruppen am 30. Juni 1930.



Das große Ziel.

Von Hermann Lelisch.

Nach 11½-jähriger Besetzung ist auch für uns in der 3. Zone des Rheinlands der Tag der Freiheit gekommen. In dem historischen Augenblick, in dem die Glocken feierlich das Ende unserer Leidenszeit verkünden und zur Stunde, da der letzte Soldat der Besatzung den Boden unserer Heimat verläßt, gilt es nicht nur Rückschau zu halten, sondern auch an die Zukunft zu denken.

Das viele Unrecht, das wir während der Besetzungszeit erfahren haben, die Knebelung der bürgerlichen Freiheit und der Meinungsäußerung, die wir uns gefallen lassen mußten, können und werden wir niemals vergessen. Von der ersten Stunde ihres Einzugs an gingen die Franzosen darauf aus, das besetzte Rheinland ihre Macht unnahtlos fühlen zu lassen. Tanks, schwarze Truppen und Spahis sollten uns zum Bewußtsein bringen, daß gegen den Willen der „Sieger“ kein Widerstand möglich sei. Still und ergeben hielt die Bevölkerung des Rheinlands aus. Ihre Ruhe verleitete die Franzosen nach einiger Zeit zu dem Irrglauben, sie könnten der Beizität das Zuckerbrot folgen lassen. Sie wollten den Rheinländern durch gelaufte heimische Geister eintreden lassen, es sei ihr ureigenstes Interesse, Schutz und Halt bei der Republik im Westen zu suchen. Man versuchte die Methoden, die man in den Kolonien früher mit Erfolg angewandt hatte. Alles aber war umsonst, denn die Deutschen im besetzten Gebiete hielten still, aber sie hielten auch aus. Und ihre Ausdauer wird jetzt endlich durch die Räumung belohnt. Gewiß müssen wir den Wermutstropfen hinnehmen, das Saargebiet noch immer vom Reich getrennt zu sehen. Wir haben jedoch die feste Zuversicht, daß es bald gelingen wird, die Fesseln der treudeutschen Saarbevölkerung ebenfalls zu sprengen und sie wieder in unsere Volksgemeinschaft einzugliedern.

Mit der Räumung Wiesbadens und der 3. Besatzungszone ist aber noch nicht alles erreicht. Es gilt nunmehr das durch die Besatzungszeit zerstörte neu aufzubauen. Das kann nur durch eisernen Willen

und in gemeinsamer Arbeit aller wohlgesinnten Bevölkerungskreise und aller staatsbeherrschenden Parteien geschehen. Nicht Leidenschaft, sondern ruhige Besonnenheit hat die Befreiung des Rheinlandes erreicht. Gerade in den kommenden Tagen, in denen es nicht nur in unserer engeren Heimat in Wiesbaden, sondern im ganzen Reich darum geht, den Wiederaufstieg anzubahnen, gilt es, Geschlossenheit und Tatbereitschaft zur gemeinsamen Arbeit zu zeigen. Wer dabei mitwirkt, handelt als wahrer Patriot, denn er trägt zur Rettung unseres schwer bedrängten deutschen Vaterlandes bei und hilft, die Grundlagen für eine glücklichere Zukunft zu legen.

Als die Einwohnerschaft Wiesbadens in den Separatistentagen die Absichten der Landesverräter zu nichte machte und das Rheinland vor dem Zugriff des französischen Militarismus retten half, kannte sie kaum die Namen jener, die zum Widerstand aufriefen. Aber sie war bereit im Herzen, bereit als deutsche Bevölkerung zu deutscher Tat, zu gemeinsamem Ertragen und Ausbarren. Diese gemeinsame Gesinnung, dieses Zusammengehörigkeitsgefühl, diese Opferbereitschaft und Treue zum Vaterland gilt es auch jetzt, wo es um die Bekämpfung der Daseinsnöte und um das Wiederinganglegen der zerschlagenen Wirtschaft geht, aufzubringen. Das große Ziel muß alle ehrlich Gesinnten einen. Dieses Ziel heißt nicht Parteiprogramm, es heißt für alle wahrhaft patriotisch gesinnten Deutschen Deutschland, für alle guten Wiesbadener Wiesbaden. Weder Stand noch Vorurteil darf diejenigen trennen, die guten Willens sind. Angesichts des großen Ziels heißt es, die Heimat über die Partei zu stellen, den Parteienhader zu vergessen und die Gegensätze zu überbrücken. Gerade jetzt, wo die Blicke der ganzen Welt auf das Rheinland gerichtet sind, sollten wir unserem schwer bedrängten Vaterland mit dem leuchtendsten Beispiel der Einigkeit vorangehen. Das große Ziel sei die gemeinsame Arbeit für einen neuen Aufstieg Deutschlands und Wiesbadens. Glückauf!

Befreiungspolitik.

Vom „Gottesfrieden am Rhein“ über Locarno nach dem Haag und zur Räumung.

Von Walter Ahmus, Berliner Vertreter des „Wiesbadener Tagblatt“.

In den Friedensverhandlungen gelang es den Franzosen nicht, ihre Rheinlandpläne durchzusetzen. Diese Pläne liefen, darüber kann heute kein Zweifel mehr bestehen, darauf hinaus, das linksrheinische Gebiet von Deutschland loszureißen und hier einen besonderen, natürlich unter französischem Einfluß stehenden Pufferstaat zu schaffen. Das ist in den Instruktionen, die Briand am 12. Januar 1917 dem französischen Botschafter in London, Paul Cambon, erteilte, ebenso klar zum Ausdruck gekommen, wie in der Audienz, die etwas später der gegenwärtige französische Staatspräsident Doumergue als Beauftragter Briands bei dem Zaren hatte, und in der die französischen Wünsche auch in der Beziehung ganz klar zum Ausdruck gebracht wurden, daß Frankreich die politische Abtrennung des linksrheinischen Gebietes von Deutschland forderte, „damit der Rhein für die Zukunft eine sichere strategische Grenze gegen Deutschland bildet“. Wenn diese Zeugnisse noch nicht genügen, der sei darauf verwiesen, daß der gegenwärtige französische Ministerpräsident Lardieu am 12. März 1919 bei den Friedensverhandlungen eine Denkschrift vorlegte, nach welcher die linksrheinischen Gebiete (mit Ausnahme von Elsass-Lothringen) in einen oder mehrere selbständige Staaten unter dem Schutze des Völkerbundes verwandelt werden sollten. Ausdrücklich heißt es im ersten Abschnitt dieser Denkschrift des Mannes, der als Ministerpräsident den Befehl zur Räumung des Rheinlandes gab: „Im allgemeinen Interesse des Friedens und zur wirksamen Durchführung der Satzungen des Völkerbundes wird die deutsche Westgrenze an den Rhein verlegt“. Die zeitlich beschränkte Besetzung des Rheinlandes, die im Friedensvertrag festgelegt wurde, war also ein Kompromiß, freilich ein Kompromiß, das einzuhalten auf französischer Seite wenig oder gar keine Reue bestand. Nichts ist hierfür charakteristischer, als die Worte, mit denen der damalige Ministerpräsident Clemenceau den opponierenden Poincaré am 25. April 1919 beruhigte: „Wenn Sie nach fünfzehn Jahren mir die Ehre erweisen, mein Grab zu besuchen, dann werden Sie mir, davon bin ich überzeugt, sagen können: Wir stehen am Rhein und wir bleiben am Rhein“.

Die französische Politik ist denn auch von Anfang an bemüht gewesen, ihre ursprünglichen Ziele zu erreichen. So entstand schon früh, im Jahre 1919, der Gedanke, mit Hilfe einiger unzuverlässiger Elemente um Dort in einen Separatistenputsch zu arrangieren, der an der einmütigen Ablehnung der Rheinländer und der Ablehnung der Amerikaner schnell scheiterte. Die Versuche, auf diesem Wege zum Ziele eines Pufferstaates zu gelangen, wurden aber in Frankreich nicht aufgegeben. Man versuchte die Vorbedingungen für solche separatistischen Unternehmen zu verbessern und

der Ruhrkampf des Jahres 1923 gab dann das Signal für die Sonderbündler-Revolution großen Stils. Damals gab sich Poincaré der Hoffnung hin, diese separatistischen Umtriebe würden schließlich doch von Erfolg gekrönt sein. In der Kammer erklärte er nämlich im Spätherbst 1923, daß „wir (Franzosen) früher oder später auf eine Änderung in der politischen Verfassung des ganzen besetzten Gebietes oder eines Teiles desselben rechnen können, daß die Kammer aber begreifen müsse, wenn er im Augenblick zurückhaltend sei und nicht mehr sagen dürfte, daß aber niemand lebhafter als er die Bedeutung empfinde, welche die Frage für Frankreich habe“. Freilich versuchte die französische Politik nicht nur auf diesem Wege, zum Ziele zu gelangen, sondern schon die Besetzung Frankfurts, Hanau und Darmstadt am 6. April 1920 als Vergeltung für den Reichswehrmarsch in entmilitarisiertes Gebiet beim Ruhrkampf zeigte, daß Frankreich gewillt war, auch jede nur denkbare Bestimmung des Versailler Vertrages anzuwenden, um eine Erweiterung und Verlängerung der Besetzung zu erreichen. Freilich mußte sich damals Frankreich verhältnismäßig schnell vor dem englischen Widerstand zurückziehen, am 17. Mai 1920 wurden diese Städte wieder geräumt, aber schon ein Jahr später wurde mit der Besetzung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, am 8. März 1921, der gleiche Weg mit ungleich größerem Erfolg beschritten. Noch etwas später, am 11. Januar 1923, holte Poincaré mit der Ruhrbesetzung zu dem nach seiner Meinung entscheidenden Schläge aus.

Unter solchen Umständen mußte die deutsche Politik zunächst einmal darauf gerichtet sein, wenigstens die Innehaltung der Friedensbedingungen zu sichern. Das war schließlich der Sinn der ungeheuren Zahlungen, die Deutschland unter den schwierigsten Umständen leistete. Auf der anderen Seite konnte die deutsche Politik nicht verkennen, welche Bedeutung für Frankreich die sogenannten Sicherheitsforderungen hatten, besonders nachdem die amerikanisch-englische Sicherheitsgarantie für Frankreich, wie bei den Friedensverhandlungen vorgesehen war, nicht zustande gekommen war. Hier knüpfte der damalige Reichkanzler Dr. Cuno an, als er ausgangs des Jahres 1922 seinen Vorschlag vom „Gottesfrieden am Rhein“ machte. Dieser nicht übermäßig klare Vorschlag vermochte das Schicksal nicht zu wenden. Am 11. Januar 1923 marschierten die französischen Truppen in das Ruhrgebiet ein. Der Ruhrkampf führte dazu, daß Deutschland nicht mehr in der Lage war, seinen finanziellen Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag nachzukommen. Man sah auf der Gegenseite, vor allem in England und Amerika, daß es so wie bisher nicht weitergehen könnte, und wenn auch die englische Politik nur einen verhältnismäßig schwachen Druck auf Paris ausübte, so kam es doch wenigstens

im Jahre 1924 zu den Verhandlungen über den Dawes-Plan und zur Unterzeichnung dieses Planes, der Deutschland die erste internationale Anleihe von 800 Millionen Goldmark brachte und es damit in den Stand setzte, den Wiederaufbau zu beginnen. In den Verhandlungen im August 1924 in London gelang es unter dem Druck der amerikanischen Bankiers, die das Geld für die Dawes-Anleihe geben sollten, auch eine Vereinbarung über die Räumung des Ruhrgebietes und der sogenannten Sanktionsstätte herbeizuführen.

Damit legt der Umschwung ein. Die französische Flutwelle, die im Ruhrkampf ihren Höchststand erreicht hatte, ebte ab. Freilich ging es auch jetzt noch nicht ohne Rückschläge. Am 27. Dezember 1924 beschloß die Botschafterkonferenz, daß die Kölner Zone nicht, wie es im Friedensvertrag vorgesehen war, am 10. Januar 1925 geräumt werden würde, da Deutschland die Entwaffnungsvorschriften nicht erfüllt habe. Für die deutsche Politik schien es bei der ganzen Lage der Dinge unmöglich, weiter inaktiv zu bleiben. Es schien vielmehr an der Zeit, die Offensive zu ergreifen, um zu einer schnelleren Räumung des gesamten besetzten Gebietes zu gelangen. So wurden die deutschen Botschafter in Paris und London angewiesen, einen Sicherheitspakt anzubieten, was zunächst in mündlichen Verhandlungen am 9. Februar 1925 geschah, Verhandlungen, die später durch eine Denkschrift ergänzt wurden. Das erste Echo war nicht gerade erfolgversprechend, doch ließ sich die Berliner Regierung nicht von dem einmal gesteckten Ziele abbringen. Nach mancherlei Irrungen und Wirrungen kam es, nachdem inzwischen am 31. Juli 1925 das Ruhrgebiet geräumt worden war, in Locarno zu den abschließenden Verhandlungen über den Sicherheitspakt (15.—16. Oktober 1925). Maßgebend für die deutsche Politik war die Befürchtung, daß sich England durch Frankreich zu einem Abkommen bestimmen lassen könnte, welches die Zugehörigkeit des Rheinlandes zum Reich gefährdet hätte und das weiter möglicherweise den Rest der Reichsouveränität im entmilitarisierten Rheinland durch die Etablierung einer französisch geleiteten Völkerbunds-kontrolle beseitigt hätte. Man hat das auch so formuliert, daß die deutsche Außenpolitik unter allen Umständen eine Lösung der Sicherheitsfrage gegen Deutschland verhindern und dafür eine Lösung der Sicherheitsfrage mit Deutschland anstreben mußte. Das war der Weg, der nach Locarno führte. Mit den am 16. Oktober 1925 unterzeichneten Locarno-Verträgen war das Rheinland für Deutschland wieder gesichert. Deutschland erhielt selbst die Garantie seiner eigenen Grenzen gegen jede Art von französischen, beziehungsweise belgischen Einbruch, insbesondere auch gegen jede Gebietsüberschreitung unter dem Titel der nunmehr verpönten Sanktionen. Ob die deutsche Politik, als sie den Weg nach Locarno beschritt, von richtigen Voraussetzungen ausging, ist heute noch eine offene Frage. Es gibt Kritiker, die meinen, daß die Gefahr einer englisch-französischen Zusammenarbeit nicht so groß gewesen sei, wie sie damals den amtlichen deutschen Stellen erschien. Der Franzose Fa b r e - L u c e spricht in seinem Buch „Locarno ohne Illusionen“ von einem französischen Bluff, durch den die französischen Unterhändler die Unterschrift der deutschen Delegierten erlangt hätten, indem sie nämlich mit einem „unmöglichen französisch-englischen Militärbündnis“ drohten, wovon sie zugleich von England die bedingungslose Garantie erreichten, die es bis dahin den Franzosen abgeschlagen hatte. Nach Locarno schien die Räumung des besetzten Gebietes nicht mehr allzu fern zu sein. Charakteristisch für die damalige Stimmung ist eine kleine Szene, die Mehrmann in seinem Buch: „Locarno, Thoiry, Genf“ nach einer Erzählung Stresemanns wiedergibt. Danach hat nämlich bei der Unterzeichnung der Locarno-Verträge in London Lady Chamberlain den deutschen Außenminister auf das Bild Castlereaghs im Unterzeichnungszimmer aufmerksam gemacht mit der Erinnerung, es sei das Bild desselben englischen Ministers, der 1818 die Zurückziehung der Besatzungstruppen vom französischen Boden erwirkt habe. Ihr Gatte, so habe Lady Chamberlain hinzugefügt, habe das Bild gerade mit Bezug auf die Unterzeichnung des Locarnoabkommens an dieser Stelle aufhängen lassen. Man braucht heute nicht mehr darauf zu verweisen, wie die „Rückwirkungen“ ausblieben, ja wie selbst die in der Note der Botschafterkonferenz am 16. November 1925 gemachten Zusagen nur zögernd und nicht einmal vollkommen erfüllt wurden, denn daß die längst fällige Räumung der Kölner Zone schließlich am 31. Januar 1926 erfolgte, kann nicht als Rückwirkung der Locarno-Verträge bezeichnet werden.

Auf Locarno folgte wiederum nach einigen Irrungen und Wirrungen der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund (10. August 1926) mit der berühmten Rede Briands: „Es ist nun zu Ende zwischen Deutschland und Frankreich mit dem blutigen und schmerzlichen Zusammenschließen, es ist zu Ende mit dem Krieg zwischen uns. Kein Krieg, keine blutige Schlacht mehr zur Regelung von Zwistigkeiten, die unter uns entstehen könnten.“ Es schien, als ob die Zeit reif wäre für eine Gesamtvereinbarung der deutsch-französischen Fragen, die umso zweckmäßiger erscheinen mußte, als noch unmittelbar vorher deutsch-belgische Verhandlungen über die Rückgliederung von Eupen-Malmédy am französischen Widerstand gescheitert waren. Das denkwürdige Frühstück von Thoiry am 17. September 1926 ließ eine Gesamtvereinbarung der deutsch-französischen Fragen möglich erscheinen. In Thoiry brachten Stresemann und Briand, wie es in dem amtlichen Bericht heißt: „ihre Auffassungen über eine Gesamtlösung der (ihre beiden Länder interessierenden) Fragen in Einklang, wobei sich jeder von ihnen vorbehielt, seiner Regierung darüber Bericht zu erstatten.“ Aber schon sehr bald zeigte sich, daß die Zeit für eine solche Gesamtvereinbarung noch nicht reif war; an dem Widerstand Poincarés scheiterten die in Thoiry erwogenen Möglichkeiten.

Weder Locarno noch Thoiry hatten, auch wenn durch sie die Lage Deutschlands eine nicht unwesentliche Besserung erfuhr, zum Ziel geführt. Damit stand die deutsche Politik vor der Frage, ob sie die Räumung des Rheinlandes allein auf dem Wege erreichen wollte, daß sie immer wieder das Recht Deutschlands auf die Rheinlandräumung proklamiert. Dabei stand die deutsche Rechtsauslegung einer anderen auf Macht gestützten französischen Auslegung gegenüber, während die englische Politik günstigstenfalls eine vorsichtig ver-

Die Räumungsvereinbarungen tragen noch die Unterschrift Dr. Stresemanns. Wenn jetzt diese Vereinbarungen Wirklichkeit werden und wenn der letzte französische Soldat die dritte Rheinlandzone verläßt, so mischt sich in die Freude über die endliche Befreiung deutschen Gebietes von fremder Besatzung das wehmütige Gedenken an den Mann, der einen großen Teil seines Lebenswerkes der Befreiung deutschen Gebietes von fremder Besatzung widmete. Dr. Stresemann hat die Befreiung selbst nicht mehr erlebt, sondern nur wie

Tag der Freiheit!

Von Erich Koch-Weser.

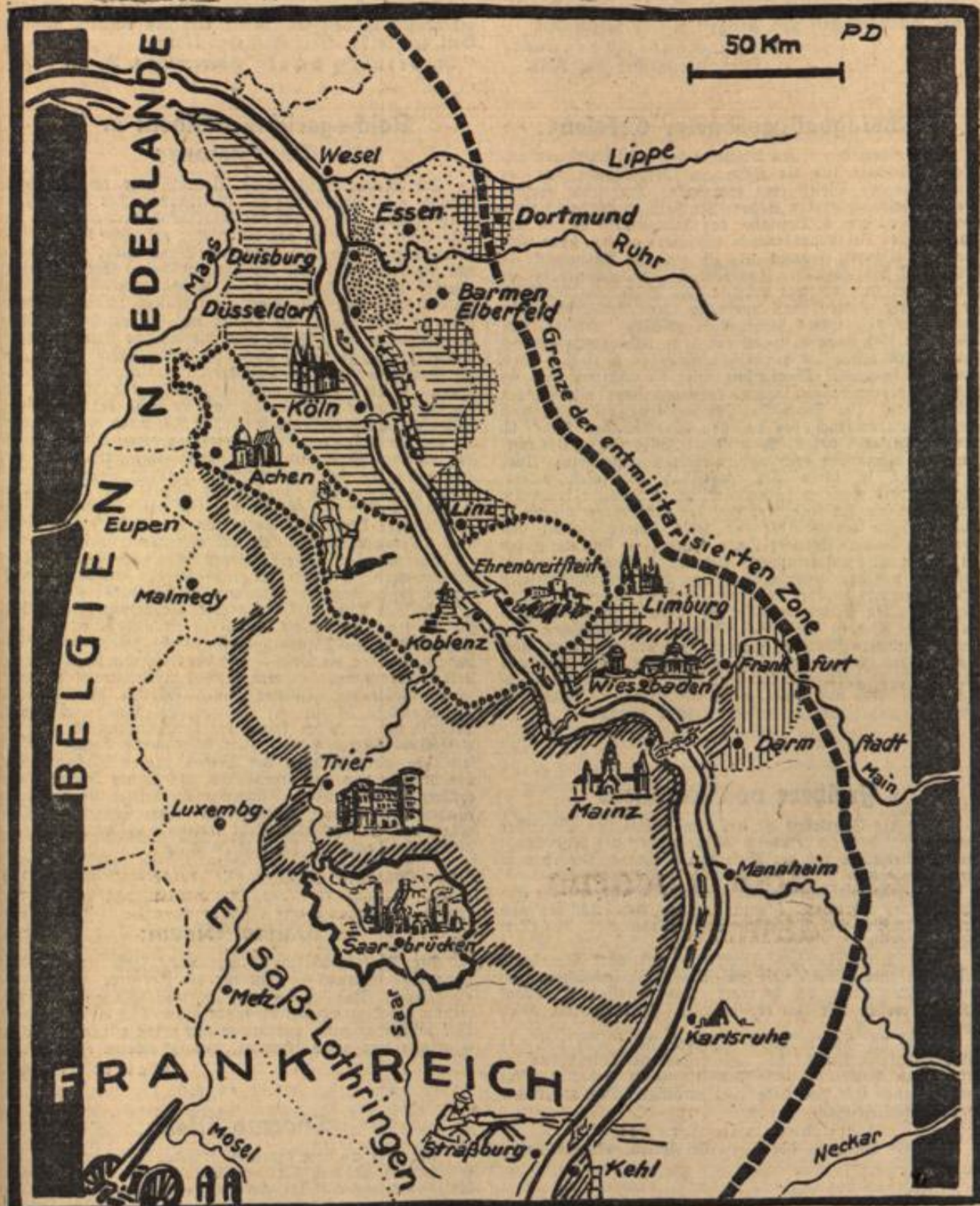
Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei.

Der Tag der Befreiung ist vor allem anderen ein Tag der Freude und des Dankes. Auch in der schwersten wirtschaftlichen Lage darf das deutsche Volk nicht das Gefühl für die Größe des Augenblicks verlieren. Trotz des schweren Notstandes, den die Weltwirtschaftskrise auch über unser Vaterland gebracht hat, trotz Massenarbeitslosigkeit und Rentnerelend muß das deutsche Volk doch aufnahmefähig sein für das erhebende Bewußtsein: wir sind frei geworden, frei durch eigene Kraft und eigene Klugheit. Denn Kraft gepaart mit Klugheit war nötig zur Erreichung des großen Zieles, das heute verwirklicht ist. Nicht starke Worte und Brambarbasteren, nicht Demonstrationen und Schwertgeklirr konnten die Besatzungsmächte zum Abzug bewegen! Nur innere Stärke, die gegen rohe Gewalt Widerstand bis zum äußersten zu leisten bereit war, konnte sich gegen die überlegenen Machtmittel der Gegner durchsetzen. Die deutsche Bevölkerung des Rheinlandes hat diese unbeugbare Kraft in schwerster Stunde bewiesen. Sie hat dabei ein Maß von Selbstbeherrschung gezeigt, das nur bei hoher Kultur und großer innerer Sicherheit möglich ist. Sie hat sich auch bei schwersten Provokationen nicht zu verhängnisvollen Gewalttaten hinreißen lassen. Sie hat in den Kampfsjahren von 1918 bis 1924 ausgehalten, bis bessere Zeiten anbrachen, bis von der politischen Seite her die Entlastung kam, die militärische Experimente und Spielereien nie hätten bringen können.

Der Kampf um die Befreiung des Rheinlandes war ein politischer Kampf. Er ist gewonnen worden von der deutschen Demokratie im weitesten Sinne des Wortes. Nur ein demokratisches, nur ein zur Selbstverantwortung erzogenes Volk, nur ein selbstbewusstes Volk konnte die Prüfungen, die es in den schweren Jahren durchzumachen hatte, bestehen. Als 1923 die Franzosen beinahe alle hohen staatlichen und städtischen Beamten, alle politischen und gewerkschaftlichen Führer ausgewiesen hatten, da glaubten sie triumphieren zu können. Zu früh, wie sich bald gezeigt hat! Denn aus der breiten Masse erwachsen immer neue Führer. Jeder deutsche Mann, jede deutsche Frau tritt selbst mit eigener Verantwortung und mit der Würde, die ein echter Volkskampf verleiht, für die deutsche Sache. Aber auch das deutsche Volk im unbefetzten Deutschland hat die rheinische Bevölkerung nicht im Stich gelassen. Es hat den unklaren Phantasten, die die Westprovinzen opfern wollten, um im östlichen Restdeutschland von künftiger Wiedereroberung zu träumen, eine klare Absage gegeben. Es hat sich auch durch die finanziellen Opfer, die damals für die darniederliegenden Rheinlande gebracht werden mußten, nicht von seiner Pflicht, von dem Gefühl der Verbundenheit abziehen lassen. Nie darf man im Rheinland vergessen, daß es lärmende Nationalisten waren, die 1923 den Franzosen den deutschen Rhein überlassen wollten, um zugleich die restlichen Provinzen der Mitte und des Ostens zu einem neuen „Kraftzentrum“ zu machen, wobei die Rechnung nicht fehlte, daß dann Katholiken und Sozialisten nur noch eine schwache Minderheit im Deutschen Reich sein würden! Das deutsche Volk als Gesamtheit aber hat sich im schwersten Augenblick der deutschen Geschichte treu erwiesen. Treuer als seine Fürsten in historischen Stunden zu sein pflegten.

Die innere Kraft des deutschen Volkes hat im Kampf um die Rheinlande gesiegt. Sie hat den anderen Mächten Europas gezeigt, daß auch über ein entwaffnetes Deutschland nicht hinweggegangen werden kann und daß es ohne Deutschland kein Europa gibt. Nicht Kraftmeierei, nicht innerlich haltlose Revanchedrohungen von deutscher Seite konnten die vielfach überlegenen Besatzungsmächte zu dieser Erkenntnis bringen, nur die maßvolle und opferbereite deutsche Politik der Verständigungsbereitschaft, die die Befreiung stets als größtes Ziel der deutschen Außenpolitik im Auge behielt, konnte den Sieg erringen. Was heute gefeiert wird, ist der Sieg der Demokratie über die Autokratie und den Militarismus, der Sieg des Geistes über die Materie, der Sieg der Verständigungspolitik über romantische Phantasterei, die sich fälschlich ein politisches Gesicht gab. Das Rheinland wird geräumt im Zeichen der Politik, die der Demokrat Walther Rathenau eingeleitet hat und für deren erfolgreiche Durchführung Gustav Stresemann unvergänglicher Dank aller Deutschen gebührt.

Dank und Freude aber werden an jedem 30. Juni neu aufflammen, und die Befreiung des Rheins wird festlich begangen werden bis in die fernsten Tage, so weit die deutsche Junge klingt.



| | | | |
|--|--|--|--|
| | | | |
| | | | |

Die Geschichtskarte des besetzten Gebietes.

mittelnde Stellung einnahm. Während der Märztagung des Völkerbundes im Jahre 1927 wurde in privaten Äußerungen von dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann ein derartiger Vorstoß angekündigt. Wenn Deutschland einen solchen offiziellen Schritt später nicht unternahm, so geschah es, weil sich die deutsche Politik Klarheit darüber verschafft hatte, daß ein derartiger Vorstoß zum Scheitern verurteilt gewesen wäre. Erst auf der Septembertagung des Jahres 1928 unternahm die deutsche Regierung einen neuen Vorstoß, um die Befreiung Deutschlands von der Besatzung und gleichzeitig eine Herabsetzung der Reparationssummen zu erreichen. Es kam zu einer Formulierung, wonach gleichzeitig sowohl Verhandlungen über die Räumung des Rheinlandes wie über die Revision des Dawes-Planes geführt werden sollten. Man hat nach außen an der Auffassung festgehalten, daß Rheinlandräumung und Revision des Dawes-Planes nicht in ursächlichem Zusammenhang ständen. Es kann aber keinem Zweifel unterliegen, daß die französische These lautete: ohne Dawes-Revision im französischen Sinne keine Räumung des Rheinlandes! Dem stand die deutsche Gegenthese gegenüber: ohne Rheinlandräumung keine Neu-Regelung des Dawes-Planes und diese möglichst im deutschen Sinne. Die Verhandlungen sind noch in aller Erinnerung. Sie führten zum Young-Plan, und sie führten weiter zu den Vereinbarungen, in denen als späterster Räumungstermin für das besetzte Gebiet der 30. Juni 1930 festgelegt wurde.

Moses das gelobte Land von fern erblickt. Heute ist die Stresemannsche Politik noch stark umstritten. Eine spätere Zeit, der die Akten über die einzelnen Vorgänge zur Verfügung stehen, wird gerechter über diese Politik urteilen, als es heute in manchen Kreisen des deutschen Volkes geschieht, die geflüstert übersehen, daß diese Politik gemacht werden mußte, ohne daß eine bewaffnete Macht hinter ihr stand. Trotz allem konnte Frankreich mit friedlichen Mitteln zur Preisgabe der Rheingrenze bewogen und die Räumung 4 1/2 Jahre früher erreicht werden, als es im Versailler Vertrag vorgesehen war. Freilich darf damit der Kampf um den deutschen Rhein insofern nicht abschließen, als ja das Rheingebiet als entmilitarisiertes Gebiet vorerst noch ein Land minderen Rechtes ist. Während Frankreich einen mächtigen Befestigungsgürtel an der deutschen Grenze baut, während drüben neue strategische Bahnlinien geschaffen werden, müssen im entmilitarisierten Gebiet Befestigungen verschwinden, die nur noch historischen Wert haben, müssen Flugzeughallen vernichtet und Laderampen der Bahn beseitigt werden. Das Ziel der deutschen Politik wird immer — ganz abgesehen von der baldigen Lösung der Saarfrage — die Beseitigung der deutschen Souveränitätsbeschränkungen im Rheinland bleiben müssen. Dessen wird man sich auch bewußt bleiben müssen in der Stunde, da der letzte fremde Soldat das deutsche Rheinland verläßt und damit wieder ein wichtiges Kapitel im großen Kampf um den Rhein abgeschlossen ist.

Bekannte Persönlichkeiten zur Rheinland-Räumung.

Wir haben uns anlässlich der Räumung Wiesbadens und der 3. Rheinlandzone an bekannte deutsche Persönlichkeiten mit der Bitte gewandt, uns einige Gedanken zur Verfügung zu stellen. Im nächstfolgenden veröffentlichen wir ihre Antworten:

Staatspräsident Adelnung:

Die Besatzungsgrenzen, die das Rhein-Mainische Wirtschaftsgebiet seit Dezember 1918 durchschnitten, sind gefallen. Damit sind für das befreite Gebiet Demmungen beseitigt, die nicht nur in den ersten Zeiten der Besetzung und während des passiven Widerstandes für Handel und Wandel von den schwerwiegendsten Folgen waren, sondern für die ganze Dauer der Besetzung verkehrserstauernd und wirtschaftlich schädigend gewirkt haben. Unter den Verkehrserstauernden hat die Bäderstadt Wiesbaden in starkem Maße gelitten. Man kann wohl sagen, daß der Stadt Wiesbaden wie der Nachbarstadt Mainz in der Nachkriegszeit besonders schwerer Schaden erwuchs. Jedoch ist der Stadt ein Wesentliches geblieben: die Heilquellen und mit ihnen die Voraussetzungen für eine erneute Blüte. Mit Vertrauen darf Wiesbaden und seine Bevölkerung in die Zukunft sehen. Ein Weltbild vom Range Wiesbadens wird der großen Schwierigkeiten, die als Folge langer schwerer Besatzungszeit zurückgeblieben sind, Herr werden. Im großen deutschen Vaterlande muß man sich allerdings bewußt bleiben, daß es Pflicht ist, der Stadt bei dieser Arbeit alle Hilfe zu leisten. Ich wünsche Wiesbaden und seiner Bevölkerung, daß die Wunden der Kriegs- und Nachkriegszeit bald heilen mögen und daß die Stadt einer allseitigen Zukunft im Kranze der rhein-mainischen Städte entgegenstehe.

Adelnung, hessischer Staatspräsident.

Minister Leuschner:

Als Nachbar sende ich dem benachbarten Gebiet von Wiesbaden und Nassau in der Stunde der Befreiung freundschaftliche Grüße und gute Wünsche. Wir haben die gemeinsame Not gemeinsam getragen. Gemeinsam wollen wir jetzt an die Arbeit gehen, die endlich ganz der Zukunft gehört. Denn gemeinsam sind die Interessen in unserem Gebiet. Schulter an Schulter standen wir mehr als zehn Jahre in der Abwehr und Verteidigung zur Rettung des Landes und zur Überwindung der Besatzungsnot. Schulter an Schulter wollen wir jetzt ans Werk gehen, an eine Arbeit, die nicht mehr unter dem Zwangsdruck des Weltkrieges steht, sondern die endlich aus unserer eigenen freien Willen bestimmt wird, an den Aufbau und Ausbau des Reiches zum freien sozialen Volksstaat.

Jetzt werden wir endlich die Kraft und die Zeit haben, die große historische Aufgabe zu lösen, die unserer Generation gestellt ist, Deutschland zum Einheitsreich zu machen und so der Schicksalsgemeinschaft auch im staatlichen Aufbau den straffen geschlossenen Ausdruck zu verleihen. Möge es bald keine Grenzspähle mehr an den Ufern von Rhein und Main geben. Möge die Freuden und Bessern in diesem Teile des Reiches in Erinnerung an gemeinsamen Schicksal, das sie auf Sein oder Nichtsein zusammengeführt hat, den Volksgenossen im Reich ein Vorbild geben und sich sobald wie möglich auch staatspolitisch zu einem gemeinsamen Organismus im Rhein-Main-Gebiet zusammenschließen. Ein hoffnungsloses Unterliegen, lagen die Mühen und Verzweiflungen! Die Aufgabe der Befreiung der Rheinlande fünf Jahre vor dem offiziellen Zeitpunkt ist ein Beweis dafür, was Zähigkeit, Ausdauer und zielbewusste Führung zu erreichen vermögen. Aus dem Erlebnis der Befreiungstunde wollen wir die Kraft schöpfen, an das große Werk der Neugliederung des Reiches zu gehen.

Leuschner, hessischer Innenminister.

Reichsminister a. D. Dr. Bell:

Zur Befreiungsfeier gilt meinen rheinischen Landsleuten, gilt vornehmlich den von fast zwölfjähriger Fremdherrschaft jetzt endlich erlösten Bewohnern der dritten Zone mein aus tiefstem Herzen empfundener Glückwunsch. Möge der Befreiung der Rheinlande von der Besatzung bald folgen auch die Befreiung von der drückenden Wirtschaftsaufsicht! Dazu bedarf es tätiger Mitwirkung, vorkooperativer Gemeinschaftsarbeit aller Deutschen, aller Stände und Berufsgruppen. Wirkt sich dieses für unser Volkstreiben so blutnotwendige Gemeinschaftsgefühl im vaterländischen Sinne aus, dann werden die Rheinlande, Deutschlands alleinstehende und feste Westmark, sich wieder erholen zu wirtschaftlicher Aufschwung und erfüllen zugleich ihre weltgeschichtliche Kulturmission. Dann rechtfertigt sich auch unser aller Hoffnung und sehnlicher Wunsch, daß Wiesbaden, als heilkräftige Bäderstadt in gottgesegneten Landen nördem im Auslande gleich geachtet und gewertet wie im Inlande, wieder zu alten Ehren kommen und bei ständiger Emporbildung die früheren Besatzungsziffern noch weit überholen möge!

Reichsminister a. D. Dr. Bell.

Reichsminister a. D. Dr. Schiffer:

Auf dem Wege zur äußeren Freiheit tun wir einen großen Schritt vorwärts. Möge ihm folgen ein Fortschritt auf dem Wege zur inneren, seelischen Freiheit unseres Volkes!

Dr. Eugen Schiffer, Reichsminister a. D.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer, Köln:

Wenn in diesen Tagen durch die rheinischen Lande, die vom Druck der fremden Besatzung befreit werden, ein Aufatmen geht und die Freude der rheinischen Bevölkerung in ersten Feiern zum Ausdruck kommt, so wird das ganze deutsche Volk, für welches das Rheinland lange Jahre die Fesseln der Fremdherrschaft getragen hat, an diesem frohen Ereignis im Inneren heralichen Anteil nehmen. Zu lauten Freuden ist die Zeit nicht angetan. Dafür sind die wirtschaftlichen Lasten, die unserem Vaterland aufgedrückt worden sind, zu schwer. Das Rheinland wird dazu noch lange unter den Nachwirkungen der Besatzungszeit, die seinem Wirtschaftsleben schwere Wunden geschlagen hat, zu leiden haben. Es bedarf durchgreifender Maßnahmen des Reiches, diese Schäden in allen befreiten Teilen des Weltens zu mildern. So wie Reich und Volk in den Jahren der Besatzung dem Rheinland ihre Unterstützung geliehen haben, so hofft die rheinische Bevölkerung auch auf weitere Hilfe, damit die Folgen der Besatzungszeit bald überwunden werden.

Wir denken in der Stunde, die dem rheinischen Volk die Freiheit wieder gibt, an alle deutschen Volksgenossen in West und Ost, die noch nicht wieder mit dem großen Vaterland verbunden sind. Möge auch für sie bald der Freiheitstag andrehen! Unser gemeinsames Ziel muß bleiben, Deutschlands Selbstständigkeit und Freiheit wieder herzustellen.

Dr. h. c. Konrad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln.

Reichstagsabgeordneter Erkelenz:

Wir haben den ersten Abschnitt des politischen und geistigen Lebens für die Befreiung Deutschlands aus der Niederlage des Weltkrieges gewonnen. Der letzte fremde Soldat verläßt deutschen Boden. Im Geist durchlebe ich nochmal die Zeit vom 3. Dezember des Jahres 1918 ab, an dem ich die ersten Besatzungstruppen (Belgier) gesehen habe, über ihnen 10. Januar hinweg, als ich auf der Rheinbrücke in Düsseldorf stand und die französischen Panzertruppen ins Ruhrgebiet transportiert wurden, bis heute, wo der letzte Soldat, der letzte Zivilangestellte der Besatzungsarmee schweigend und etwas beschämt Deutschland verläßt. Im Dezember 1918 habe ich sagen hören, es gäbe gegen die Besatzung und gegen die furchtbare Last des Versailler Vertrages keine andere Möglichkeit, als die Abtrennung des Rheinlandes vom Reich und die Bildung eines selbstständigen Rheinlandes. Im September-Oktober-November 1923, nach dem Zusammenbruch des passiven Widerstandes, habe ich tausendfach sagen hören: Es hilft uns alles nichts, wir werden das Rheinland doch nicht behalten. Und ganz kluge Leute, die in ihrer Art zweifellos Patrioten waren, haben abgesehen, daß man am besten läte, das Rheinland freiwillig abzutreten, um sich früh oder spät den Rheinstrom wieder zu holen. Heute verschwindet der letzte fremde Soldat von deutschem Boden. Schwere Opfer waren und sind nötig, um zu diesem Ziel zu gelangen. Schwere Arbeit war unvermeidlich, um das deutsche Volk von Besatzungsmaßnahmen abzuhalten und es über den schmalen Grat dieser elf Jahre, der nach allen Seiten den Abzug bringen konnte, hinwegzuführen. Nun ist der erste Abschnitt des deutschen Befreiungskampfes glücklich beendet. Ich bin froh und stolz darüber, daß ich in diesen elf Jahren an der Erfüllung dieser Aufgabe habe mitwirken können. Nun wird es weiter bergauf gehen, aber nur dann, wenn wir selber den Mut nicht verlieren und selber an unsere Zukunft glauben.

Anton Erkelenz, M. D. R.

Freiherr von Lersner:

Über ein Jahrzehnt ist seit dem Diktat von Versailles verstrichen. Fast ein Dutzend Jahre wachen die Rheinlande befreit. Versailles hat der Welt den ersehnten Frieden nicht gebracht.

Der erste wirkliche Schritt zum Frieden ist mit der Befreiung des Rheinlandes getan. Hoffentlich folgt der notwendige zweite, die Befreiung des Saargebietes, in aller kürzester Frist.

Seit Versailles hat Frankreich mit der Rheinlandräumung zum ersten Male auf seinen Schloß-Schein verzichtet. Zwar hat es sich ihn teuer abkaufen lassen. Aber ohne Undank wollen wir den ersten französischen Verzicht anerkennen.

Möge sich jetzt in Vöde zwischen Frankreich und uns eine Politik entwickeln, die eine gründliche Abkehr von der bisherigen Versailles und Nadelstichpolitik bedeutet. Nur dann können wir das hohe Ziel erreichen: Den wirklichen, dauerhaften Frieden.

Freiherr von Lersner, (vormals Präsident der Versailler Friedensdelegation).

General-Feldmarschall von Mackensen:

Wenn am die Mittlernachtsstunde des 30. Juni der letzte Eindringling den deutschen Boden verlassen haben wird, gilt den Rheinländern und den Wäldern, die — ihrer deutschen Heimat unerschütterlich treu — mehr denn elf Jahre Leiden und Lasten feindlicher Besetzung trugen, unser dankvoller Gruß! Wohl ist ihre endgültige Befreiung unserer Freude, unseres Jubels wert. Alle Freude, aller Jubel darf uns aber nicht den Blick dafür trüben, daß hier kein Endziel erreicht ist.

Gewiß ist eine der Fesseln und vielleicht die niederdrückendste, weil sichtbarste, von uns genommen; aber sahen Kampf wird es noch kosten, bis wir auch die Brüder an der Saar dem fremden Joch entlassen haben. Wohin wir blicken: in West, Ost, Nord und Süd blutet das verstümmelte Reich aus offenen Wunden. Der allgemeinen Wehrpflicht beraubt, zu einem Wehrsystem gezwungen, das die Grenzen fast schloßlos den Gefährten unruhiger Nachbarn preisgibt, steht dieses Reich auch in seinen Gebieten, in denen mit der Räumung das sichtbare Zeichen unserer Knechtschaft verschwindet, seine Souveränität in Fesseln: der angestarrte Blick unserer Feinde verbietet dem deutschen Soldaten die Rückkehr in seine alten Standorte im Westen!

An solchen Knebelungen ändert die Räumung nichts. Da darf es auch jetzt für uns kein Rasten geben. In unermüdlichem Ringen aller, die sich Deutsche nennen, heißt es: vorwärts der vollen Befreiung entgegen! Ich glaube an die Kraft und an den Geist unseres Volkes zu solchem Ringen, weil ich an dessen inneren Kern glaube, und darum bin ich auch unerschütterlich im Glauben an die Zukunft des Reiches.

v. Mackensen, General-Feldmarschall.

Gouverneur Dr. Heinrich Schnee:

Eine Bewegung geht durch das deutsche Volk. Die Brust hebt wieder an, freier zu atmen. Endlich wird deutscher Boden wieder frei von fremder Besatzung. Die Räumung bedeutet das Ende der französischen Besatzungen zur dauernden Beherrschung der Rheinlande. Sie stellt gleichzeitig einen positiven Erfolg einer deutschen Außenpolitik dar, die bemüht war, auf dem Boden der Realität das nach der politischen Gesamtlage jeweils Erreichbare durchzuführen. Sie ist endlich eine Etappe auf dem Wege zur Wiederlangung der Freiheit und Gleichberechtigung Deutschlands. Bis zur Erreichung dieses Zieles sind noch gewaltige Aufgaben von der deutschen Außenpolitik zu lösen, zu denen u. a. gehören: Gleichstellung des deutschen Volkes

in der Rüstung mit den anderen Nationen. Änderung der unmöglichen deutschen Ostgrenze, Wiederaufnahme Deutschlands zu eigener überseeischer Kolonisation, Beseitigung der Kriegsschuldfrage des Artikels 231 des Versailler Diktats.

Darum, Deutsche, sammelt Euch! Hört auf, einander gegenseitig zu beschuldigen, damit wir als einziges deutsches Volk uns in der Welt durchsetzen können!

Dr. Heinrich Schnee, Gouverneur a. D. M. D. R.

Reichsgerichtspräsident a. D.

Dr. Simons:

Der Monat Juni dieses Jahres sieht zwei wichtige Schritte zur Liquidierung des Weltkrieges: Der Young-Plan wird in Gang gesetzt, und das Rheinland wird geräumt. Der erste Schritt bedeutet, daß der bisher politische Kriegszustand Deutschlands wesentlich kommerzialisiert wird; der zweite, daß die fränkischen Formen, in denen der Versailler Vertrag die Unabhängigkeit des Reiches geschildert hat, ihr Ende findet. Der erste Schritt wurde nach meiner Überzeugung zu früh getan, der zweite nach allgemeinem deutschem Empfinden zu spät. Bevor man die deutsche Kriegskostenlast marktfähig machte, hätte man das Risiko laufen müssen, das der Dawesplan verlagte und die Transferklausel zu spielen begann, damit die Welt erkannte, wie weit Deutschland aus eigenen Mitteln anstatt aus dem Leihgeld der Gläubigerländer zu zahlen imstande war. Die Räumung dagegen wäre die logische Folge der Locarno-Verträge gewesen und damals von unserem Volke mit heller Freude und aufrichtiger Anerkennung für eine entsprechende Haltung Frankreichs begrüßt worden. Jetzt ist zu heller Freude im Herzen des deutschen Volkes kein Raum mehr; zu Dunkel lagert sich eine schwere Wolke die Sorge um die Zukunft des Reiches über unseren wirtschaftlichen und politischen Horizont.

Aber wenn auch die Befreiungsfeier in gedämpftem Tone klingen wird, so wollen wir uns doch das Bewußtsein nicht rauben lassen, daß die Räumung des Rheinlandes ein weltgeschichtlicher Augenblick von größter Bedeutung für das Reich ist. So teuer sie erkauft wurde, sie ist nicht übersahbar, und wir schulden den Männern Dank, die sie herbeiführten. Not und Mühe kann ein Volk — wie die Geschichte lehrt — lange Zeit ertragen, wenn es seine sittliche Willenskraft anspannt; lang anhaltende Besetzung seines Gebiets durch fremde Truppenmacht ist für ein ehrwürdiges Volk unerträglich. Deshalb lag ja in der Dauer der Besatzungsperiode, die der Versailler Vertrag vorsah, eine so große Gefahr für die friedliche Vertretung der beiden drohenden Nachbarvölker, das deutsche und das französische. In beider Interesse begrüßen wir die endliche Räumung der dritten Zone als ein Wahrzeichen besserer Zukunft. Der letzte Schritt, die Räumung des Saargebietes, steht freilich noch aus. Möge er nicht mehr lange auf sich warten lassen!

Dr. W. Simons, Reichsgerichtspräsident a. D.

Walter Bloem:

Die Rheinlandbesetzung war nach Form und Ausdehnung eine Schande — nicht für die Besetzten, sondern für die Sieger. Doch sie vor dem „vertragsmäßigen“ Ablaufstermin beendet worden ist, führt einen Teil dieser Schmach. Wir jubilierten nicht, wir atmen nur erleichtert auf, wie nach der Genesung von einer schweren, unerschuldeten Krankheit.

Walter Bloem.

Thomas Mann:

Der Tag, an dem der letzte fremde Soldat deutschen Boden verläßt, ist auch für mein Gefühl, trotz allem, was der Nation zu tragen bleibt, ein Tag der Freude und tiefer Erleichterung. Ein Stachel ist damit aus dem Fleische Deutschlands, dem Fleische Europas gezogen, eine Last allen denen vom Herzen genommen, die eines guten Willens sind. Der Sieg der Vernunft ist ein wenig wahrscheinlicher geworden. Er bleibt auf Erden immer unwahrscheinlich genug.

Thomas Mann.

Walter von Molo:

Die Räumung des Rheinlandes soll gewiß gefeiert werden, aber nicht nur mit Worten, die mit dem Tag verfliegen, sondern mit dem Gelöbnis, in der schweren Not, in der wir sind, einzig. Aber alles Trennende hinweg, in der Zukunft zusammenzustehen und menschenwürdig Dasein — das ist unser Menschenrecht — zu erreichen. Aber auch das Gelöbnis genügt nicht, es ist ohne jeden Wert, wenn ihm nicht sofort Taten folgen. Uns hilft niemand, wenn wir uns nicht selber helfen. Wir können uns und damit Deutschland nur helfen, wenn wir opfern, wenn wir dafür sorgen und die Regierung darin unterstützen oder dazu zwingen, daß endlich Arbeit für jeden geschaffen wird und jede unnötige Ausgabe unterbleibt. Wer wie ich die Dinge anders sehen kann, der weiß, daß da noch vieles zum Besseren zu ändern ist. Wir müssen endlich den Mut finden, der Welt zu zeigen, daß wir arm sind. Vom Tage der Rheinlandräumung an soll jeder unnötige Luxus in Deutschland aufhören, muß eine Organisation in jedem Land und im Reich tätigt sein, die nicht nur von oben, sondern auch von unten unterstützt wird. Sie muß bis in die kleinsten Gemeindevertretungen reichen, bis in jede Familie. Ihre Ausfühler müssen freiwillige Helfer sein — um Gottes Willen nicht einen neuen Bürokratismus — die auf dem von ihnen übersehbar Gebiet wirkende soziale Fürsorge betreiben. Es können sehr viele Familien Kinder verarmten und etwas lernen lassen, es läßt sich bei genauer Überprüfung schon einrichten, erschwierbare Wohnungen zu bauen und vieles andere mehr. Man sage nicht, daß ich damit den Geschäftsleuten schade, die vom Luxus leben. Der Luxus läßt wenige leben, breite Fürsorge eines energischen Gemeinheitswillens läßt alle leben.

Walter von Molo.

Georg Freiherr von Ompteda:

Wir Nichtrheinländer wollen es den Rheinländern nie verageln, was sie für uns getan haben! Erst jetzt fängt das neue Deutschland an!

Georg Freiherr von Ompteda.

Vom Gestern zum Morgen.

Gedanken zum Deutschen Tag.

Von Wirkl. Leg.-Rat Dr. Knoch, Wiesbaden.

Am Fuße des Atlasgebirges wurde vor einigen Jahren aus dem Wüstenlande vieler Jahrhunderte ein Steinaltar ausgegraben, der die Inschrift trug: „ara disciplinae“. Roms afrikanische Legion hatte ihn der militärischen Disziplin geweiht. Wenn jetzt Frankreichs Truppen am Rhein ihre Wachtfeuer löschen und unter den Klängen: „Wir haben ihn gehabt, euern Rhein!“, zum letztenmal die Feldzeichen in die Fluten des ewigen Stromes tauchen, dann gilt es auch bei uns, einen Altar aufzurichten, doch nicht zum äußeren Ruhm des „miles gloriosus“, sondern zu Preis und Ehr der höheren Macht und sittlichen Kraft, die die Ketten des Rheins gesprengt hat und wieder wahr werden ließ, was Schenkendorf sang: „Von Firnen kommt er frei und hehr, er ließe frei in Gottes Meer!“

Bollstreders im Rahmen dieses Geleitwortes widerspiegeln. Der künftigen Befassungsgeschichte bleibt es vorbehalten, die Tatsachen aufzuseigen und von den Dingen das Menschliche zu trennen. Das eine aber darf — ohne der Historie vorzugreifen — schon heute gesagt sein, daß die Okkupation ihren vornehmsten Daleinsswed nicht in der Schaffung einer Schuldbürgschaft allein, sondern — wie die Entstehungsgeschichte des Vertrages von Versailles ergibt — in höheren Zielen verantwortet hat. Am 20. April 1918 war es Clémenceau gelungen, nach zähem Ringen die Widerstände von Wilson und Lloyd George, die als Ersatz für die Losreißung des linken Rheinufers ein militärisches Schutzbündnis Frankreich vorgeschlagen hatten, zu zerbrechen und ihre Zustimmung zu einer fünfzehnjährigen Besetzung

fest ein Rückweg zu jener Strenge und ursprünglich geplanten Verwaltungsmethode gefunden werden müßte, um durch Ausschaltung von Eingriffen der Interalliierten Rheinlandoberkommission, die den französischen Interessen fortgesetzt Widerstand geleistet hat, der neuen französischen Politik Erfolg zu sichern. Der Präsident der Kommission, ein weitblickender, gewissenhafter Mann, hat Erfolg gehabt, wie eben jemand Erfolg haben konnte, den eine intensive militärische Atmosphäre umgibt und unter dem Druck einer französischen nationalen Politik, die hartnäckig ihren Blick auf eine aggressive militärische und politische Aktion gerichtet hat. Die Besetzung ist herausfordernd und eine Fortsetzung des Krieges.“

Diese politische Zwangsbundenheit der Okkupation war das „proton pseudos“, war die Sünde wider den Geist, die den Inhalt der Besetzung bestimmte. Die den Dingen eigene Dynamik war härter als Wille und Kraft der Menschen, die das Faustpfand zu verwalten hatten. Aus dieser Bedingtheit ergibt sich die Verschiedenheit von Grund und Zweck der deutschen Okkupation von 1871 bis 1873 und des französischen Werturteils über den deutschen Generalissimus Manteuffel, den ein französischer Geschichtsschreiber aus jüngster Zeit als „den Pionier der vorzeitigen Befreiung Frankreichs, als den lokalen Mitarbeiter der Regierung in Paris, als den um das Wohl der ihm anvertrauten Gebiete besorgten vornehmen Menschen preist, dessen edelstes Streben es gewesen ist, die Folgen der Besetzung, so viel an ihm gelegen, zu mildern.“

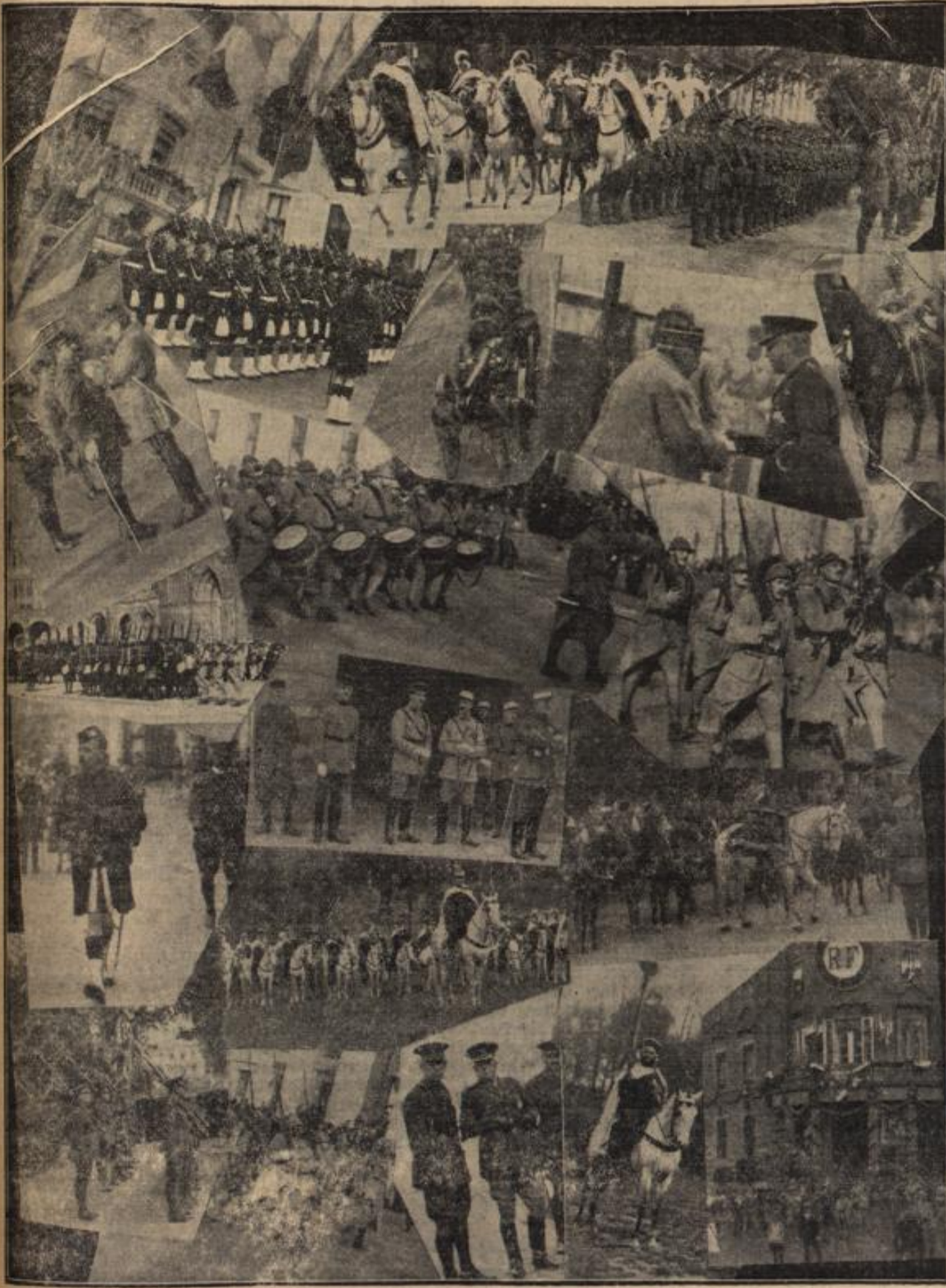
Die Okkupation der Rheinlande stand unter dem ungeschriebenen Geleitz der unwandelbaren Überlieferungen, die von den Capetingern über die Könige und Dantons der Revolution hinweg zu den Napoleoniden führte. Möchten die Methoden und die „personae dramatis“ wechseln, das Ziel war geschichtlich gebunden. Der französische Sozialist Proudhon hat diese Eigenesgeschichte mit den Worten umschrieben: „Die instinktive Politik Frankreichs liegt am Rhein.“ Und Charles Maurras bekennet, daß „seit swanzig Jahrhunderten der Zug nach dem Rhein der Pol der französischen Geschichte ist.“ Für diesen Drang nach dem Rhein hat Barrès, der verstorbene politische Romantiker, am 24. Dezember 1921 in einer großangelegten Rede in der Sorbonne die Lehre geprägt: „Volksliebe, Dichtungen, Musik und Philosophie, das sind die hohen geistigen Warten, die dem besiegten, zurückgeworfenen Deutschland als Zufluchtsstätten dienen sollen. Heute sind es geistige Zufluchtsstätten, morgen werden es militärische Ausgangsstellungen sein. Müssen nicht diese hohen Warten, diese sauberen Zufluchtsstätten geprüft und unter der Überwachung einer geistigen Oberpolizei gehalten werden? Müssen nicht in der Welt der Gedanken Barrieren gegen den Germanismus aufgerichtet werden?“ Gegenüber diesem ihnen wesenfremden Vorismus verkündeten die Männer um die „Action française“ mit ungeschminkter Offenheit: „Die Zerstörung der deutschen Einheit muß mit derselben Hartnäckigkeit fortgesetzt werden, mit der die Römer die Vernichtung Karthagos betrieben haben. Die Besetzung des Rheins ist eine der Grundpfeiler der europäischen Ordnung. Das Reich muß in einen Staub der Staaten (poussière d'Etat) aufgelöst werden.“ Dieses Streben galt in der Geschichte nicht zuletzt der Pfalz, die von Alters her, seitdem die Reichskleinodien auf dem Trifels verwahrt wurden, den stolzen Namen trug „arz et vis regni“, des Reiches Burg und Kraft.

Welches auch immer die geistigen Trennungslinien zwischen den Männern des starren Prinzips und den geistig aufgeschlosseneren Vertretern der „friedlichen Durchdringung“ waren, sie alle waren notwendigerweise Träger und Diener einer geschichtlichen Idee und Gefangene ihrer eigenen Mission. „Junger Soldat“, so schrieb im Jahre 1922 die französische Armeezzeitung, „du bist heute zur Ehre berufen, die Wacht am Rhein zu halten. Seit der Teilung des Reiches Karls des Großen hat Frankreich dieses Land verloren. Seit dieser Zeit ging die feste Politik der französischen Könige darauf hinaus, wieder in den Besitz dieses Gebietes zu gelangen.“ Im Lichte dieser Tradition mußte die Okkupation, welches auch immer das Können und Wollen ihrer Vertreter gewesen war, zum Schicksalhaften werden. Sie wuchs über das Erische hinaus zur Tragödie und wurde zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Germanentum und dem Romanentum.

Auf diesem Boden ergab sich die Notwendigkeit zur Unterhaltung eines starken interalliierten Besatzungsheeres, das noch im Jahre 1925 120 000 Mann gegenüber einer deutschen Friedensgarnisonstärke von 70 000 betragen hatte. Aus diesen Gegebenheiten erwuchs dann das fremde Recht, das in Gestalt von vielen Hunderten von Ordonanz der Lebensüberungen des rheinischen Volkes unter Kontrolle stellte. Die „Sûreté“, eine geheime Tscheta, der Schrecken des Rheinlandes, verstrickte das gesamte private und öffentliche Leben in ihre Kesse. Auf eben diesem Boden der Realitäten erstand die Militärjustiz, die ein unvoreingenommener angelfischer Beobachter noch vor kurzem als die „schwärende Wunde“ des Rheinlandes bezeichnet hatte. Auf derselben Ebene der Zwangsläufigkeiten ergab sich aus der den Dingen einenen Ernährungsfrage im Jahre 1920 der Husarentritt nach Frankfurt, im Jahre 1921 der „Griff an die Rehle“ des deutschen Güterumschlages in den großen Binnenhäfen am Niederrhein und im Jahre 1923 die Stilllegung der wirtschaftlichen Herztammer Deutschlands im Ruhrgebiet, mit der Lahmlegung der deutschen Staatsgewalt im Westen des Reiches. Es folgten der Nummenhans und Totentanz am Rhein.

Gegen diese Aktion in „Schimmernder Wehr und Waffen“ stand das rheinische Volk aller materiellen Hilfen entblößt. Gemens spero! Glaube und Treue waren sein Schild auf dem langen Leidenswege, dessen Meilensteine von Versailles über London und Locarno nach dem Haag führten. Das Rheinland, das bisher Reparationsprovinz gewesen ist, weiß, daß der Ring, der es einem Prometheus gleich an den Fels der Schuldnechtschaft geschmiedet hatte, nicht nur von der wirtschaftlichen Bernunft gelodert wurde, sondern nicht zuletzt von den geistigen und sittlichen Kräften einer neuen Zeit, die hüben und drüben zum Lichte rangen. Das besetzte Gebiet schreute nicht vor der Tafelgesetzgebung der ewig Gestrigen und fürchtete ihre Nummenrechte nicht. Es harzte des Tages, an dem der Eisstoß geht und die Schollen der Vergangenheit abdriften auf dem Strom der Zukunft. So hat in der Okkupation das Morgen das Gestern überwunden.

Des wollen wir alle fröhlich sein nach innen und außen! Wir wollen dies um so mehr, als noch nach dem Haag namhafte Franzosen den Gedanken einer vorzeitigen Räumung als ein „Verbrechen am Vaterland“ gebrandmarkt haben. Wir wollen in dieser Stunde des tragische Größe atmen



Stateidoskop der Wiesbadener Besatzungstruppen.

Ara fidei. Glaube und Treue waren dem Rheinlande, dem Volke ohne Waffen, zum geistigen Rüstzeug geworden, das es das Schwert tragen ließ. Glaube und Treue waren dem Rheinlande die heiligen Sterne, die ihm voranleuchteten in der dunklen, langen Nacht von der Stunde ab da im November 1918 der letzte deutsche Soldat wehrlos über nicht ehelos, von uns scheid, und fremde Heere auf rheinische Erde und rheinische Menschen als Faustpfand der Sieger Beschlus legten. Zwölf Jahre Besatzung im Frieden! Wer vermöchte die Fülle des Leides, die sie umschließen, in Wort oder Gedanken auszuschöpfen? Es will mir, der ich seit dem ersten Tage, da Brüden und Wege vom Vaterlande sich uns schlossen, im rheinischen „Schönen-Graben“ weilen durfte, schier vermaßen dünken, wölte ich das große Erleben, das uns allen gemeinsam ist, nach Räumen oder Personengruppen aliebern, wo alle Landesteile, von der Ruhr bis zur Lauter, wo alle Stände der Bevölkerung, Männer und Frauen, im Dulden und Harren gemettefert haben, wo des Rheinlands „ärmster Sohn kein treuester Sohn gewesen ist“. Nur ihr, die als Herold für alle gesprochen und mit tausend Zungen über Drahtverhaue hinweg das stille Leid von dem Weltgewissen gekündet hat, ihr, der Presse, sei für alle Gruß und Dank!

Unmöglich auch, wenn anders nicht das Bild verzerrt werden soll, will es mir scheinen, die Okkupation und ihre

des Rheinlandes mit seinen sieben Millionen Menschen zu erhalten. Die militärische Okkupation sollte vollenden, was die Politik nicht erreichte. Pierrepont Roges, das amerikanische Mitglied der Friedensverhandlungen in Versailles, hat vor Jahren in der angesehenen Zeitschrift „Nation“ berichtet, daß für die Durchsetzung jener Ziele ursprünglich der Plan einer rein militärischen Besetzung ausgearbeitet war, demzufolge die „Kriegsgefeite mit all ihren Folgen fünfzehn Jahre lang im Rheinland in Geltung sein sollten“. An die Stelle dieses „Militärplanes“, den Roges ein „Dokument der Unmenschlichkeit“ nennt, trat im Mai 1921 der Entwurf eines „Zivilplanes“, der in das einen Bestandteil des Vertrages von Versailles — wennschon nicht Geist von seinem Geist — bildende Rheinlandabkommen übergegangen war. Roges, der später als amerikanischer Delegierter der Interalliierten Rheinlandoberkommission in Koblenz angehörte, schildert, wie die in dem Rheinlandabkommen, der „Magna Charta“ des besetzten Gebietes, vereinbarten grundverschiedenen Elemente immer wieder zurückschwangen zu dem Ausgangspunkt und dem ursprünglichen Ziele der Okkupation. „Während der letzten Monate noch“, so schreibt er unter anderem, „haben führende französische Staatsmänner und die französische Presse die schwächliche Rücksichtlosigkeit gegenüber dem angelfischen Liberalismus beklagt. Es wird offen behauptet, daß von dem Kompromiß

Wortes Clemenceaus gedenken, das dieser am 25. April 1919 in der Sitzung des erweiterten Ministerrates an Poincaré gerichtet hat: „Sehr Präsident, Sie sind viel jünger als ich. In fünfzehn Jahren werde ich nicht mehr sein. In fünfzehn Jahren werden die Deutschen die Bedingungen des Vertrages nicht erfüllt haben. Wenn Sie mir dann die Ehre erweisen wollen, mein Grab zu besuchen, so bin ich überzeugt, Sie werden mir sagen können: „Wir stehen am Rhein und da bleiben wir.“ Wir wollen uns freuen, vorab mit jenen unserer Volksgenossen, die in ernstester väterländischer Sorge noch vor wenigen Wochen nicht für möglich zu halten vermochten, was jetzt Ereignis geworden ist. Gewiß, der deutsche Himmel ist noch umbüßert im Westen und Osten. Und schwerste Bürde lastet auf Deutschlands fernsten Geschlechtern. Schöner als die Freudenfeier, die heute auf den Bergen lohen, leuchteten die Sterne des Glaubens und reiner als der Gloden Dankgelächte klangen in den rheinischen Bergen die Akkorde der Treue. Das in dieser Zeit größten seelischen Erlebens der Mensch zum Mensch, das Ich zum Du, gefunden hat, ist unser lothbarster Besitz. Diesen Nibelungenhort wollen wir wahren als des Glüdes Unterpfand für Morgen!

Wir wollen aber auch und das ist das Zweite, im Verhältnis nach außen uns aufrichtig freuen, daß mit der

Okkupation, die für Deutschland eine Ehrentage gewesen ist, das schmerzliche Kapitel der Nachkriegszeit geschlossen ist. Das Ende der Besetzung kündigt die Evolution von der Nacht zum Licht. Damit ist die Voraussetzung geschaffen für eine Neugestaltung der geistigen Grundlagen im Leben der beiden Nationen. Historia magistra vitae. Die regionale Umfriedung des historischen Antagonismus ist notwendig, wenn „das Erstgeburtsrecht Europas von den großen Völkern des Abendlandes vereint gewahrt werden soll.“

Auf 4000 Meter Höhe in den Anden, an der Bergscheide zwischen Bolivien und Peru, steht zur bleibenden Erinnerung an die Besetzung der Jahrhundertlang die beiden Staaten trennenden Kämpfe eine gewaltige Bronzestatue Christi, deren Sockel die Inschrift trägt: „Er ist unser Friede, der uns beide hat eins werden lassen.“ Möge dieses Zeichen dereinst auch auf dem Vopelentamm in der Morgenröte einer neuen Zeit leuchten und wegweisend sein zu den — über Grenzpfähle und Grenzfestungen hinausführenden — Idealen der Menschheit! Möge in diesem Sinne das Zusammenfallen des Befreiungsjahres mit der 900-Jahresfeier des Salterdomes in Speier, wo die deutschen Kaiser ruhen, Sinnbild und Weihe zugleich sein! Non nobis solum, sed toto mundo nati.

Unentzähllich waren die wirtschaftlichen Leiden und Beschränkungen der Heimat.

Am 20. und 31. August erließ das britische Armeekorps oberkommando die näheren Bestimmungen zur Durchführung der Räumung. Ein Zeitraum von 90 Tagen und zwar vom 14. September bis 13. Dezember war dafür vorgezogen. Wiesbaden wurde von englischen Truppen geräumt.

Ohne äußeren Zusammenhang mit dieser Räumung der sogenannten Koblenzer Zone, wurde gleichzeitig aus „gesundheitlichen und militärischen Interessen“ die Besetzung der dritten (französischen) Zone der Rheinarmee, also die Besetzung unserer weiteren Heimat, nicht unwesentlich vermindert. Die Truppe kam nach Wiesbaden. Aber immerhin betrug 1929/30 die Besetzung dieser Zone noch 35 616 Mann, das heißt auf je 100 Einwohner des besetzten Gebietes 3 Mann Besetzung.

Wenn nun auch in den letzten drei Jahren das persönliche Verhalten dieser Besatzungsarmee nicht mehr zu so vielen Klagen über Schikanen und Belästigungen Anlaß gab, wir im besetzten Gebiet haben in den 11 Jahren und 7 Monaten zur Genüge das vicivictis ausgekostet. Wir werden die Besetzung unserer hochkultivierten Heimat durch die farbigen Truppen, Neger, Siamesen, Araber, Spahis, die Körper- und Sittlichkeitsbelüste jener Tage und manchen Tag des Hausarrestes nicht vergessen können.

Im Gefolge dieser militärischen Besetzung war eine Menge Drangsale aller Art. Ich nenne: militärische Bestandsaufnahmen, Raubbeschränkungen, Commission Interalliiée des Chemins de fer de Campagne mit ihren lästigen Kontrollen und Überwachung des Eisenbahnwesens, die Bewachung der Rheinischhaff, die Besetzungsschikanen, die Anlage, Bereitstellung von militärischen Anlagen, Schießplätzen, Flugplätzen, Truppenübungsplätzen, Munitionsdepots, Sportplätzen. Man denke an die Worte: Mandier, Beschlagnahme von Schulen und an das für die Zivilbevölkerung so leidvolle Kapitel: Beschlagnahme von Wohnungen!

Daneben stehen jene entsetzlichen Folgen der Besetzung, die vielfach statistisch gar nicht erfassbar sind, Schäden der Bäder und Luftkurorte, der Privatwirtschaft, besonders der Landwirtschaft und der öffentlichen Wirtschaft. Man überlege beispielsweise die finanziellen Belastungen besetzter Gemeinden: die zwangsläufigen Ausgaben für die aufgeklärten Wohlfahrtsleuten (Besetzungskinder!), Verzinsung von Bauanleihen (Mainz 17 Millionen, Wiesbaden 7 400 000, Diez 660 000, Königstein 556 000, Ems 316 600, Bad Schmalbach 496 000 M.), Ausfälle an Pachten, Mieten, Jagd- und Fischerei, Domänen, Zollverwaltung, Steuerverwaltung, alles meldet Schaden an, kurzum, wo gibt es außer dem letzten Winkel der Seele eine Stelle, wo nicht die Selbstbestimmung aufs empfindlichste oder blutigste getroffen wäre?

Peitschen sah ich, Peitschen auf dem Rücken unseres Volkes. Von diesen sichtbaren Zeichen der Schmach sind wir befreit.

Unschätzbare allerdings sind wir noch besetzt. Artikel 42 bis 44 des Versailler Vertrages, Garantieverträge, Young-Plan fordern zwei Generationen Tribut, ihren Tribut in jedem deutschen Haus. Schwegen wir jedoch heute am Freudentag davon!

Zwölf Jahre haben wir all das Leid getragen in der Hoffnung, daß der Geist über den Degen und das Schwert die Macht siegen werde und den Tag der Befreiung erlebt. In Sehnsucht und im Glauben an die gewaltige Friedenspredigt der Religion, die Kraft des Ethos über die Gewalt der Wirtschaft warten wir — auf den Tag der Freiheit.

Auch diese Stund' verweht vor Euch im Wind, so ihr den Baum nicht giebt, am Haus nicht zimmert und die Hand nicht legt an den Pfahl. Steig auf aus Eis und geborstenen Felsen, Frühling der mütterlichen Berge, steig auf aus einem ungeheuren Brand der Länder, du neues Vaterland, daß ich dich, du bräutliche Frau, zu dem Freier deiner Ehre führ'.

Zum 1. Juli 1930.

Von Dr. H. Reichert, Wiesbaden.

Wer sich heute vergegenwärtigt, wie Mitte Dezember 1918 die französischen Truppen in unser geliebtes Vaterland einzogen, sich an die traurigen Tage des Friedensschlusses von Versailles, des erneuten Vorstoßes über Darmstadt nach Babenhäuser, über Frankfurt gegen Hanau und die Tage des Ruhrkampfes (Gerichtsverhandlung in Mainz!) und die schmach- und blutvollen Tage der Separatistenputsche erinnert, spricht dankbar und befreit ein „Gott sei Dank.“

Auch wer sich die Vorgeschichte dieser Befreiung vor Augen hält. Das hätte selbst der größte Optimist sich nicht träumen lassen, selbst nach Locarno nicht, daß die Befreiung so rasch ginge. Hatte doch noch vor kurzer Zeit die „Action française“ geschrieben: „Die Zerschlagung der deutschen Einheit muß mit derselben Hartnäckigkeit fortgesetzt werden, mit der die Römer die Vernichtung Karthagos betrieben haben. Der Besitz des Rheines ist eine der Grundpfeiler der europäischen Ordnung.“ Und der uns Wiesbadenern bekannte General Mordeca, der Verfasser der einseitigen Schrift „La mentalité allemande“ gründete noch nach der 1. Konferenz im Haag des „Comité National contre l'évacuation de la Rhénanie et l'abandon de la Saar“. Es war wie eine fixe Idee geworden, daß Frankreichs Sicherheit am Rheine liege.

So lagen denn aufwärts, abwärtsgehend Hoffnung und Verzweiflung, stille Resignation und ohnmächtiges Zähneknirschen auf dem demütigenden Wege, der aus dem glanzvollen Versailler Spiegelsaal mit seinen Diktatoren über die Markgräfen London und Locarno zum ersten Haag führte, der uns die Befreiung brachte.

Wenn sich heute ganz Deutschland freut und freudvoll feiert, wir, aus der besetzten Heimat, haben ein besonderes Recht zu einem dankbaren und doch ernsten Sichbestimmen. 12 lange Jahre, — wie eine Ewigkeit — waren wir besetzt. Man muß bis in die Zeiten der Römer zurückgehen, um eine ähnliche geschichtliche Parallele zu finden. Tapfer haben wir sie getragen, diese Jahre der Schmach, des Leides und der Not. Mehr als alle Volksgenossen haben wir davon gekostet. Denn auf die Größe des besetzten Gebietes und die Bevölkerungszahl bezogen, war gerade die engere Heimat, der Brückenkopf Mainz und das umliegende Hessen am stärksten besetzt und finanziell am meisten mitgenommen. Aber wir haben trotz Verlockung und vielem Unverständnis die Treue zum Reiche bewahrt und in den Separatistentagen sogar erkämpft (Rheinische Republik Dortens am 1. Juni 1919!).

Und so ist es denn trotz allem wahr: das mühsame Werk der Rheinlandbefreiung ist gelungen in jahem Ringen und wir, die wir die leidvollen Tage von 1918 bis 1930 erleben mußten, sehen die Freudenfeuer auf den Bergen und Keshügeln der befreiten Heimat lodern.

Am 1. Juli 1930 ist die Heimat befreit. Sie scheidet tatächlich und juristisch aus der Herrschaftsgewalt der Rheinlandkommission und ihrer Ordonanzen aus und geht in die volle Staats- und Gebietshoheit des Deutschen Reiches über.

Es ist ein historisch bedeutungsvoller Augenblick. Das unvergeßliche Ereignis des Jahres 925, von dem der Geschichtsschreiber Frodoard von Reines in seinen Jahrbüchern schlicht und anspruchslos schreibt: *Heinricus cunctis Lotharingensibus committunt.* (Dem König Heinrich sind alle Rheinländer untertan.) Wieder einmal ist in der traditionellen Rheinlandpolitik Frankreichs, die von den Capetingern angefangen über die Könige, die Napoleoniden, und die Republiken den Rhein zur französischen Grenze machen wollte, das Recht des gemeinsamen deutschen Blutes und Schicksals Sieger geblieben.

Die Heimat ist befreit. Aber es sind nicht die „heiligen Vorbeeren“ von Leipzig. Die Freiheit ist nicht die erkaupte von 1813. Die Befreiung von 1930 ist eine erkaupte; denn über die Unvernunft der Macht hat die Ration der Wirtschaft gesiegt und die gestrichenen Kredite des Young-Planes sind die wahren Sieger über die Besetzung. Das ist schmerzlich an dieser Befreiung.

Aber wir sind doch befreit, wenigstens kein Reparationsland mehr. Wie hatten wir uns 1918 aufrichtig gewünscht nach Ruhe, Frieden, Frieden! Alles war dann anders gekommen.

Jetzt erst hinter meiner Schande Gittern
fühlt ich meine Not!
Seh den Zug der Landverwiesenen,
seh den Säugling.

den man aus dem Bettchen riß und dem Hunger vorwarf, sah den ganzen Leib des Jammers unterm Bajonett! Seh' die Peitschen! Immer nur die Peitschen seh' ich auf dem Rücken meines Volkes! Peitschen! Peitschen! Peitschen!

(Fried v. Unruh).

Davon ist nun die Heimat befreit. Von Peitschen! Ich will sie alle aufzählen. Ein jeder von uns hat die eine oder andere am eigenen Leibe schmerzlich erfahren und mag heute sich dankbar freuen, daß dieses nun wenigstens vorüber ist.

In unsere persönliche Freiheit griff man ein: Vereine, Vorträge, Deutschlandlied, Marschieren, Feste, Zeitungen und Bücher, Schallplatten, Kinovorstellungen, Rundfunk entweder verboten, oder überwacht und beschränkt. Man denke einmal an jene Tage, wo die Reise zu uns ins besetzte Gebiet unmöglich oder wenigstens so schwer und lästig wie möglich gemacht war. Besonders für unsere beurlaubten und entlassenen Reichswehrsoldaten. Man darf nicht so leicht die Quarantäne-lager bei Darmstadt vergessen. Unvergessen bleiben bis in ferne Zeiten die Tage und Härten der Ausweisungen mit ihren leiblichen und seelischen Qualen.

Wie viel Leid, Unfreiheit, Unrecht knüpft sich allein an den Namen Militärjustiz mit ihrem Verfahren, ihrer Rechtsprechung und ihrem Gefängniswesen. Ich erinnere in dem Zusammenhang beispielsweise an jene unheimliche Nacht, die sich dort ereignete, die privates und wirtschaftliches Leben (J. G. Farben in Höchst) bespitzelte und — bezeichnenderweise — als letzte nach der Truppe den Heimatboden verläßt.

Andere Unfreiheiten griffen in das Verwaltungswesen ein: Eisenbahn, Rheinschiffahrt, Straßenbahndienst, Post, Telegraphen, Fernsprechwaltung, Luftschiffahrt (Schikanen von Erbenheim im letzten Jahre!) — alles das unterlag, vielfach dem Laten unbekannt, den lästigsten und lähmendsten Beschränkungen. Es war nie zu erreichen, daß die Grupp-pflicht deutscher uniformierter Beamten der Polizei, Gendarmerie, der Zoll- und Forstverwaltung, der Feuerwehr beseitigt wurde. Die Polizei war in den innersten Angelegenheiten gehemmt, ihr Eingreifen bei Separatistenputschen, Kommunistenrazellen oft lahmgelegt. Ein unsäglich trauriges Kapitel ist die Beschränkung der deutschen Ziviljustiz gewesen, besonders bei Geltendmachung von Alimentenanprüchen gegenüber Besatzungssoldaten. Ist doch bis zum Augenblick der Befreiung nur in einem einzigen Falle das Recht eines unehelichen Kindes gegen seinen französischen Vater anerkannt worden.

Eine neue Ara.

Das Ende der offensiven Rheinpolitik der Franzosen.

Von Geheimrat Prof. Dr. Hermann Onken, Berlin.

Was selbst in Versailles die Siegermächte dem französischen Verbündeten nicht zugestehen wollten — die französische Rheinzone von Basel bis Cleve —, das hat die französische Politik in dem Jahrzehnt nach Versailles in immer neuen Insäufen der Welt abzurufen und abzulisten versucht. Und hiergegen hat jetzt das deutsche Volk, gebrochen aus dem Weltkriege herauskommend, wehrlos, verelendet und isoliert, den Kampf der Freiheit und der Ehre führen müssen. Alle deutschen Schicksalsstragen seit Versailles: die Durchführung des Friedens, die Räumung unseres Bodens, die Festschreibung der Reparationen, die Rehabilitierung und Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, sind auf einer Bühne ausgeläutet worden, auf der jene verborgenen Endziele der französischen Rheinpolitik den großen Unsichtbaren darstellten, der alle Fäden in dem Drama zog.

Diesen Abwehrkampf haben wir Deutschen gewonnen seit jener Wendung im Spätherbst 1923, in der Stresemann die Führung der Geschäfte übernahm. Wenn wir uns den großen Zusammenhang der Geschichte vergegenwärtigen, in dem dieser letzte Kampf um den Rhein steht, dann

dürfen wir mit berechtigtem Stolz die Bahnen in den befreiten Ländern hochziehen: der Abmarsch der französischen Truppen, auch wenn Briand ihn hinter dem purpurroten Vorhang seines europäischen Unionsvorwurfes zu verhehlen sucht, ist ein Verzicht auf ein Programm, das mit höchster nationaler Leidenschaft von unsern Nachbarn durchzuführen versucht wurde.

Aber das Bestehen unseres Abwehrkampfes gibt es in dieser Stunde noch kein Recht zu rauschenden Festen und lauten Fanfaren. Wir können uns nicht verhehlen, wieviel wir der eigenen Kraft und wieviel wir dem Gewicht der anderen Mächte verdanken. Und jetzt erst, wo das Joch von uns genommen wird, werden wir uns bewußt, wie viele wieder gutzumachende Opfer uns dieser Kampf gekostet hat, wie viele seelische und materielle Werte in ihm verlorngingen, wieviel Blut und Jammer, wieviel Entbehrungen und Peinigung mit ihm verbunden waren. Unter vielen heute ein Strich gemacht worden, und es liegt uns fern, neuem die Leidenschaften aufzudeckeln. Aber eine char-hafte und politische denkende Nation wird niemals aus

Gedächtnis die Zeiten dieser Prüfung und Heimführung auslösen können. Sie erlegten unserem Volke Härteres auf als selbst der Krieg.

Darum wird auch kein Deutscher die bittere Empfindung unterdrücken können, daß die Liquidation der französischen Rheinpolitik an einer Stelle auch am 30. Juni 1930 noch nicht vollzogen ist: daß die Entscheidung über das Schicksal des Saargebietes sich unbestimmt hinausögert. Dieses Stück der französischen Kriegsziele, für das einst in Versailles eine wirtschaftliche Rechtfertigung gesucht wurde und sogar ein gefälliges nationales Motiv gefunden werden sollte, ist heute noch nicht endgültig von der Tagesordnung verschwunden. Der Schatten dieser Enttäuschung fällt tief in die Feierstunden der Befreiung hinein.

Das ist überhaupt die große Frage, die sich bei der Einstellung der offensiven Rheinpolitik der Franzosen uns drängt: Was bleibt von ihr zurück? Wir beobachten, daß in Frankreich die Widerstände in der Armee und der öffentlichen Meinung gegen die neue Politik fortauern. Es läßt sich nur darauf schließen, daß in diesen Tagen bei der Zerstörung der Flughallen ein Verfahren angewandt wird, das die Geiste des Siegers bis in die letzte Stunde des Abzugs den Menschen einprägen möchte - nicht die materielle Zerstörung, sondern das Symbolhafte dieses Handelns wird in unserem Gedächtnis bleiben. Sollen wir bis zuletzt daran erinnert werden, daß aus diesem Verteidigungskampfe dort unsere eingestandene Wehrlosigkeit zurückbleibt, die Entmilitarisierung des linken Rheinuferes samt der 50-Kilometerzone - eine Wehrlosigkeit, die ihre moralische Begründung nur in der unmoralischen Kriegsschuldthese hat? Sollen wir immer wieder erfahren, daß auch ein Frankreich,

das das linke Rheinufer räumt, darum den Druck auf unsere entblöhte und offene Westfront keinesfalls aufzugeben entschlossen ist?

Und doch wollen wir angesichts der Befreiung des deutschen Landes, so unendlich mühsam sie errungen ist, auch den Glauben nicht aufgeben, daß damit ein Schritt weiter zur Verjüngung der Völker getan ist. Auch im französischen Volke gibt es Kreise, die sich ehrlich davon überzeugt haben, was ein wirkliches Zusammengehen der Deutschen und Franzosen bedeuten kann. Beide Völker brauchen nur auf die unabsehbaren Umwälzungen in der Welt, auf die grossenden Gewalten der Tiefe, auf die ernststen Lehren der Volkswirtschaft zu blicken, um zu wissen, was sie gemeinsam tun sollten. Ob die Motive und die Methoden des Briand-Planes den geraden Weg zu solchem Ziele darstellen, mag vielen zweifelhaft erscheinen. Ein so unbedingt einer friedlichen Neuordnung zugewandtes Organ wie die New Yorker „Nation“ schrieb dieser Tage mit Recht: „So lange Frankreich alles durch das rote Glas der „Sicherheit“ sieht, wird der politische Charakter dieser Union alle ihre Schritte färben“. Es ist die Aufgabe der deutschen Politik, in den Gestaltungsmöglichkeiten einer besseren europäischen Zukunft - die ohne Deutschland von vornherein zum Tode verurteilt sein würde - dem Gedanken der wahren Gerechtigkeit und der Parität unter den Völkern zu seinem Rechte zu verhelfen. Wir gehen damit auch den Weg der Befreiung weiter, an deren Anfang wir heute stehen.

Der 30. Juni 1930 ist das Ende einer weltgeschichtlichen Epoche; das Schicksal der Menschheit wird davon abhängen, ob er zugleich das Eingangstor zu einer neuen und besseren Zeit sein wird.

Der Rhein ist frei!

Von Geh. Kommerzienrat Dr. h. c. Wilhelm Waldfisch.

Vom langjährigen Druck fremder Besatzung befreit, atmet nunmehr das schwergeprüfte Grenzgebiet wieder auf. Die Franzosen sind abgezogen vom Rhein und damit ist die letzte Schranke gefallen, die uns vom unbesetzten Reich trennte. Die befreiten Kräfte können sich zum Wiederaufbau regen.

Wird das Volk bei allem Jubel, den Ernst dieser Stunde erkennen? Dürfen wir hoffen, daß die Lehren des Krieges und die Erfahrungen aus der Besatzungszeit den politischen Sinn und das Verständnis für die lebensnotwendigen Aufgaben des Staates geweckt und gestärkt haben? Und dürfen wir damit rechnen, daß durch die schweren Prüfungen und Enttäuschungen unserer Leidenszeit der Wirtschaftssinn, an dem es unserem Volke Leibensehnte, erwacht ist?

Das sind die Grundfragen, die sich in dieser Zeit mancher Ernstdenkende vorlegen mag, denn von der Entscheidung darüber ist letzten Endes unsere staatliche Zukunft abhängig.

Ich glaube, oder vielmehr ich vertraue fest darauf, daß wir diese Frage bejahen dürfen; denn wer es miterlebt hat, wie die Bewohner des gefährdeten Grenzlandes in jenen schweren Jahren der Nachkriegszeit, in denen Deutschland außenpolitisch zur Ohnmacht verurteilt worden war, ganz auf sich selbst gestellt, ohne Waffen, nur aus der inneren Kraft ihres Willens zum Reich heraus sich behaupteten, der kann den Glauben an dies Volk nicht verlieren. Geistlich auf die stärkste Probe gestellt, hat damals die gesamte Bevölkerung in entschlossener Zurückweisung jeder Art von Gewaltspolitik alle moralischen Energien eingesetzt, um in geschlossener Front und einheitlicher Haltung alle Übergriffe von Gewalt und Bedrohung, alle Ränke und Listen abzuweisen. Und die Entschlossenheit dieser Grundstimmung hielt an in den kritischsten Phasen der Besatzungszeit, ja sie steigerte sich noch mit der zunehmenden Verschlechterung der Verhältnisse. Nichts konnte dieses Volk, das so verwurzelt war im deutschen Gedanken und so erfüllt von der Sehnsucht nach dem Reich in seinem Willen beirren, und so bewährte sich hier der Grundzug deutschen Wesens. Die deutsche Treue blieb kein leerer Wahn, denn je schwerer die äußeren Verhältnisse das Volk belasteten, umso stärker entfalteten sich seine hervorragenden seelischen Eigenschaften.

Alle haben wir es dankbar empfunden, daß das Mutterland die Not des Grenzgebietes keinen Augenblick verkannte und trotz seiner schweren und immer mehr zunehmenden Sorgen nichts unterließ, was irgend geschehen konnte, um den bedröhten Landesteilen durch finanzielle und moralische Unterstützung Hilfe zu bringen.

In diesen schweren Zeiten kam den Zeitungen eine ganz besondere Bedeutung zu, denn ihre Aufgabe war es, den Willen zum Durchhalten mit allen Mitteln zu stärken und gegen alle Versuche vorzugehen, die darauf abzielten, den Einheitswillen des Volkes zu brechen. Dabei standen die Zeitungen selbst in schwerer Sorge und Bedrängnis. Zahllos sind die Strafen, die gegen deutsche Zeitungen verhängt wurden, wenn sie sich weigerten, ein von der Besatzungsbehörde befohlenen Artikel aufzunehmen und zahllos die Mahnungen, von denen die Blätter jeder politischen Richtung betroffen wurden, wenn sie gegen die sogenannten Ordonnances verstießen. Viele Männer, die im Dienste der Zeitung standen, wurden ausgewiesen, viele erhielten Freiheitsstrafen, aber nichts konnte den geschlossenen Willen brechen, ja der physische Druck der Besatzung führte die Presse schließlich zu organisierter Selbsthilfe und damit zu einer Verstärkung des Abwehrkampfes.

Wer die Vorgänge, die sich damals im besetzten Gebiet abspielten, miterlebt hat, wird neben allem Niederdrückenden nie das Starke, man darf wohl sagen befreiende Gefühl vergessen, das sich für alle Beteiligten mit dem Erlebnis des Gemeinschaftsgeistes verband, der hier plötzlich erwachte und unter Hintansetzung alles Trennenden und Nebenbäulichen den Abwehrkampf organisierte.

Aber alle politischen und weltanschaulichen Gegensätze, über die wirtschaftliche Konkurrenz hinweg fanden sich Verleger und Redakteure zusammen, in dem entschlossenen Willen, alles dafür einzusetzen, um wertvolles Land dem Reiche zu erhalten. Hier im besetzten Gebiet wurde unter den allerschwerigsten Verhältnissen der Beweis dafür erbracht, was die Presse zu leisten imstande ist, wenn sie sich in schwerster Bedrängnis zusammenfindet.

Es ist von der allerhöchsten Bedeutung, daß die Erfahrungen, die in der Leidenszeit des besetzten Gebietes gemacht wurden, nicht verloren gegangen sind, sondern daß der Wille zum Zusammenhalten der Kräfte wachgeblieben ist und weitergewirkt hat. Die Bestrebungen, die hieraus erwachsen, und deren sichtbarster Ausdruck die Gründung des Instituts für Zeitungswesen an der Universität Heidelberg ist, haben zum Ziel ein stärkeres Zusammenwirken und eine



Aufziehende Wache der Franzosen vor dem Schloß.

Willkürliche Grenzziehung.

Die Ergebnisse dreier Reisen in das besetzte Gebiet.

Von Albert Geysinski Preussischer Minister des Innern a. D.

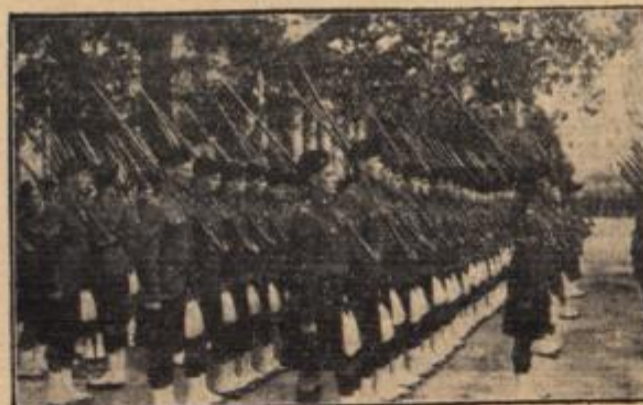
Meine erste Reise ins besetzte Gebiet geschah im Auftrage des Reichsarbeitsministeriums im Jahre 1922. Ich hatte - im Anschluß an das zwischen den Gewerkschaften und Arbeitgeberern abgeschlossene Überstundenabkommen - die Lebensverhältnisse der Arbeiter, insbesondere die großen Ernährungsschwierigkeiten dieser Zeit zu untersuchen. Im Januar 1927 besuchte ich dann als preussischer Minister des Innern - anlässlich der Einführung des Kölner Regierungspräsidenten - die Regierungshauptstädte des besetzten Gebietes. Die damals gemonnenen Erkenntnisse der besonderen Situation im Grenzland wurden später noch erweitert durch eine Studienreise im November des gleichen Jahres, die den Zweck hatte, die komplizierten Verhältnisse des besetzten Gebietes zu studieren.

Ich kann als Ergebnis festhalten, daß die Notlage im Westen schlimmer ist als im Osten. Man denkt, wenn man vom Westen spricht, immer nur an das reiche Industriegebiet im Rheinland und Westfalen und übersteht dabei, daß diese gewaltigen, werterschaffenden Produktionsstätten nicht identisch sind mit den Gebieten, die noch weiter westlich an der Reichsgrenze liegen. Die Schwierigkeiten dieser Gebiete sind gewachsen einmal durch die willkürliche Grenzziehung zwischen Deutschland und Belgien, die nur unter dem einen Gesichtspunkt vorgenommen worden ist, daß die guten Stücke auf die belgische Seite zu liegen kamen. Kein erster Eindruck war, als ich diese Grenzlinie verfolgte, die mich ihren Urheber von Eulenspiegel und Wephisto zugleich eingeebnet worden sein.

Zum andernmal zeigen sich schlimme Wirkungen dadurch, daß es sich nicht einfach um geographischen Grenzen handelt, sondern daß tatsächlich die Grenzpfähle den ganzen ehemals frei hinüber und herüber flutenden Leben Einhalt gebieten. So ist etwa den Deutschen an der Grenze von Luxemburg, das früher zum deutschen

Zollgebiet gehörte, durch die strengen absperrenden Zollmaßnahmen das Hinterland genommen. Durch die unnatürliche Abzäunung leiden auch die Grenzbewohner unseres westlichen Nachbarlandes; aber geradezu große Not bewirkt sie in solchen Gebieten unseres Grenzlandes, die, wie die Eifel und der Hunsrüd, von Natur aus schon zu den kargen Landstrichen gehören. Ich habe damals im Aachener Gebiet den Gegensatz beobachtet können zwischen den Verhältnissen jenseits der Grenze in Holland und den unsrigen. Dort, in der Provinz Limburg, wo die Holländer an der Kohlenerschließung arbeiten, sind vorbildliche Siedlungen mit modernen Einrichtungen entstanden, während hier bei uns schlechte Wohnungsverhältnisse die Bevölkerung in allen ihren Lebensbedingungen niederdrücken. Es ist für diese Bevölkerung schwer erträglich zu wissen, daß wenige Schritte über der Grenze bessere Lebensmöglichkeiten mit Hilfe staatlicher Maßnahmen bestehen als in dem auf seine Kultur und Bildung so stolzen deutschen Gebiet.

Hier sind also große wirtschaftliche Maßnahmen des Reiches und der Länder dringend notwendig, denn auch diese Bevölkerung besteht aus kerndeutschen Leuten, die einen Anspruch auf Hilfe mit dem gleichen Recht erheben können wie die anderen notleidenden Teile des deutschen Volkes. Geht eine solche nachdrücklich betriebene deutsche Aufbaupolitik Hand in Hand mit der erfolgreichen Forderung auf Abbau der strengen Zoll- und Grenzvorschriften und auf die baldige Rückgabe des Saargebietes, dann ist die erwünschte wirkliche Verständigung und gute Beziehung zwischen den Deutschen und den französischen und belgischen Nachbarvölkern für die Zukunft ermöglicht. Die Erfüllung so großer Hoffnungen wünsche ich der wertvollen deutschen westlichen Grenzbevölkerung an diesem Tage von Herzen.



Schottenparade.

größere Einheitslichkeit des gesamten deutschen Zeitungswesens herbeizuführen, und niemand, der den ungetrübten Einfluß der Presse abzuschätzen vermag, wird verkennen, welche Bedeutung dieser Zielsetzung zukommt. Denn gelin es, zu einem solchen stärkeren Zusammenwirken aller staatsbedingenden Zeitungen zu kommen, so wäre damit die Voraussetzung geschaffen, daß die deutschen Zeitungen dem Vaterlande im besten und höchsten Sinne dienen. Hoffen wir, daß dieses Ziel erreicht wird, dann haben wir die sicherste Gewähr dafür, daß das Volk in geschlossenem Willen erfolgreich an seinem Wiederaufstieg arbeiten wird.

Und vergessen wir eines nicht: noch ist mit dem letzten Abzug der Franzosen nicht das ganze besetzte Reichsgebiet befreit, noch leiden an der Saar unsere Volksgenossen unter dem Druck fremder Mächte. Ihnen gilt darum heute unser Gruß und unser festes Gelübnis, daß wir nichts veräumen werden, was dazu beitragen kann, ihre Leidenszeit zu verkürzen. Hoffen wir, daß auch sie bald wieder mit dem Reiche vereint sind.

Der geschichtliche Sinn der Besatzungszeit.

Don Dr. Albert Hencke.

Es mag befremden, wenn man heute nach dem geschichtlichen Sinn der Besatzungszeit fragt, deren Geschehen für Vernunft und Erlebnis uns oft so sinnlos erscheinen. Der Politiker zwar würde Stoff genug sammeln können, wenn er für Reflexion und Agitation den einzelnen Geschehnissen in Stadt und Land und den Tendenzen nachginge, die sich in dieser unseligen Zeit einer Instinktpolitik primitivster Form an deutschen Rhein, mitten im modernen Europa, in Wort und Tat ans Licht wagten. Und dem Völkerpsychologen, der die Charakterologie der Nationen, dem Philosophen auch —, der den Geist ihrer Wesensäußerungen zum Gegenstand gedanklicher Untersuchungen machte, würde es bei Betrachtung dieser Zeit und ihrer Menschen nicht an Gelegenheit mangeln, sub specie aeterni die nun zu Ende gelebte Epoche zu theoretisieren, zu generalisieren — zu überhöhen in der Ideenwelt sinnbildlicher Deutung, in der alles Irdische, Menschliche zur abstrakten Synthese sich rundet.

Dem Historiker, dem in Raum und Zeit sich der Gehalt und der Wert des Geschehens gegenständlich und individuell darzustellen muß, wenn er ihn „begreifen“ will, ist diese Flucht in das Reich der Ideen versagt; er muß mit den Dingen selbst und an den Trägern des Zeitgeschehens, im Erlebnis, sein Urteil grundlegen und mit dem Realismus solcher Einstellung konkrete Ergebnisse erzielen.

Noch liegt die Besatzungszeit in naher politischer Entfernung, ohne die Distanz ruhiger Uberschau; und noch lebt in jedem von uns die Leidenschaft, flutet und ebbt das Gefühl um Erinnerungen und unvergessliche Eindrücke, die keine Zukunft mehr verwischen kann. Und doch wagen wir an unser Thema heranzutreten. Wagt es nicht aus politischer Willkür heraus, sondern weil diese Zeit und ihr geschichtlicher Sinn nicht auch noch in dem Wirbel partei- und personalpolitischer An- und Abzichten zerrieben darf. Wenn Fichte einmal sagte, daß jede Landschaft und jeder Stamm in der Not ein Sinnbild der Nation sein könne, so war das besetzte Gebiet in der Tat ein Symbol des deutschen Schicksals. Darin aber lag ein historischer Sinn. Die Heimatverbundenheit seiner Bewohner wurde im Noterlebnis des Deutschgefühls und der Vaterlandstreue zum Staatsinn; und je stärker die Heimatliebe der Rheinländer, Nassauer und Hessen sich in jenen Tagen einer engen und oft nicht gewürdigten Schicksalsgemeinschaft erwies, desto deutlicher und befeelter erkund auf diesem Boden ältester deutscher Staats- und Kulturformung über den nationalen Opfergedanken hinweg, erst recht der Wille zur Volksgemeinschaft, die Bereitschaft zum deutschen Volksstaat. Freilich hemmten feindlicher Siegesrausch oder kleinliche Rachsucht, hemmten auch separatistischer Irrwahn und das Gefühl der Verlassenheit auf der zur sog. „Grenzmark“ erniedrigten deutschen Kernraumhaft zuweilen den Eifer und Wunsch nationaler Ganzheit; aber nirgendwo in Deutschland hat es Menschen gegeben, die aus den gegebenen Verhältnissen heraus die Notwendigkeit eines neuen, eines größeren Volksstaates aller Deutschen besser hätten verstehen lernen, als die volkstümlich gehaltenen, menschlich entzweiteten, völkisch verfehlerten Deutschen am Rhein. An ihnen, die die Bewahrung der Reichseinheit nach dem verlorenen Kriege als eine Errungenschaft der Republik von ihrer eigenen schmerzlichen Teilsonderung vom Volkskörper her zu erkennen und zu bejahen imstande waren, wird der Gedanke der Volkseinheit einen geschichtlichen Vorkämpfer haben, nicht nach einem Parteiprogramm, nicht aus dem Gefühl der Verantwortung am Staat, aus Bildung und Arbeit allein heraus, sondern aus dem Erlebnis der völkischen Not. Das aber macht Geschichte und gibt ihr gerade die Form und die Tatkräft des überparteilich einigenden nationalen Willens, den wir oft vermissen. Nicht weniger als in der unbestreitbar deutschen Tradition des besetzten Gebietes liegt in jenem aktuellen Gesamtdeutschtums-Erlebnis, das gegen die Fremddetermination in allen möglichen Formen nach dem deutschen Volkstum und Vaterland erneut und bewußt ringen mußte, die deutsche Zukunftsgeschichte beschlossen, die zu entbinden — es ist die Hoffnung der Besten — nun nach der Befreiung von fremder Militärgewalt für ganz Deutschland eine staatliche Notwendigkeit sein wird. Möge das befreite Rheinland für das Vaterland sich auch nach der „Einigkeit vor dem Feind“ in einer Einigkeit aus der Freiheit nationaler Vernunft heraus sinnbildlich deutsch und treu beweisen!

Geschichte ist nicht nur auf Staatsgesinnung zu gründen. Wir haben es gerade als Deutsche erfahren, daß daraus kein völkisches Organon, höchstens ein politischer Organismus erwächst. Volkseinheit, die eine geschichtliche Bedeutung erringen will, muß freilich weit über sprachlich-kulturelle Einheitlichkeit hinaustragen, muß zur politischen Volkseinheit aus dem Gefühl des gleichartigen Volkstums geformt und hergestellt werden. Wir Deutsche haben für dieses Imponderabile völkischen Werdens das alte Wort „Recht“, wie wir dessen Wesenheit aus Treue und Formung aus Billigkeit auch immer bestimmen mögen. Nun, die Besatzungszeit hat diesem Begriff einen neuen nationalgeschichtlich wertvollen Sinn gegeben; hat ihn wieder neben seiner juristisch-formalen Auslegung in die Ursprünglichkeit des realen Erlebnisses hinein vertieft. Die Menschenrechte, das Recht fürs Volk und im Volke, das Recht unter Staaten, wurden sie uns nicht in eine neue ge-

schichtliche Beleuchtung gerückt? Wir meinen hier, keineswegs lediglich den Formalbegriff nationaler und internationaler „Gerechtigkeit“, so bitter auch das Ohnmachtsgefühl gegenüber militärischer Willkür der grande nation, brutalem Subjektivismus der Amerikaner, kühlem Formalismus der Engländer gewesen ist, so menschlich-verständlich es auch für uns ist, wenn gegenüber dem offensichtlichen Hohn auf juristische und soziale Gerechtigkeit durch französische Gerichts- und Verwaltungspraxis die Faust des deutschen Mannes sich ballte — wir denken, positiven Zielen zu unserm Besten zustrebend, an die Rechtsidee in unserer Gegenwartsgeschichte. Aus dem Gegensatz zwischen deutscher und romanischer Rechtsübung heraus, bekennen wir uns im Rheinland trotz der Tradition eines Code civile erneut

Der Rhein.

Aus Unendlichkeit kommst du und kehrt in Unendlichkeit. Gespieler der ewigen Gletscher, Gespieler des ewigen Meers, lädst du das Schicksal der Erde dir auf, wie jener Göttliche niedergestiegen, mit Menschen zu leiden.

Von den Tränen der Jahrtausende sind deine Felsen zernagt; auf Pappelauen trugst du des Gerichtes lodrende Scheiter. Feurige Schrift aller Kriege wogte auf deiner Flut; und Blutbäche rannen dir zu von Burgen feindlicher Brüder in zerrissener Heimat.

Aber aufflammen sahst du uns auch, ein entschlossenes Gandhi-Hoer, da Bajonette des Feinds sich aufpflanzten an friedlichem Ufer, den Bergmann vertrieben aus Schächten und Zechen und der Verräter im eigenen Land dich verkaufen wollte an den Nachbarn, der seit Jahrtausenden nach dir giert.

Alles besitzt der prahlerische Franke, der unruhvolle, alles Irdische:

Häfen am Meer, die Palmenküsten des Südens, der Atlantic weitwogende Straßen, Kühlung der Gletscher und Afrikas Spezereien

— nur Eines nicht: Das Ewige. Darum will er dich Ewigen auch!

Uns aber bist du gegeben bis ans Ende der Zeit, deinen Hütern!

Und ungesesselt trägst du die dienenden Flotten

der Liebe wieder zu den Völkern der Welt.

Leo Sternberg.

zu dem sozialen Gehalt des deutschen Rechtes. Wir lehnen jeden nur autoritativen Ordnungszustand im Staate ab, wir träumen nicht mit dem politischen Romantiker von der starken Hand einer Diktatur, weil wir sie als Exponent des Unrechts erlebt haben. Wir sind realpolitisch genug zu verstehen, daß nur soziales Volksrecht staatliches und deutsches Recht zugleich entwickeln kann. So bejahen wir freudiger die deutsche Demokratie. Und weil wir nicht, wie einst die Fürsten unserer Heimat auf die „Länderbörse“ des Wiener Kongresses nur um dynastische Feudalrechte schachern gingen, sondern Volks- und Vaterlandsrechte gemeinsam zu verteidigen hatten, weil wir aber darüber hinaus nicht im diplomatischen Ränkepiel beteiligter „privilegiert europäischer Stände“ legitime Vorrechte wahrten, son-

dern im strengsten Pflichtgefühl urdeutsche Volksrechte aufrecht erhielten — deshalb ist uns der Volksrechtsgedanke, politischen wie sozialen Umfangs, vor allem ein Bekenntnis zum Volksstaate gewesen und geblieben. Und Recht an und in ihm wurde uns aus dem Erlebnis heraus Pflicht für ihn zu wirken; wo immer wir aber litten, wurden wir Volk!

Auch der dritte Begriff — neben Einigkeit und Recht — die Freiheit hat sich uns geschichtlich vertieft. Gerade ihm gegenüber wäre es leicht, nur die negativen Erfahrungen der Besatzungszeit herauszustellen, und wir sind weit entfernt davon, in einem Augenblicke, wo unsre Unfreiheit, nur militärisch gesehen, ein Ende nimmt, leugnen zu wollen, daß manchmal auch dem Liberalfsten von uns ein Haßgefühl naheliegt als ein Veröhnungslid. Wenn Frankreich, nachdem es die Annexion des linken Rheinufers gegen englischen Einspruch abermals diplomatisch nicht durchsetzen konnte, nun die Besatzungszeit zum politischen und wirtschaftlichen Geschäft zu machen suchte, wenn es in dem gerade von ihm propagierten Gedanken des Europäismus die für uns im Westen furchtbar spürbare Unfreiheit der deutschen Rheinstellung und Europabedeutung als Voraussetzung seiner Hegemonialgewalt mit militärischer Gebärde bis zum letzten Tag zu dokumentieren für richtig befand, dann konnte von der einzig möglichen Bedingung zu einem europäischen Völkerfrieden, der Freiheit der Staaten, keine Rede sein. Hier hat offiziell ein Staat, nicht eine verantwortungsscheue Meute chauvinistischer Phantasten, ins Rad der Geschichte in romantischer Verblendung eingzugreifen gewagt — und sein angeblich neupolitisches Wollen nicht von den Fesseln seiner altpolitischen Vergangenheit an einem Wendepunkt der europäischen Geschichte zu befreien gewagt. Gerade wir im „besetzten Gebiet“ haben die Unfähigkeit des reaktionären Franzosen, sich zu europäisieren — soweit er politisch in Erscheinung tritt — verstehen und einschätzen gelernt, stärker noch als den modernen Wirtschaftsimperialismus der Amerikaner und den französischen Ersahimperialismus der Propaganda für die Fremdenlegion. Aber was würde es geschichtlich bedeuten, kämen wir nicht über einen Irrweg für Freiheit hinweg, zu deren eigentlichem politischen Sinngehalt! Der politische Sinn der Freiheit aber ist, gegensätzlich zu seiner Zielsetzung im Zeitalter des Individualismus, heute doch vor allem Entbundenheit der Persönlichkeiten und Nationen zur sozialen Arbeit an den großen Kollektiven der gegenwärtigen Geschichte, das heißt letzten Endes der Friedensidee. Ihr aber hat die Zeit der Besetzung, in erster Linie durch die Methode des französischen Militarismus, weder psychologisch noch politisch betrachtet, gedient. Dem Frieden innerhalb des deutschen Staatskörpers und des Volkes hat Frankreich durch seine Unterstützung der Separatisten und seinem Versuch, in der „Rhenanie“ Gegensatz über Gegensatz zur Mutter Germania künstlich zu konstruieren, sogar absichtlich entgegengearbeitet. Den Frieden Europas hat es durch seine Art, das deutsche Rheinland aus „Sicherheitsgründen“ und aus Besorgnis vor der „Macht Preußen“ am Rhein zu einem europäischen Programm internationaler Interessen zu problematisieren, wesentlich — vor allem durch Ruhr- und Saarfrage — gestört. Freiheit aller Beteiligten allein aber kann auch in den Bahnen der auswärtigen Politik zur dringend notwendigen Völkerverständigung führen; daß der erste Schritt dazu, die Versöhnung der Staaten, so schwer war, daran ist trotz der Besatzungszeit nicht Deutschland und nicht das Rheinland schuld!

Wenn der letzte Soldat Frankreichs deutschen Boden verläßt, so ist die Bilanz der französisch-deutschen Nachbarschaft unvereinigt geblieben. Sie muß in anderen Formen neu aufgestellt werden, weil wir nicht nötig haben, nur von der Schwäche unserer Nachbarn zu leben und auch um des Friedens der europäischen Kulturwelt willen. Für unser Vaterland aber hat die rheinische Geschichte trotz aller Not den alten Sinnpruch der Deutschen erneuert, der vielleicht jetzt endlich nach ewiger Zukunftshoffnung, politische Gegenwart wird.

Der Befreier des Rheins.

Ich hatte einmal einen guten Freund, er hieß Gustav Stresemann, ein Mann mit ganz deutschem Verstand, optimistisch und idealistisch. Das Hoffnungsstrohe lag in seiner Wesensart, und so auch in seiner Politik. Aber die unheimlichen Lasten, die uns der Young-Plan aufbürdet, haben ihn öfters mit ihm sprechen können, und dann pflegte er meinen Zweifeln mit den Worten zu begegnen: „Erfüllt wollen wir den Rhein frei haben, um aufatmen zu können — und alles Westere abwarten...“ Er hat nicht einmal die Rheinbefreiung abwarten können, er ist schon vorher in den Sessel gestorben. Dem deutschen Strom will deutsche Dankbarkeit ihn nun ein Denkmal setzen. Und das verdient er auch — das immer wird unvergesslich sich mit seinem Namen verbinden, daß er es war, der die Räumung der besetzten Gebiete von den alten Feinden durchgesetzt hat, ehe die Frist abgelaufen ist, damit wir wieder „aufatmen“ dürfen und den Weg in die Freiheit zurückfinden. Ein Mann ist abgedrückt worden, und durch das Geläut der Glocken am letzten Räumungstag klingt auch das Hoffnungsstrohe Stresemanns. Hoffnungs- der erwärmende Affekt zu mutigem Aufschwung.

Fedor v. Sobellik

Chronik der Besetzungszeit in Wiesbaden.

Von Studienrat Dr. Massenkeil.

Der Chronist ist bei der Erfüllung der ihm gestellten Aufgabe in einer gewissen Verlegenheit. Wollte er nämlich all das aufzeichnen, was sich an schwerwiegenden Ereignissen während der Jahre der Besetzung zugetragen hat, so würde der ihm zur Verfügung gestellte Raum bei weitem überschritten werden, und wollte er erst all das weit schildern, das so viele Bewohner Wiesbadens heimgeleitet hat, so würde das ganze Papier dieser Nummer nicht reichen. Darum seien nur die allerwichtigsten Erlebnisse und Vorgänge verzeichnet. Aber auch die in dieser abgefassten Form verfasste Chronik wird allen Lesern zum Bewußtsein bringen, welche schwere Zeit hinter uns liegt, all denen aber, die sie miterlebt haben, die große Bedeutung der Stunde endgültiger Befreiung vor die Seele führen.

1918.

Dezember

- 3. Aufruf des Oberbürgermeisters Gläpping an die Bevölkerung Wiesbadens, die kommende schwere Zeit der Besetzung mit Würde zu ertragen. „Jede deutsche Frau, jedes deutsche Mädchen, jeder deutsche Mann bewahre die Würde; die Verachtung des Feindes für unser Volk und unsere Stadt wäre die Folge jeder Würdelosigkeit. Denkt an die Toten und das Vaterland!“
- 5. Die letzten Kolonnen der deutschen Truppen, Artillerie und Bagagewagen, marschieren durch Wiesbaden.
- 6. In der Zeitung wird darum gebeten, den zu Ehren unserer Soldaten entfalteten Fahnenstaud rechtzeitig und reiflos zu entfernen, da die feindlichen Quartiermacher schon morgen oder übermorgen kommen können.
- 8. Major Sommer vom Mainzer Gouvernement macht darauf aufmerksam, daß bis zu diesem Tage, 6 Uhr früh, Mainz geräumt sein müsse. Telephonische Mitteilung des Regierungspräsidenten an den Magistrat am 6. Dezember: „In Wiesbaden tue man gut, sich auf das Gleiche vorzubereiten.“
- 12. Französische Offiziere verhandeln als Quartiermacher im Rathaus.
- 13. Wiesbaden steht unter dem Befehl der französischen Besatzung. Quartiermacher und eine Offiziersabordnung treffen die nötigen Maßnahmen zur Einquartierung und Besetzung. Der Oberbürgermeister verabschiedet den ersten Aufruf des Marschall de France, die Besetzung des Landes durch die alliierten Armeen festgelegt wird, auf Befehl des Kommandierenden Generals der Besatzungstruppen. Größere und kleinere Truppen französischer Soldaten treffen ein. In einer Stadtverordnetenversammlung macht der Oberbürgermeister die Mitglieder mit der Tatsache der vollzogenen Besetzung bekannt. Der ganze Stab des Korps, das den Brückkopf Mainz besetzt, etwa 300 bis 400 Offiziere, nimmend in Wiesbaden Wohnung.
- 14. Die erste Polizeiverordnung in 29 Artikeln wird auf Befehl des Kommandierenden Generals angeschlagen.
- 16. In diesem Sonntag zieht das Gras der Besatzungsarmee in Wiesbaden ein. Zwischen 11 und 12 Uhr Truppenparade auf dem Rathausplatz vor General Leconte, der als Stadtkommandant bestimmt ist. Französische Militär mit der Wiesbadener Schutzmannschaft hält die Ordnung aufrecht. Nach dem Vorbeimarsch, der eine halbe Stunde dauert, Vorstellung und Empfang der Spitzen der Behörden. Ansprache des Oberbürgermeisters, der Bezug nimmt auf den Wunsch des Generals, die Behörden zu empfangen und sich auf die Versicherung beschränkt, daß die Bürgerschaft der Stadt eine verständige und ruhige ist, die das schwere Geschick zu tragen wisse. Aus der Antwort des Generals: „Im Namen des heiligen Frankreichs übernehme ich den Befehl. Der ungerechte Krieg, den uns Deutschland aufgebürdet hat, die barbarische Art und Weise, in welcher derselbe seitens Deutschlands geführt wurde, würde uns das Recht erteilen, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und diese Vergeltung zu rechtfertigen. Und dieser Vergeltung beschließen Sie... Sie würde unserer Geschlechtsart, unseres Stammes, unserer Vorfahren, unserer Vergangenheit unwürdig sein. Wir sind entschlossen, Ordnung aufrecht zu erhalten. Es fehlt mir weder an Willen noch an Mitteln, um diese Ordnung zu verbürgen. Mit dem Vorbehalt, daß die Ordnung nicht gestört wird, daß die Sicherheit meiner Truppen nie und nirgends gefährdet wird, daß die Ehrerbietung, die meinen Offizieren als den Machthabern der französischen Gewalt gebührt, geachtet wird, verbürge ich, daß unter dem Schutz unserer Waffen die Bevölkerung ihren gewöhnlichen Geschäften nachgehen können und daß das wirtschaftliche Leben baldigst seinen üblichen Gang wieder aufnehmen können.“

- 16. Dezember bis 7. Januar 1919: Allgemeine Telephonverbre; am 7. Jan. 1919 teilweise Freigabe.
- 16. Magistratsbekanntmachung, daß die französische Besatzungsbehörde Ausweiskarten ausstellen wird mit der Signatur Delabre, die zum Eintritt in alle öffentlichen Veranstaltungen berechtigt.
- 17. Im 2. Stof des Kavalleriehauses wird vom Magistrat zur Durchführung der vom französischen Befehlshaber angeordneten Requisitionen ein rädliches Requisitionssamt eingerichtet.
- 18. Truppenchau vor Marschall Petain.
- 19. Der durchgehende Eisenbahnverkehr ist insolge der Besetzung abgebrochen. Die Züge ab Wiesbaden verkehren nur bis Riedesheim, Höchst, Langenschwalbach, Niedernhausen.
- 20. Bekanntmachung, daß laut Entscheidung des Marschalls Foch das Verbot der Einfuhr des rechtsrheinischer Zeitungen aufrecht erhalten bleibt. Die militärischen Behörden haben das unbeschränkte Recht der Zensur über die deutschen Zeitungen. „Indem sie den Vertrieb rechtsrheinischer Zeitungen in diesen Gebieten unterlagern, haben sie lediglich von diesem Recht Gebrauch gemacht, und

- 21. Verordnung in Fettdruck in den Zeitungen: „Den Herren Offizieren der französischen Besatzungstruppen ist von dem Publikum bei Begegnung auf der Straße auszuweichen und ihnen genügend Platz zu machen... Die Einwohnerschaft wird ersucht, diesen Bestimmungen genauestens Folge zu leisten. Die Herren Offiziere haben sich beschwert, daß bisher nicht in genügendem Maße Platz gemacht worden sei.“ — Durch die Post- und Telephonverbre sind die Zeitungen von dem Verkehr mit dem nichtbesetzten Gebiet abgeschnitten. Jegliches aktuelle Nachrichtenmaterial fehlt.
- 22. Eine zuerst genehmigte Versammlung der Deutschen Volkspartei wird durch neuen Armeebefehl verboten.
- 23. Von diesem Tage an werden Wäse ausgestellt. Auf dem Schloß weht seit einigen Tagen die Tricolore. Zwei Wachtbüchsen in französischen Farben flankieren den Eingang. Im Schloß hat sich die französische Militärkommission niedergelassen.
- 29. bis 31. Dezember. Das „Wiesbadener Tagblatt“, das jetzt öfter mit weißen Stellen erscheint, ist wegen der Ankündigung einer Versammlung der Demokratischen Partei verboten.
- 30. Oberst Carlet und Kapitän Delabre nehmen, vom Oberbürgermeister gebeten, an der Stadtverordnetenversammlung teil.

1919.

Januar

- 1. Bekanntmachung des Oberleutnants Pineau und des Generals Mangin, betreffend den Postverkehr. U. a. ist verboten der Gebrauch von gefütterten und doppelten Briefumschlägen, unbedingt unterlagt sind alle Zeitungen, Zeitschriften, Broschüren, die nicht aus den verbündeten Ländern herrühren, alle Mitteilungen, die sich auf öffentliche und besonders politische Versammlungen beziehen. Bei der ersten Zuwiderhandlung erfolgt Einstellung der Zeitung.
- 4. Bekanntmachung, betreffend die Wahlen. Ein Vertreter der französischen Behörde hat das Recht, jeder dieser vorher zu genehmigenden Versammlungen beizuwohnen, ist berechtigt, bei Ruhestörungen oder beleidigenden Äußerungen gegen die Besatzungsmächte, sie aufzulösen.
- 9. Straßenverkehr von 6 bis 10,30 Uhr abends gestattet; Theater, Restaurants usw. bis 10 Uhr geöffnet. Einrichtung des Office général de Ravitalement unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten Dr. v. Meißner, das die Leitung der Versorgungsangelegenheiten übernehmen soll.
- 11. Bestimmungen über den Briefverkehr. Untersagt bleibt jeder private Briefverkehr zwischen den von den französischen Heere besetzten Rheinlanden und dem nichtbesetzten Deutschland.
- 14. Marschall Foch läßt die Wahlen zu.
- 17. Im ganzen besetzten Gebiet werden keine Bahnsteigarten mehr ausgegeben.
- 23. Der wechselseitige Verkehr zwischen Wiesbaden und den Vororten ist gegen Vorzeigung eines von der betreffenden Gemeinde ausgestellten Ausweises gestattet.
- 24. Regelung des Geldwesens in den besetzten Gebieten durch den Administrateur du cercle de Wiesbaden-Bille.
- 28. In einem am Bahnhof angekommenen Lebensmittelwagen werden deutsche Zeitungen vorgefunden und vernichtet; ein zweiter Wagen mit einer großen Zahl unerlaubter Waren wird wieder nach Frankfurt zurückgeschickt. — Aus dem deutschen Heeresdienst Entlassene, die sich ins besetzte Gebiet begeben, sollen zwecks ärztlicher Untersuchung einem französischen Feldlager zugeführt werden; „man wird daselbst Entlassung der Leute, Desinfektion der Kleider usw. vornehmen.“

Februar

- 5. Der Schriftwechsel mittels Postkarten, die nur Familiennachrichten enthalten dürfen, mit dem nichtbesetzten Gebiet ist gestattet.
- 16. Einem Wiesbadener Einwohner, Herrn v. Fochwächter, werden 800 M. Geldstrafe auferlegt, weil er sich französischen Offizieren gegenüber ungebührlich benommen habe.
- 25. Die Erneuerung der kommunalen Körperschaften wird nicht gestattet, da diese Wahlen eine schädliche Wirkung haben könnten.

März

- 16. Freigabe des Telephonverkehrs.
- 23. Das Tragen und der Gebrauch photographischer Apparate ist gestattet; Ansichtspostkarten und photographische Landschaftsbilder unterliegen nach wie vor der militärischen Zensur.

April

- 7. Der Verkehr zwischen Wiesbaden, Biedrich, Kastel und Mainz ist freigegeben.
- 11. Der Briefverkehr zwischen besetztem und nichtbesetztem Gebiet wird gestattet unter der Bedingung, daß die Briefe, wie bisher, durch die zuständige Militärbehörde geprüft werden.
- 18. Die Bevölkerung wird daran erinnert, daß die französische Fahne, einer französischen Sitte entsprechend, auch von Zivilisten gestützt werden muß.

Mai

- 14. Marschall Foch kommt 13,30 Uhr in Wiesbaden an, wird am Landesdenkmal vom Kommandierenden General empfangen, läßt sich im Schloß den Regierungspräsidenten, Oberbürgermeister und Landrat vorstellen, besichtigt Kurhaus und Theater und reißt 15,30 Uhr ab.

Juni

- 4. Mitglieder der sogenannten neuen Regierung der Rheinischen Republik erscheinen gegen 4 Uhr im Regierungsgesäude, dringen in das Zimmer des Regierungspräsidenten ein, werden aber von den Beamten, die auf einer Leiter durch ein Fenster an der Rückseite des Hauses eingedrungen waren, hinausgeworfen, so daß die Herren „Minister“ ängstlich um Hilfe rufen. Man vernimmt einige kräftige Stockhiebe und sieht, wie das ganze Ministerium flüchtet und Rettung bei einer französischen Schutztruppe sucht. „Als erster erläßt Herr Dorten den Schluß seiner kurzen Tätigkeit.“ Am 3. Juni war Regierungspräsident Dr. von Meißner, der zum 1. August seinen Abschied, zum 15. Juni Urlaub erbeten hatte, nach Homburg übergestellt.

Juli

- 5. Oberregierungsrat Springorum wird zu drei Monaten Gefängnis und 5000 M. Geldstrafe, Regierungsrat Dröge zu 3000 M. Geldstrafe verurteilt, weil sie einen dienstliche Angelegenheiten behandelnden Brief, welcher der Zensur der französischen Behörde hätte vorgelegt werden müssen, ins unbesetzte Gebiet befördert hatten.

August

- 6. Der freie Verkehr mit rotem Ausweis ist gestattet. Bei Reisen ins unbesetzte Gebiet können Geleitscheine bis zu vierteljährlicher Dauer ausgestellt werden.
- 31. Der Handel mit Jagdwaffen und Patronen wird freigegeben.

September

- 23. Marschall Joffrè in Wiesbaden; nimmt an einer Theatervorstellung teil.

Oktober

- 9. General Mangin verabschiedet sich von den deutschen Behörden im Schloß.
- 16. Oberst Pineau verabschiedet sich im Sitzungssaal der Regierung.
- 30. Oberbürgermeister Gläpping wird von Marschall Foch „seines Amtes entsetzt und ausgewiesen, weil er durch seine schlechte Verwaltung und Unvorsichtigkeit viel zur schlimmen Lage, betr. der Kohlenversorgung der Stadt Wiesbaden beitrug und außerdem noch das schwere Unrecht begangen, die französischen Behörden... erst spät in Kenntnis zu setzen.“

November

- 11. Wegen Kohlenknappheit wird der gesamte Schnellpostverkehr im besetzten Gebiet vom 12. bis 21. November eingestellt.

1920.

Januar

- 10. Die Interalliierte Rheinlandkommission (I.R.K.) nimmt ihre Arbeit auf.

April

- 6. General Dezoutte gibt bekannt, daß Frankfurt, Homburg, Hanau, Darmstadt, Dieburg als Pfänder besetzt werden. In diesen Städten und den Kreisen Groß-Gerau, Langenschwalbach, Wiesbaden-Stadt und -Land wird der Belagerungszustand proklamiert.

Mai

- 2. Aufhebung des Belagerungszustandes in den altbesetzten Gebieten.
- 16. Räumung des neubesetzten Gebietes durch Foch befohlen.

September

- 8. Millerand und Foch in Wiesbaden; feierlicher Empfang unter militärischen Ehrenbezeugungen.

1921.

April

- 20. Inkrafttreten der neuerrichteten Rheingrenzlinie.

1923.

Januar

- 11. Besetzung des Ruhrgebietes.
- 22. Die Stadtverordnetenversammlung protestiert gegen die Beschlüsse der städtischen Waldungen. Aus der Rede des Bürgermeisters Travers: „Keine Bestimmung des Vertrags gewährt der Interalliierten Rheinlandkommission die Befugnis, Staats- und Privateigentum im Sanktionsweg zu beschlagnahmen.“ Bald darauf (13. Februar) erfolgt die Ausweisung des Bürgermeisters Travers. Ausweisung des stellvertretenden Regierungspräsidenten, Oberregierungsrats v. Keedern, Beamtenauschuss und Betriebsrat des Regierungspräsidiums protestieren. Damit beginnt die unendlich lange Reihe der Ausweisungen deutscher pflichttreuer Beamter, deren Registrierung nicht möglich ist.
- 23. Die gesamten Arbeitgeber und Arbeitnehmer Wiesbadens protestieren gegen „die gewalttätige Neubesetzung deutscher Gebietsteile.“
- 27. Die „Neue Wiesbadener Zeitung“ wird auf drei Tage, vom 31. Januar an auf weitere fünfzehn Tage verboten.
- 29. Hauptschriftleiter Gorrens wird ausgewiesen, später auch die Schriftleiter Müller-Waldenburg und Eichhorn.
- 30. Der gesamte Eisenbahnverkehr wird eingestellt. Der Wiesbadener Bahnhofplatz ist abgesperrt. Der Personenverkehr mit Frankfurt wird mit Lastautos besorgt.

Februar

- 3. Die I.R. protestiert gegen die Ernennung Sänisch zum Regierungsräsidenten in Wiesbaden.
- 5. Nur die vom Ein- und Ausfuhramt Ems ausgestellten Bewilligungen sind für den Warenverkehr gültig.
- 7./8. Anschlag grüner Plakate durch die deutschen Behörden, auf denen sie gegen die letzte Verordnung der I.R., betreffend das Verhalten der Beamten, Stellung nehmen. Französische Radfahrpatrouillen entfernen diese und zerstreuen die Ansammlung vor den Säulen.
- 10. Regierungsräsident Sänisch wird durch einen französischen Kriminalkommissar festgenommen, von seinen Notizen wird Abschrift genommen, das Gepäck durchsucht und er selbst unter Kontrolle im Auto ins unbefetzte Gebiet gebracht. (S. hatte sich geweigert, am selben Abend Wiesbaden zu verlassen.)

März

- 10. Auf Befehl des kommandierenden Generals werden die Telefon- und Telegraphenämter in Wiesbaden bis auf weiteres geschlossen.
- 22. Verbot des Nachtverkehrs zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet von 20 bis 5 Uhr.

Mai

- 15. Besetzung der Werke von Kalle und Co. in Siebrich wegen der Weigerung der deutschen Regierung, an Frankreich und Belgien Rohstoffe zu liefern.

Juni

- 22. Regierung und Magistrat warnen vor Sabotageakten.
- 26. Explosion einer Bombe im Schalteraum des Hauptbahnhofes. Repressalien werden nicht ergriffen, aber der Grenzverkehr erschwert. Magistrat und Regierung lehnen eine Belohnung von 15 Millionen Mark für Mitteilungen über das Bombenattentat aus.
- 30. Die Reichsbank in Wiesbaden wird von französischer Militärpolizei besetzt; die vorhandenen Geldmittel werden beschlagnahmt.

Juli

- 1. Vierzehntägige Sperre des Verkehrs zwischen besetztem und nichtbesetztem Gebiet. Verlängerung bis zum 28. Juli; dann wieder vom 8. bis 16. August; vom 17. August bis 15. September ist das Überschreiten der Ostgrenze verboten.

September

- 25. Die Reichsregierung beschließt die Aufhebung des passiven Widerstandes.
- 26. Wiederaufnahme des seit 10. März eingestellten Telefon- und Telegraphenverkehrs.

Oktober

- 23. Der kommandierende General Nordacq übernimmt wegen der ausgebrochenen separatistischen Unruhen die Polizeigewalt und verbietet den Straßenverkehr von 18 bis 6 Uhr. Vom Rathaus weht die grün-weiß-rote Fahne der Separatisten.
- 26. bis 28. Oktober. Verbot des „Wiesbadener Tagblatt“ durch den französischen Oberdelegierten.

Dezember

- 31. Der Verkehr mit dem unbesetzten Gebiet wird freigegeben.

1924.

Januar

- 31. Die Separatisten räumen die von ihnen besetzt gehaltenen öffentlichen Gebäude.

Mai

- 7. Die I.R. hebt 200 Strafurteile auf und nimmt 4500 Ausweisungsbefehle zurück.

Juni

- 21. Die I.R. nimmt ihren Einspruch gegen die Ernennung Sänischs zurück.

September

- 4. Das französische Pächterbüro in der Thelemannstraße stellt seine Tätigkeit ein.
- 8. Aufhebung der Landstraßensperre.
- 9. Aufhebung der Binnenzolltarife.
- 11. Zulassung von Bürgermeister Travers zum Amt.

1925.

November

- 3. Es ist endgültig bestimmt, daß Wiesbaden künftig Hauptquartier der britischen Rheinarmee wird.

Dezember

- 1. Englische Quartiermacher in Wiesbaden.
- 2. Die französische Wache im Hauptbahnhof wird eingeschoben, eine englische sieht nicht auf.
- 16. Freigabe des Rundfunks im besetzten Gebiet.
- 22. Letzte Sitzung des französischen Militärpolizeigerichts.
- 29. Offizielle Übernahme des Besatzungsregimes durch die Engländer. Um 11 Uhr wird die Tricolore auf dem Schloß niedergeholt und der Union-Flag gehißt, der aber auch nach einigen Tagen wieder eingeschoben wird.

1929.

September

- 6. Letzte Parade der englischen Feldartilleriebrigade unter Generalleutnant Thwaites.
- 13. Die I.R., die nach Räumung des von den britischen Truppen besetzten Gebietes von Koblenz nach Wiesbaden verlegt worden war, wird auf 43 Mitglieder vermindert; die französischen Stäbe werden aus 37, die britischen und belgischen aus 4 bzw. 2 Mitgliedern bestanden.

- 27. Der militärische Schutz der I.R. soll aus 300 Soldaten, 25 Gendarmen bestehen. Beschlagnahmt bleiben der Exerzierplatz, die Wilhelms-Heilanstalt, die von der Reichsvermögensverwaltung errichteten Gebäude und 18 größere Privatwohnungen.

Oktober

- 1. Die 19. englische Feldartilleriebrigade verläßt Siebrich.
- 4. Das 8. englische Dujarenregiment verläßt Wiesbaden.
- 12. Das 2. Bataillon des englischen Infanterieregiments Royal Welch Fusiliers (600 Mann) verläßt Siebrich.
- 13. 600 Mann der Prince Wales Volunteers rücken aus der Kaserne an der Schiersteiner Straße ab.

November

- 13. Die in Wiesbaden erscheinende englische Zeitung „Wiesbaden Times“, früher „The Cologne Post“, stellt ihr Erscheinen ein; das Titelbild zeigt die abziehenden englischen Truppen und die Friedens-taube; dem Blatte wird eine objektive Berichterstattung nachgerühmt.

Dezember

- 1. Das Reichskommissariat für die besetzten Gebiete siedelt nach Wiesbaden über.
- 12. Um 11 Uhr verabschiedet sich der englische Oberkommandierende, G.-Lt. Thwaites, von den deutschen Behörden; um 14.15 Uhr wird die englische Flagge durch den dienstältesten englischen Unteroffizier Saunders vom „Hotel Hohenzollern“ niedergeholt; 15.30 Uhr wird die britische Besatzungszone dem französischen Befehl unterstellt.

1930.

März

- 8. „Die Affäre Drejus“ wird von der I.R. im besetzten Gebiet verboten.

Mai

- 1. Die Besatzungsbehörde gibt den Postflugverkehr auf dem Flugplatz in Erbenheim frei.

Juni

- 30. Wiesbaden wird von der Besatzung frei.

Die Zukunft Wiesbadens.

Von Oberbürgermeister Krücke.

„Von Erbenheims Hochfeld erhebt sich in einem Zauberspiegel das herrliche Rheingebirg, und am Fuße der, in hohem Naturstile, mit südllicher Fülle, prangenden Bergflur, umschlungen von reizenden Hügeln und schwellenden Auen, lagt Wiesbaden dem Kommenden entgegen.“ — Diese schönen Worte stammen nicht von mir, sondern stehen in einem alten Buch „Die Rheingegenden von Mainz bis Cöln“ von Gerning, das im Jahre 1819 bei L. Schellenberg, Hofbuchhändler und Hofbuchdrucker in Wiesbaden gedruckt worden ist. In dem Buch wird dann weiter die herrliche Rheingegend und die heilkräftigen Bäder Wiesbadens mit Begeisterung geschildert. Unsere schöne Stadt Wiesbaden, die bereits vor hundert Jahren und zu allen Zeiten ein Anziehungspunkt für die Fremden war, hat im letzten Jahrhundert einen beispiellosen Aufschwung erlebt und ist aus einem kleinen Badestädtchen eine große Auen- und Wohnstadt geworden, die heute mit den eingemeindeten Orten über 150 000 Einwohner zählt. In den letzten 16 Jahren hat sie durch die bekannten Ereignisse, insbesondere auch durch die Besatzung, einen schweren Rückschlag erlitten. Nachdem nunmehr die Besatzung abzieht und normale Verhältnisse wieder eintreten, ergibt sich die Frage, wie die Zukunft der Stadt sich gestaltet. Die Zukunft im einzelnen voraus zu sagen, ist selbstverständlich unmöglich. Es erscheint aber von einem solchen Wendepunkt gerechtfertigt, sich die Frage vorzulegen: Kann Wiesbaden wieder hoch kommen und wie kann die künftige Entwicklung günstig beeinflusst werden?

Wiesbaden ist eine große Stadt geworden und es ergibt sich die Frage, ob der Grundcharakter der Stadt nicht damit eine Umstellung erfahren soll. Diese Frage ist zu verneinen. Die Verwaltung der Stadt Wiesbaden steht zwar vor dem Problem, die eingemeindeten Orte verwaltungsmäßig zu einer Einheit zusammenzufassen. Dadurch wird aber weder der Grundcharakter von Wiesbaden noch der der eingemeindeten Orte berührt. Auch Groß-Wiesbaden wird als solches keine eigentliche Industriestadt werden. Wohl werden sich vielleicht noch einzelne Industrien niederlassen, die vor allem am Rheinufer in Schierstein, an der Mainzer Straße und anderen Orten untergebracht werden können. Vielleicht wird auch auf dem Flugplatz einmal eine Flugzeugfabrik entstehen. Diese gesamten Industrien werden, da sie Arbeitsgelegenheit geben, von der Stadt unterstützt werden. Wiesbaden bleibt aber in der Hauptsache Wohnstadt und Kurstadt.

In letzter Zeit ist vielfach von der Zusammenlegung von Wiesbaden und Mainz gesprochen worden. Es liegt mir sogar ein Plan vor, der die drei Städte, Frankfurt a. M., Mainz und Wiesbaden, zu einem großen Gemeinwesen zusammenfassen will. Derartige Pläne werden wohl zunächst nicht zur Ausführung kommen. Die Städte haben vorläufig noch genug mit sich selbst zu tun und mit den Eingemeindungen, die sie vorgenommen haben. Etwas anderes ist die Zusammenarbeit der drei Städte auf den verschiedenen Gebieten des Verkehrs, der Versorgungsbetriebe Gas, Elektrizität u. a. Ohne auf die Einzelheiten hier näher einzugehen, kann nur gesagt werden, daß zwischen den Oberbürgermeistern der genannten Städte in der letzten Zeit Besprechungen stattgefunden haben und weiterhin stattfinden werden und daß dabei in Aussicht genommen wurde, bei allen Fragen, die die drei Städte gemeinsam betreffen, zunächst den Versuch einer Verständigung zu machen, ehe ein Gegeneinanderarbeiten und gegenseitiger Kampf stattfindet. Die Zukunft wird daher wohl eine friedliche Zusammenarbeit der drei Städte auf vielen Gebieten ohne einen gegenseitigen Kampf bringen. Jede Stadt muß aber im übrigen selbst sehen, für sich voran zu kommen.

Was die Wohnstadt Wiesbaden betrifft, so wird der Generalbebauungsplan des Professors Jansen allmählich zur Ausführung kommen. Es werden keine Mietskasernen mehr gebaut, sondern schöne Einfamilien- und Reihenhäuser. Für Luft und Licht wird durch Grünflächen, für Sport und Spiel durch Sportplätze gesorgt werden; der Exerzierplatz wird hoffentlich dazu bestimmt. „Unter den Eichen“ und am Rheinufer sind neuergerichtete Festplätze entstanden. Das Stadtbild, z. B. am Bahnhof, wo eine große Grünfläche mit dem Reisinger-Brunnen demnächst geschaffen wird, wird verschönert werden; auch das Rheinufer wird allmählich in besseren Zustand versetzt. Bei der Fürsorge für neue Wohnräume wird auch die Für-

jorge für alte Wohnungen nicht vernachlässigt werden. Die Hauszinssteuer wird auch dazu benutzt werden müssen, die alten Wohnungen wieder in den heutigen Zeitverhältnissen entsprechenden Zustand zu versetzen, da der vorhandene alte Wohnraum nicht unbenutzt liegen bleiben kann.

Schwere Aufgaben stellt schon heute und in Zukunft der fortgesetzte zunehmende Verkehr. Das Automobil zu verbannen, geht nicht an. Das Automobil empfindet nur der unangenehm, der nicht damit fährt. Da aber die nach Wiesbaden kommenden Fremden auch Auto fahren oder die Gesellschaftsautos benutzen, wird ein Kompromiß gemacht werden müssen. Es wird für geeignete Parkplätze gesorgt werden und sobald die Geldmittel es zulassen, die Umgehungsstraßen gefördert werden und für ein ruhiges Kurviertel gesorgt werden. Die Motorräder werden hoffentlich mit der zunehmenden Bevölkerung der Automobile weniger werden und vielleicht einmal ganz verschwinden.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird die Entwicklung des Flughafen Wiesbaden — Mainz eine günstige werden. Schon heute wird anerkannt, daß dieser Flugplatz einer der schönsten Deutschlands ist. Daß z. B. die englischen Flieger zum Wachen nach Wiesbaden kommen, ist kein Traum, sondern die Entwicklung bahnt sich heute schon dazu an. Vor allen Dingen kommt der Wiesbadener Flughafen für Sport- und Privatflieger in Frage, die dort mit ihren Flugzeugen landen und sie unterstellen und dann Wiesbaden besuchen.

Die Frage der Errichtung einer Markthalle und eines Verwaltungsgebäudes für die Stadt wird voraussichtlich schon in nächster Zeit bei der Auseinandersetzung über die Gebäude des Reiches ihre Erledigung finden. Ob Wiesbaden einmal ein Hallenschwimmbad und eine Stadthalle bekommen wird? Die Lösung dieser Frage hängt davon ab, wie die wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse sich bessern. Einmal wird auch diese Frage, vor allem die des Hallenschwimmbades, gelöst werden müssen, da die größte Bäderstadt Deutschlands auf die Dauer unter den heutigen Verhältnissen nicht ohne ein Hallenschwimmbad sein kann.

Wiesbaden hat zu allen Zeiten trotz schwerer Rückschläge sich immer wieder durch die Anziehung, die seine heilkräftigen Bäder und die schöne landschaftliche Lage ausüben, erholt und wird auch den jetzigen Rückschlag überwinden. Die Frage ist nur, in welcher Zeit dies geschieht. Eine Stadt wie Wiesbaden, die auf nach auswärts Zugiehende und Kurgäste angewiesen ist, wird einen Aufschwung in dem Maße und dem Tempo nehmen, in dem die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland und überhaupt in der Welt sich wieder bessern. Eine raschere Entwicklung kann nur dadurch herbeigeführt werden, wenn es gelingt, einen besondern Anziehungspunkt für die fremden Besucher zu schaffen. Von diesem Gesichtspunkte ist die viel erörterte Frage der Spielkonzession zu betrachten. Nach den Erfahrungen, die in Badeorten des Auslandes mit den Spielkonzessionen gemacht wurden, ist unbedingt anzunehmen, daß die Gewährung der Spielkonzession nicht nur zu einer Stärkung des Stadtbudgets, sondern auch zu einer Hebung des gesamten wirtschaftlichen Lebens der Stadt wesentlich beiträgt und ein rascheres Aufblühen herbeiführen kann. Es wäre daher erwünscht, wenn alle maßgebenden Kreise der Bevölkerung, insbesondere auch aus der Wirtschaft, sich mit der Verwaltung der Stadt dafür einsetzen würden, damit das nötige Reichsgesetz erlassen und die Konzession dann erteilt wird.

Alles in allem muß man auch in Zeiten schwerer Rückschläge und auch in diesem Übergangsjahre, das mit dem erfreulichen Abzug der Besatzung auch mancher wirtschaftliche Schädigungen bringt, nicht verzweifeln. Ohne einen gesunden Optimismus kommen wir nicht weiter. Meine herzliche Bitte, mit der ich diese kurzen Betrachtungen schließe, geht daher dahin, daß man auch in der Bevölkerung nicht immer nur einem traurigen Pessimismus nachhängt, sondern die Verwaltung in ihren Bestrebungen, Wiesbaden trotz aller Not der Zukunft wieder hoch zu bringen, tatkräftig unterstützen kann. Dann wird sich unsere schöne Stadt, wie schon so oft, nach dem jehigen Rückschlag, bald wieder erholen, zum Vorteil aller ihrer Bewohner und zum Ruhm des gesamten deutschen Vaterlandes.

Am befreiten Rhein.

Von Leo Sternberg.

Maurice Barrès prägte in seiner Schrift „Le génie du Rhin“, in der er sich zum Fahnenträger der französischen Rheinfront machte, das Wort: „Der Rhein ist ein Strom, der sich erinnert.“

Wie sollte der Strom, in dem die Tränen der Jahrtausende zum Meere geflossen, an dessen Ufern die steinernen Zeugen großer Jahrhunderte sich aufreihen, der sich rotgefärbt von dem Blut aller Geschlechter des Landes — sich nicht erinnern! Vieles freilich spülen die Wellen zum Meer und das vorwärtsdrängende Leben beginnt in dem Augenblick, da seine Fesseln fallen, bereits zu vergessen, daß es einmal gefesselt war.

Doch der Rhein ist ein Strom, der sich erinnert. Und es ist gut, daß die Wellen nun weitertragen, was sie lange in schweigender Tiefe versenkten. Denn wenig hat die Welt von der Schmach der zwölfjährigen Fortsetzung eines Krieges ohne Gegner erfahren. Nicht einmal das unbefestete Deutschland weiß von dem Alp, der in diesen Schicksalsjahren auf dem Rheinland lag, oder von jenen stummen Gandhi-Kämpfen, die schließlich den Rhein für das Reich retteten. Nachtzensur, Verkehrssperre und ein Spionagesystem, das den Bedrückten den Mund schloß, entfremdeten besetztes und unbefestetes Gebiet. Was hinausdrang, klang so legendenhaft, daß es Erfindung oder Übertreibung schien.

Als die französischen Besatzungstruppen im Herbst 1918 in das Rheinland einzogen, glaubten sie mit offenen Armen empfangen zu werden und den heißersehnten rheinischen Boden nie mehr verlassen zu

alliierte Zollkontrolle. Raub an Privateigentum, der sich Schiffsabgabe nannte, sicherte bald der französischen Flotte die Vorherrschaft auf dem Strom. Graue Kriegsschiffe lagen in Mainz unter Dampf. Wahrhaftig stationen für französische Lotsen wurden errichtet. Ungeschulte Schiffsbesatzung, die von den Fähnrißern der kunstvollen Wasserstraße nichts ahnte, steuerte Schlepper und Rähne zu Schanden, zu deren Ersatz willkürliche Beschlagnahmungen erfolgten. Auf unseren Salon dampfern glitt das Negerheer vom Kongo und Senegal durch das Eden der deutschen Kultur.

Dasselbe Frankreich, das mit besonderer Betonung seiner Mission als Schützerin der Freiheit der Schifffahrt am Rhein erschienen war, brachte schließlich durch den Ruhrreueinbruch einen Zustand der Vergewaltigung hervor, wie ihn der Rhein noch nicht gesehen hatte. Schiffsführer wurden unter Androhung von Waffengewalt zur Ausführung von Requisitionsbefehlen gezwungen. Die Häfen verödeten. Das ganze Ruhr-, Nieder- und Mittelrheingebiet wurde zu einem großen Gefängnis, der Strom seiner Bedeutung als Einfuhr- und Ausfuhrstraße vollkommen beraubt. 140 000 Tonnen Rähne und Schlepper mit 30 000 PS. befanden sich in den Händen französischer Reedereien.

An den Uferstraßen aber bewegten sich neben der leeren, von der Bevölkerung gemiedenen Züge der Regiebahnen mittelalterliche Bilder. Wie unter den Metowingern der König auf dem Ochsenwagen zum Thingtag durch die Gauen fuhr, so hielt das Gericht, das

weder Zeugen noch Beisitzer laden konnte, unter der Fehmlinde Sitzungen ab. Man sah Ordensschwestern zu dem mitleidigen Fuhrknecht auf Lauchentarren aufsteigen. Man sah Radfahrer Bejahrte und Gebrechliche, die den Anstrengungen von Tagesmärschen nicht gewachsen waren, vor sich auf die Lenkstange nehmen. Kranke wurden in Kinderwagen zum Arzte geschoben. Man schloß die Theater oder mußte die Vorstellungen wegen des abendlichen Verkehrsverbotes auf frühe Nachmittagsstunden verlegen. Der Wächter, der die Besucher des Niederwalds vor dem Denkmal der deutschen Einheit und Größe führt, sah nur Tränen. Und als Massenausreibungen das Volk seiner Führer beraubt hatten — ließ man die bestellten Werkzeuge der separatistischen Meute los, der letzte Versuch Frankreichs, das Rheinland an sich zu reißen und damit den Verfall Deutschlands zu beschleunigen. Allein die Befreiung von Wittlich durch die Eiselhäuer, die Volkserhebung von Birmales gegen die separatistische Schredensherrschaft in der Pfalz, der Krieg bei Honnef im Siebengebirge sprechen eine beredete Sprache von der Entschlossenheit, mit der die rheinische Bevölkerung aller Berufsklassen — Arbeiterschaft, Bauernschaft, studentische Jugend — gegen die landesverräterische Errichtung eines von Frankreich abhängigen Zwischenreiches sich auflehnte.

Sowohl in dem passiven Widerstand wie in dem ermutigten Abwehrwillen gegen die Sonderbündler — einem nach den äußeren Nachmitteln völlig ungleichen Ringen — bestand das Rheinland einen Gandhi-Kampf, der die Grundlage des deutschen Wiederaufbaus geworden ist; und wenn die Welt heute Gandhi bewundert, so möge sie nicht vergessen, daß ein ganzes Gandhi-Volk am Rhein das Selbstbestimmungsrecht der Völker durch sein Opfer gerettet hat. Stellvertretendes Leid, das den Rhein zum Geleit und Sinnbild machen wird für die schicksalsverwandten Völker.

Die sichtbaren Zeichen der Fremdherrschaft sind gefallen. Die Clairons sind verstummt, keine fremden Uniformen, keine feindlichen Bajonette beleidigen mehr unser Auge, keine Ordnonnazen beschränken mehr unsere Freiheit. Doch noch sind die Fesseln nicht vollkommen von uns genommen. Noch bedeckt die Schuldlast unreine nationale Ehre. Noch ist der Rhein nicht frei, solange es eine entmilitarisierte Zone gibt und in der Zentral-Kommission für die Rheinschifffahrt den vier deutschen Stimmen 15 Stimmen anderer Nationen gegenüberstehen.

Doch der Rhein ist auch ein Strom, der vergißt. Welle löst die Welle, und nach uraltem Volksbrauche badeten die Kölner Frauen am Vorabend des Johannisfestes in dem Strom, um alles erlittene wie drohende Unheil durch die Abwaschung hinwegzuspülen und hinfort nur Freudiges zu erfahren. Eine Lustaktion durch die heiligen Wasser. Es berührt uns versöhnend, daß die französischen Besatzungstruppen, als sie Oberwesel verließen, ihre an die Bajonette befestigten Fähnchen weihend in den Strom tauchten.

So dürfen wir darauf vertrauen, daß wir auch in unserer Hoffnung auf die Wiedererlangung der letzten Hoheitszeichen unserer Freiheit nicht betrogen werden.

Der Rhein ist ein Strom, der vergißt. Wenn wir von der berühmten Mainzer Brücke ins Rheingau schauen, auf die Niklas Vogt, der Geschichtsschreiber des Rheinlands, seine Hörer zur Eröffnung seiner Vorträge zu führen pflegte, so hat sich an dem herrlichen Bilde nichts verändert, und jeder Deutsche fühlt bei dem ewigen Anblick heute wie damals, daß keine Macht der Welt das Blutband zwischen uns und dem Strom, in dessen Spiegel wir das Gesicht unserer Vergangenheit und Zukunft lesen, zu zerreißen imstande ist.



Französische Truppen auf dem Schloßplatz.

müssen. In grotesker Verblendung, die die Dirnen als „junge Damen der Gesellschaft“, den Aufenthalt in requirierten Klublokalen als Aufnahme in deutsche Vereine und dienstliche Vorladungen als Familienanschluß ansehen ließ, hielten sie diese Selbsttäuschung aufrecht. Sie sind auch heute noch in dem Wahn befangen, daß man ihnen nachtrauere.

Aber der Rhein ist ein Strom, der sich erinnert. Er hat es zwölf Jahre verspüren müssen, daß die Abtreibung des linken Rheinuferes an Frankreich an dem Widerstand Englands und Amerikas scheiterte. Maßlose Vagabunden, die jede Bewegungsfreiheit zu Wasser und zu Lande hinderten; erdrückende Quartierlasten von Truppen, die ihre Familien, Frauen, Kinder und Eltern mit sich führten und die Hausgemeinschaft mit ihnen zur Hölle machten; Überfälle der schwarzen Soldateska auf Mädchen und Frauen; Errichtung von Bordellen in den vornehmsten Straßen der Städte; der Eingriff der Rheinlandskommission in fast alle Gebiete der deutschen Gesetzgebung und Verwaltung; jeder Justiz höhnsprechende Urteile der Militärgerichte; Massenausweisungen und keelische Martern in elektrifizierten Gefängnissen; jede Form wirtschaftlicher und geistiger Erdrosselung des Rheinlandes und tausend Versuche einer kleinlichen Nadelstichpolitik, die Bevölkerung moralisch zu brechen — füllten die Seiten der Besatzungschronik.

Was war aus dem fröhlichen Rhein, wo sonst der Puls des Lebens so viel höher schlug, geworden! Ruh- und rauchlose Luft über den sonst in den Dunst ihrer Tätigkeit gehüllten Industriestädten, rostende Eisenbahnstationen, der Rhein ein kaum befahrener, stiller Strom. An Stelle der Rheinschiffahrtsakte mit ihrem alten Grundsatz der Freiheit für die Flaggen aller Nationen war der Höchstkommandierende der alliierten Flotte getreten. Ganze Flotten von Rähnen sammelten sich an der holländischen Grenze, aufgehalten durch die

Das kulturelle Leben unter der Besatzungsnot.

Von Geheimrat Professor Dr. R. H. Gräßmacher, Wiesbaden.

Vorgänge auf geistigem Gebiete sind nicht mit derselben Sicherheit und Eindeutigkeit festzustellen, wie Bewegungen in der materiellen Sphäre mit ihren harten Tatsachen und bestimmten Zahlen. Beide aber hängen miteinander zusammen. Wenn sich in der Besatzungszeit gerade in Wiesbaden die wirtschaftlichen Verhältnisse immer schwieriger gestaltet haben, so ist das nicht ohne Rückwirkung auf die kulturellen Leistungen geblieben. Gerade für sie flossen die öffentlichen wie die privaten Aufwendungen immer spärlicher. Neue Bauten mußten unterbleiben, der Ankauf von Kunstwerken wurde vermindert, Festwochen geringer dotiert. Der Einzelne wurde immer sparsamer im Ankauf von Büchern, im Besuch von Theater, Konzerten, Vorträgen.

Die auf die Befriedigung dieser geistigen Bedürfnisse eingestellten Geschäfte, Institute und Veranstaltungen haben darum unter der Besatzungsnot außerordentlich gelitten. Die so reich ausgestatteten Wiesbadener Buchhandlungen sahen ihren festen Kundenkreis mehr und mehr schwinden; statt großer Werke wurden nur noch Broschüren, statt echter Bilder bunte Postkarten gekauft. Die künstlerisch wirkenden Menschen, besonders Maler und Bildhauer, die in nicht geringer Zahl in Wiesbaden hernortragendes leisteten, wurden in ihrer Schöpfungskraft gelähmt oder verließen wohl ganz die Stadt. Jeder Besuch eines auswärtigen Künstlers war ein Wagnis, das oft nicht lohnte.

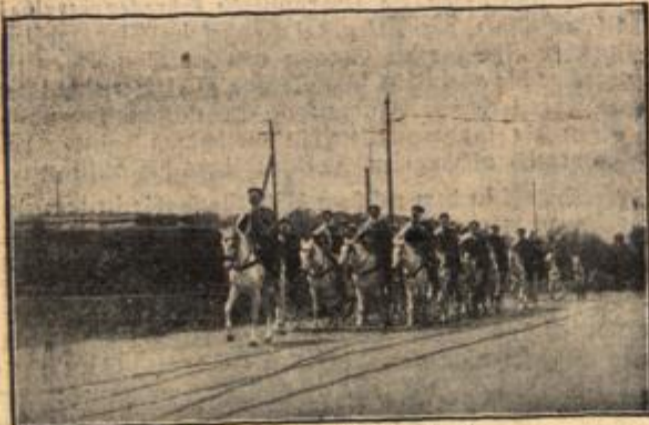
Die materielle Unterlage, ohne die sich auch keine höhere Kultur erhalten und verbreiten kann, ist zur Besatzungszeit in Wiesbaden immer schmaler und weniger tragfähig geworden.

Dennoch aber hat sich auch das in der Geschichte wie im einzelnen Leben nicht selten beobachtete Gesetz bewährt, daß äußere Notzeichen innere Kultur in Schöpfung und Empfang fördern. Staat und Stadt haben mit großen Opfern die Mittelpunkte Wiesbadener Kultur: Kurhaus, Theater, Bibliothek, Museum, Archiv und so manche andere Einrichtung lebensfähig erhalten, ja ihnen zum Teil eine verstärkte Betätigung ermöglicht. Wiesbadener Künstler haben weitergeschaffen — auch ohne Aussicht auf größeren materiellen Erfolg. Dafür sind die häufigen Ausstellungen einheimischer Maler und Bildhauer ein Zeugnis gewesen. Die Leistungen wurden nicht geringer; ja manche Konzeptionen an oberflächlichen Geschmack fielen dahin und die Werke wurden reiner Ausdruck künstlerischen Erlebens oder schlichte Wiedergabe echter Sachlichkeit. Mehr als ein Dichter hielt der Stadt die Treue und sammelte gerade hier die Unterlagen für die Schilderung einer so rasch rotierenden Zeit. Unter der Besatzungszeit ist in Wiesbaden kaum weniger, sondern eher mehr gelesen worden, wie die Besuchsziffern der Landesbibliothek und die Benützung der Leihbibliothek andeuten. Gewiß hat man sich aus der Härte der Zeit nur zur Zerstreuung und Entspannung ins Traumland der Dichtung geflüchtet; andere aber haben sich dafür umjomehr in das geschichtliche Geschehen in Vergangenheit und Gegenwart vertieft und auch seine überflüssigen Hintergründe zu verstehen gesucht. Durfte ich doch persönlich erfahren, in welchem Maße Spenglers „Untergang des Abendlandes“ bei mannigfacher Behandlung in breiter Öffentlichkeit wie in kleinerem Jugendkreise gerade in Wiesbaden innerste Anteilnahme fand, weil man

hier ein Stück Untergang drohen sah, aber auch mutig seine Überwindung wollte. Auch die Behandlung anderer religiöser, weltanschaulicher, literatur-philosophischer Gegensätze hätte kaum so lebendiges Echo in gemeinsamer Aussprache gefunden, wenn nicht die persönlich erfahrene geistige Not das Innerste der Seelen bewegt hätte.

Nach jenem paradoxen Gesetze, das Goethe in der mephistophelischen Kraft versinnbildlicht, die zwar das Böse will und doch das Gute schafft, hat leidliche Besatzungsnot die innersten Wurzeln kulturellen Lebens auch in Wiesbaden erhalten, ja stärken müssen.

Diese doppelte Beobachtung von der äußeren Schädigung und inneren Förderung der Kultur in der Besatzungszeit bewährt sich auch bei einem Blick auf die



Spahis auf dem Marsche.

Konkreten Maßnahmen der französischen und englischen Besatzung auf diesem Gebiete. In starken und hemmenden Eingriffen hat es nicht gefehlt. Fremdes Recht und fremde Rechtsprechung traten neben, ja über die Geltung und Handhabung deutscher Bürgerlicher und strafrechtlicher Gesetze. Sie führten in einigen Fällen zu Urteilen, die sich mit unserem Rechtsbewußtsein nicht vereinigen ließen. Schöpfungen deutschen Geistes und deutscher Kunst vom schlichten Volksliede bis zum kritischen Theaterstück unterlagen Verboten. Ein langgestohenes Volk wie das nassauische mußte sich auf dem deutschen Strom und im deutschen Walde den Mund verbinden lassen. Musikkapellen kamen in peinliche Lagen, wenn sie das Nationallied spielten und die Theaterleitung konnte in letzter Stunde genötigt werden, ein Stück abzusehen. Auch die Presse war nicht völlig frei, alles zu sagen, was deutscher Kultur diene und zeitweise war manchen Zeitungen und Zeitschriften aus dem unbesetzten Deutschland der Weg nach Wiesbaden versperrt. Die religiöse Freiheit und ihre kultische Ausübung blieb zwar unbehindert, doch erwuchsen einzelnen Kirchen durch Mißbenutzung ihrer Räume zu bevorzugten Zeiten zum Teil nicht geringe Verlegenheiten, die zur Verlegung der eigenen Gottesdienste und zum Zwang der Beschaffung neuer Räume führten.

Alle diese Einwirkungen haben zwar Hemmungen gebracht, aber nicht vermocht, Rechtspflege und Religion, Kunst, Wissenschaft und Presse an ihrer Betätigung im Sinne deutscher Kultur zu hindern.

Das ist auch nicht gelungen durch den Versuch Frankreichs, der romanischen Kultur in Wiesbaden eine Stätte zu bereiten. Wer das eigenartige Selbstbewußtsein der französischen Kultur wirklich versteht — wie es kürzlich Sieburg in seinem glänzenden Buche „Gott in Frankreich“ ebenso gerecht wie kritisch analysierte — konnte es nicht wundern, daß die überall in der Welt durchgeführte Propaganda sich auch im besetzten Gebiet geltend machte. Eine Ausstellung hervorragender französischer Maler im Schloß zu Biebrich, Gastspiele französischer Theatertruppen, Vorträge und Kurse bedeutender französischer Redner wurden in den ersten Jahren der Besatzungszeit veranstaltet. Nur wer wirklich ein deutscher „Barbar“ in dem in der Kriegszeit konstruierten Sinne gewesen wäre, konnte leugnen, daß Frankreich, wie in



Marschmusik der Engländer.

Bergangenheit, so auch in der Gegenwart sich als Träger einer großen Kultur in diesen Veranstaltungen erwies. Aber auf der anderen Seite mußte doch diese Kulturpropaganda unter dem Schutz einer Armee ihre freie geistige Werbekraft verlieren. Sie erwies sich denn auch in der Tat als wirkungslos und mit Recht verzichteten einsichtige Kreise in Frankreich verhältnismäßig bald auf ihre Fortsetzung in Wiesbaden. England mit seinen, in kultureller Hinsicht viel weniger expansiven Tendenzen hat sich in dieser Richtung niemals betätigt.

Der Versuch, den Spielraum fremder Kulturen in Wiesbaden zu erweitern, ist erfolglos geblieben.

Statt dessen erhielt sich Wiesbaden während der Besatzungszeit als ein Hort und eine Pflegestätte deutscher Kultur, deren Wesen sie auch vielen Angehörigen fremder Nationen offenbarte. Die deutsche Sprache blieb die herrschende und wurde auch manchem Besatzungsangehörigen in mündlicher Rede wie im gedruckten Worte vertrauter. Deutsche Predigt und deutsches Lied klangen in den Gottesdiensten und trafen erweckend auch fremdes Gehör. Vor allen Dingen aber hat deutsche Kunst ihre ganze Eigenart in den Leistungen einheimischer Künstler wie durch den Besuch großer Meister der Musik, des Schauspiels, der Rezitation und des Vortrages ausgestrahlt. Mochte auch vielleicht im ersten Augenblick der Anblick der die Ränge des Theaters füllenden fremden Uniformen oder der roten Fräcke im Konzertsaal verstimmen, längere Überlegung machte doch stolz, daß deutsches Wort und deutscher Ton gerade auch diese Zuschauer und Zuhörer angelockt hatten, blieben sie doch nicht ohne Achtung, ohne Anerkennung, ja nicht ohne Sympathie für die Leistungen deutscher Kultur. So hat die Besatzungszeit Gelegen-

heit gegeben, Angehörige anderer Nationen in einem Maße mit deutscher Kunst und Wissenschaft vertraut zu machen, wie sie sonst kaum möglich gewesen wäre.

Die kulturelle Gesamtbilanz der Besatzungszeit ist — trotz der auch hier nicht fehlenden großen Schädigungen — eine viel günstigere als auf anderen Gebieten.

Wir haben unser Erbe an deutscher Kultur nicht nur bewahrt, sondern auch seine Schätze ausgebreitet. Außerlich zwar ärmer geworden, haben wir doch immer mit unserem Geiste an reichen Tischen gegessen und sogar fremde Gäste an ihn laden können. Wir hoffen und erwarten darum, daß man die deutsche Kultur als völlig ebenbürtige Schöpfung in den kulturellen Austausch der Völker immer stärker einbezieht. Frei geworden, sind auch wir wieder viel bereichert, die besonderen Gaben anderer Nationen anzuerkennen und zu genießen. Wissen und bekennen wir doch mit Goethe: „Gottes ist der Orient, Gottes ist der Occident, Nord und südliches Gelände ruht im Frieden seiner Hände.“

Presse und Besatzungszeit.

Von Fritz Günther.

Kommt der Presse als Nachrichtenvermittlerin sowie als Runderin und Vertreterin der öffentlichen Meinung schon in politisch und wirtschaftlich normalen Zeiten eine besondere Bedeutung zu, so war die Aufgabe der Zeitung in den Jahren der Besatzung von noch wesentlich betonterer Wichtigkeit. An Schwierigkeiten mannigfacher Art war sie durch die vorangegangenen Kriegsjahre gewöhnt und auch eine durch die Verhältnisse gebotene und auf Konto der Wahrung militärischer Belange zu sehende Einschränkung hatte sie mehr oder weniger widerpruchslos über sich ergehen lassen

nicht gefiel, herausstrich. Die Zeitung erschien deshalb zunächst mit zahlreichen weißen Flecken und der Leser konnte sich die leeren Stellen so ergänzen, wie er es wünschte oder für wahrscheinlich hielt. In Wiesbaden hatte das Amt des Zensors zunächst ein deutsches völlig mächtiger, interniert gewesener ehemaliger Lehrer der französischen Sprache an der Berlitz-Schule inne und es verdient, hervorgehoben zu werden, daß er ernsthaft bemüht war, ohne Voreingenommenheit seine Aufgabe zu erfüllen. Besonders eingehenderte Erläuterungen oder Erklärungen retteten manche Nach-



Tanz-Parade auf dem Marktplatz.

müssen. Als dann aber der Krieg mit einem Waffenstillstand und kurz darauffolgender Besatzung weiter Grenzgebiete seinen Abschluß fand, da begann für die Presse des besetzten Gebietes eine Zeit schwerster Bedrängnis, sowohl in geistiger als auch in materieller Hinsicht. Das Publikum ist gewöhnt, alle Dinge von Wichtigkeit möglichst noch am Tage des Geschehens durch die Zeitung zu erfahren, und es erwartet besonders in Zeiten politischer Hochspannung und wetterschütternder Krisen eine schnelle und restlose Unterrichtung und Stellungnahme. Sofort nach dem Einzug der Besatzungstruppen wurde auch die Presse, dieses Instrument der öffentlichen Meinung, der schärfsten Kontrolle unterworfen. Das erscheint zunächst soweit verständlich, als zu verhindern war, daß die Presse etwa die Absicht haben konnte, den nun einmal vorhandenen und durch die Waffenstillstandsbedingungen sanktionierten Zustand der Besatzung zu sabotieren. Aber schon die ersten Erfahrungen brachten die Erkenntnis, daß die Aufgaben der Besatzungszensur viel weiter gezogen waren, und daß man zum Schutz der Besatzungsbehörden und Besatzungstruppen militärisch belanglose, für die Bevölkerung aber äußerst wichtige Nachrichten der äußeren und inneren Politik nicht passieren ließ, weil auf irgend eine nicht ersichtliche und meist auch nicht erklärare Weise die Verbreitung verdächtig schien oder den Interessen der Besatzungsmächte zuwiderlaufen sollte.

Der Vorgang der Kontrolle beschränkte sich im Anfang auf eine Überprüfung der zum Druck hergestellten Textseiten durch den Zensor, der jede Nachricht, die ihm

richt vor dem Rotstift. Diese Herrlichkeit dauerte aber nur ein paar Tage. Inzwischen war nämlich die Organisation der militärischen Verwaltungsbehörden weit vollendet, daß auch die Kontrolle der Presse militärisch ausgeübt wurde und damit eine noch schärfere Form annehmen mußte. Das Wort Zensur war übrigens verpönt. Die Presse war, wie versichert wurde, frei; sie konnte angeblich schreiben, was sie wollte; sie durfte nur nicht mit ihrer Gesamteinstellung oder der Verbreitung einer Nachricht die Sicherheit der Besatzungstruppen gefährden, bei Strafe des sofortigen Verbots, der Verhaftung des verantwortlichen Redakteurs und kriegsgerichtlicher Verurteilung der Angelegenheit. So lautete die Instruktion, die militärisch knapp und kurz gegeben wurde. Eine Kommentierung im einzelnen wurde abgelehnt. Neben dieser Instruktion, die häufig wiederholt wurde, lief aber noch eine sich täglich mehrende Anzahl von Verfügungen und Anordnungen, die erkennen ließen, daß der Begriff der Gefährdung der Sicherheit der Besatzungstruppen sich weiter und weiter ausdehnte und schließlich auch auf die Ankündigung oder Mitteilung von mehr oder weniger harmlosen Dingen erstreckte. Die erste Zeitung in Wiesbaden, die auf Grund eines solchen Verstoßes eine Maßregelung erfuhr, war übrigens das „Wiesbadener Tagblatt“, das schon im Dezember 1918 auf drei Tage verboten wurde. Daß für Ankündigungen der Besatzungsbehörden ein bevorzugter Platz im Text Verfügung stehen mußte, sei nur nebenbei erwähnt. Neben diesen Komplikationen internerer Art standen ganz erhebliche Schwierigkeiten für die Pres-

durch die häufig angeordneten Post- und Verkehrsperren, die eine Nachrichtenübermittlung behinderten oder aufhoben, das zeitweilige Verbot der Einfuhr von Zeitungen oder Druckschriften aus dem unbesetzten Gebiet und die wochenlange völlige Abschneidung des besetzten Gebietes vom Mutterlande. In einer Zeit der durch Zusammenbruch und politische Neugestaltung veranlaßten Zudrängen und inneren Kämpfe wären die Bewohner des besetzten Gebietes Tage und Wochen lang ohne jede Kenntnis von den Vorgängen in Heimat und Welt geblieben, hätten die Zeitung und ihre Mitarbeiter nicht immer wieder Mittel und Wege gefunden, Nachrichten zu erhalten und ihren Lesern zur Kenntnis zu bringen. Es dauerte längere Zeit, ehe mit dem Friedensschluß einigermaßen erträgliche Verhältnisse eingetreten waren.

Aber dieser Zustand fand nach den ersten Jahren der Besetzung wieder sein Ende. Mit der Verschärfung der politischen Lage infolge der Sanktionen, der restlosen wirtschaftlichen Abschneidung des besetzten Gebietes, der Zollgrenze, der Regiebahn, des Ruhrkampfes und des Separatistenputsches, entstanden auch für die Presse im besetzten Gebiet Notzeiten schwerster Art und der Leidensweg dieser Monate ist gekennzeichnet von zahlreichen Opfern, die auf der Strecke blieben. Es kam nicht selten vor, daß die Zeitung nicht erscheinen konnte, weil das Papier zum Druck oder anderes, für die Herstellung erforderliches Material durch allerlei Zollschikanen an der Grenze festgehalten wurde. Dann kam die Zeit der Ausweisungen, die auch eine erhebliche Anzahl von Redakteuren und Verlegern zwang, plötzlich und ohne Mitteilung eines Grundes die Heimat zu verlassen. Man wurde aus irgend einem Anlaß auf die Liste gesetzt und teilte damit das Schicksal Tausender, die Haus und Heimat im Stich lassen mußten. War bei den Ausgewiesenen die Sicherheit von Leib und Leben immerhin noch einigermaßen gewährleistet, so gestaltete sich die Lage derjenigen, die verhaftet, ins Gefängnis geworfen und vom

Kriegsgericht verurteilt wurden, noch schlimmer. Anlaß zu solchen Maßregelungen boten neben anderen Gründen die sog. Verdächtige gegen die in der Hauptsache für die Presse in Frage kommenden zahlreichen Ordnonnanzen der S. C. J. R., in deren engmaschigem Geflecht sich kaum noch ein Mensch zurechtfinden konnte. Der Höhepunkt dieser Leidenszeit fiel mit den Wochen des Separatistenputsches zusammen, an dessen Kennzeichnung und Bekämpfung auch die Tagespresse des besetzten Gebietes durch rücksichtslos mit Verbot und Ausweisung geahndete Schilderung der wahren Lage und der wirklichen Stimmung der Bevölkerung beteiligt war. In diesen Tagen durch Verbot gemahregelt wurde in diesen Tagen durch Verbot gemahregelt.

Die Liquidation des Ruhrkampfes brachte mit der Rückkehr der Mehrzahl der Ausgewiesenen auch einen Abbau der rigorosesten Bestimmungen, sowie eine Einschränkung der Ordnonnanzen, die aber auch in ihrer verminderten Zahl noch immer wie ein Damoklesschwert den verantwortlichen Redakteur bedrohten. Schuld oder Irrtum veranlaßten noch häufig genug kriegsgerichtliche Ahndung mit Geld- und Gefängnisstrafen. Aber die bis dahin sehr diktatorischen Beziehungen der Besatzungsbehörden zur Presse waren doch korrekter geworden. Die Presse war wieder in die Lage versetzt, das Publikum vollständig und lückenlos zu unterrichten und ihrer Meinung freieren Ausdruck zu geben.

Die Erinnerung an die schlimmste Zeit, welche die Presse des besetzten Gebietes durchzumachen hatte, ist verblaßt, aber noch nicht vergessen. Daß sie in jener Zeit treu und unerschrocken für die Erhaltung der deutschen Westmark eintrat und der Bevölkerung immer wieder durch ihre opferreiche Haltung den Rücken stärkte, trug letzten Endes nicht wenig dazu bei, daß nunmehr auch der letzte Soldat das besetzte Gebiet verläßt, der Rhein und die Länder am Rhein wieder frei wurden.

gebereien machen das Leben zur Hölle. Die Einengung jeder persönlichen Bewegungsfreiheit der ersten Jahre, Paßzwang, Kontrollen, Polizeistunde usw. finden ihren Niederschlag in bitterster Gedankenrichtung. Die Gattin, die Mutter, die Schwester und Braut - sie alle, die Opfer eigenen Blutes und tiefster Herzenskräfte auf sich genommen - sie sehen all diese Opfer umsonst gebracht; die Freiheit des Vaterlandes zu wahren haben sie nicht ausgereicht! Der Blutstrom, den sie alle gespeist, er war kein rettender Ball geworden gegen fremde Macht, die nun regierte über Heim und Herd!

Die Schwierigkeiten der häuslichen Versorgung schnellten mit der Besetzung naturgemäß beängstigend in die Höhe und das besetzte Gebiet

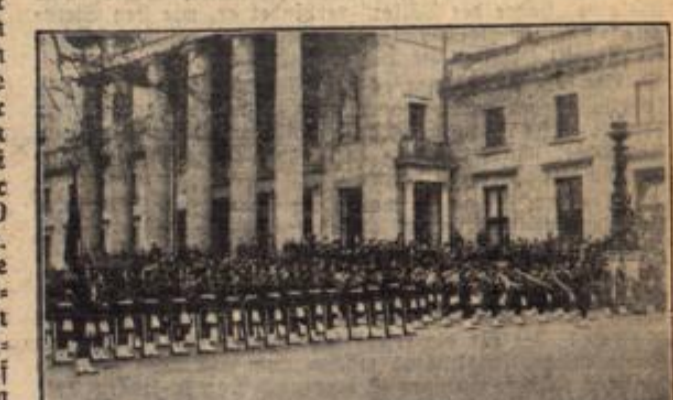


Der englische Oberbefehlshaber.

erfuhr obendrein noch eine völlige wirtschaftliche Abschneidung vom Reich. Güter- und Personenverkehr wie Nachrichtendienst werden aufs äußerste eingeschränkt, Ein- und Ausfuhrverkehr kommen unter genaue Kontrolle militärischer Behörden. Der Anbau von Grund und Boden geht zurück und damit die notwendige Erzeugung. Saat und Futtermittel werden beschlagnahmt Angesichts der wachsenden Not gehen selbst die militärischen Stellen an Einrichtung von Suppenküchen, Bäckereien usw. Wohlmeinende in diesen Kreisen, die ihr menschliches Gefühl sich zu erhalten vermocht hatten, helfen in nicht geringem Umfange mit Lebensmitteln usw. da aus, wo es auf dem Wege über die Kooperativen noch irgend möglich ist. Das Reich nimmt einen Teil des Verpflegungsbedarfs selbst auf sich durch Beschaffung von Kartoffeln, Brotgetreide, Salz und Zucker, auch Hafer und Futtermitteln aus den Ober- und Unter-gebieten des Landes.

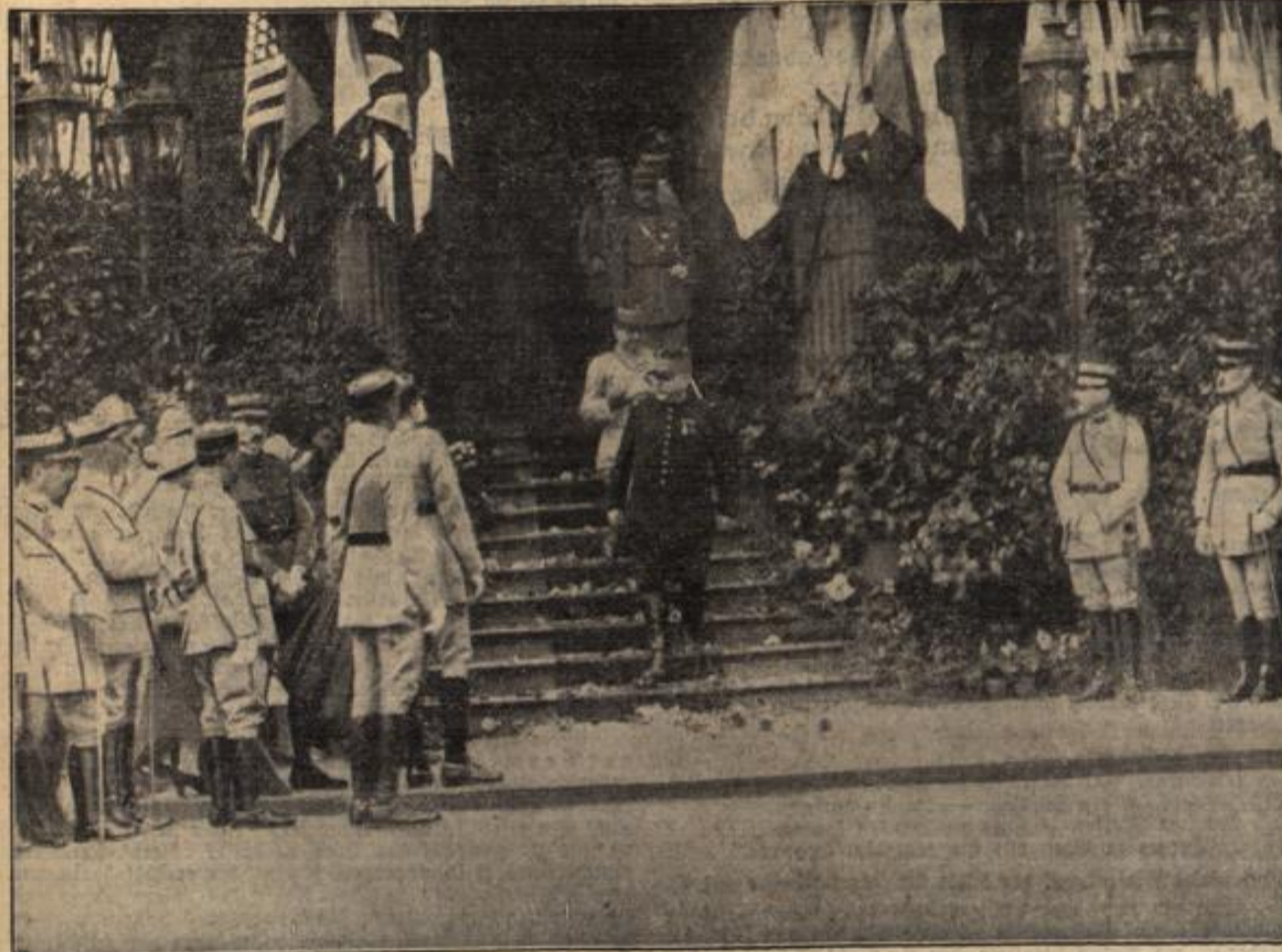
Die Jugend, die aus einem Kriegszustand in den anderen wächst, hat tief Not gelitten in ihrer körperlichen und seelischen Entfaltung. Der Gesundheitszustand zeigt einen Tiefstand, der die Besorgnis des ganzen Volkes weckt und zu Hilfsmahnahmen für die Jugend führt, die in größtem Ausmaß und unter oft nahezu abenteuerlichen Schwierigkeiten endlose Rindert Transporte durch die gesperrten Grenzen ins freie Vaterland schaffen, das in großzügiger Gastlichkeit des gefährdeten Nachwuchses sich annimmt. Was mit unermüdlicher Zähigkeit und Hilfsbereitschaft mütterliche Frauen hier zuwege gebracht haben, soll nicht vergessen sein. - Nachhaltige Einbußen aber hatte unsere Jugend weiter durch Beschlagnahme ihrer Schulen und Turnhallen erfahren. Allein elf Schulen in Wiesbaden mit 152 Klassen sind ihrem Zweck entzogen und über 5700 Kinder damit dem geordneten Schulwesen entfremdet. Bis Erjahbauten geschaffen waren, verging Jahr und Tag. In allen besetzten Orten waren Spiel- und Sportplätze beschlagnahmt (in Wiesbaden 28!), und die Jugend den Gefahren der Straße vermehrt ausgelegt. Daß die Straffälligkeit dabei stieg, ist nicht verwunderlich. Trotz aller Geldnot kam es zu weiterem Ausbau sämtlicher Fürsorgeeinrichtungen.

Die tiefgreifende Schädigung des Geschäftslbens hat die Frau an ihrem Teil empfindlich miterlitten. Die vielen einst blühenden Kurorte am Rhein und Taunus mit ihren zahllosen Pensionsbetrieben in Frauenhand waren so gut wie



Die Hochländer vor dem Kurhaus.

völlig lahmgelegt. Die Truppen in Bad Ems, Schwalbach, Königstein sind lange Zeit in Privatquartieren gelegt. Ein Heer von Mißständen und Verdruß durch dauernde Mobilitärschäden, Küchenbenutzung usw. lastet auch hier auf der Frau. Die Vergütungen des Reichs auf Grund seiner damals geschaffenen Gesetze erleichtern wohl manches, doch alle persönlichen Duldungen, alles menschliche Ungemach und Leid müssen davon unberührt durchgelitten und überwunden werden.



Marshall Joffe in Wiesbaden.

Die Frau und ihr Schicksal in der Zeit der Besatzung.

Von Edmaria Blume.

Bei dem Ende des Weltkrieges ging ein Aufatmen durch unser schwer erschöpftes Vaterland. Der Westen sollte keinen Anteil an dieser Erleichterung haben. Den zurückflutenden deutschen Heeresmassen folgte November und Dezember 1918 das Einrücken fremder Truppenmacht auf dem Fuß. Trost lautete der ziemlich allgemein empfundene Trost jener ersten Tage: Wir kriegen wenigstens unsere Männer wieder. Die deutsche Frau am Rhein zeigte daher durchweg Entgegenkommen und Bereitschaft zur Tragung der neuen Lasten.

Schon nach kurzer Zeit wußte man, daß nur eine andere Art Kriegszustand den seitherigen ablöste. Obwohl nach völkerrechtlichen Grundätzen Requisitionen nur im Rahmen der Hilfsmittel des besetzten Landes gestattet sind und Privateigentum zu achten ist, griff die Willkür örtlicher Befehlshaber und die vielfach wechselnde Einstellung der Besatzungsbehörden bald tief in das wirtschaftliche und soziale Gefüge, dessen schwere Schäden das Reich auf dem Wege über besondere Gesetze einigermaßen auszugleichen bestrebt war.

Die tiefste Bedrückung aber war durch die Einquartierungslasten gegeben, die durch dauernde Erhöhung der Besatzungsstärke in den ersten Jahren bis zur Unerträglichkeit gesteigert wurde. Und dies zu einer Zeit, wo die Unterbringung der deutschen Kriegsteilnehmer die oberste Sorge der Heimat ausmachte. Die kriegerischen Manieren der fremden Truppen, die

in ihren Forderungen keine Grenzen fanden und über Druck- und Zwangsmittel aller Art verfügten, lasteten mit furchtbarem Druck vor allen Dingen auf dem Leben der Frau in Haus und Familiengemeinschaft. Einige nüchterne Zahlen können uns daran erinnern, wie unser ganzes privates Existieren in seinen notwendigsten Belangen damals zurückgedrängt werden mußte. Bei einer Friedensgarnisonstärke von etwa 1800 Mann war unsere Stadt von 1922-24 mit ungefähr 8500-10 000 Mann belegt und von 25-29 mit etwa 5000 Mann. Verschärft wurde die Not durch dauernde Zunahme dieser Heeresstärken an verheirateten Offizieren, Unteroffizieren und Beamten. Dabei wurde der Rahmen der Familienzugehörigkeit derart weitgefächert, daß schließlich der gesamte Anhang der Besatzungstruppen auf deutsche Kosten unterzubringen war. Die Zahl der in Wiesbaden beschlagnahmten Zimmer belief sich auf nahezu 3000.

Daß die Frau als Gattin, Mutter und Erzieherin in den so betroffenen Hausgemeinschaften in vorderster Linie der Wucht seelischer Kümernisse ausgegesetzt war, liegt auf der Hand. Die schweren Erschütterungen an Leben, Gesundheit und Besitz, die mit den Ausweisungen in der Zeit der sogenannten Sanktionen Hand in Hand gingen, wirkten sich im Leben der Frau in langjähriger Folge aus. Zwischenfälle mannigfacher Art branden mit ihren Aufregungen tief hinein in die Familiengemeinschaften. Lebensmittelpnot, allgemeine Unsicherheit, Mißtrauen und An-

Eine besondere Seite des Frauenlebens darf hier nicht übergangen werden, die durch zehn Jahre fremder Militärmacht nicht unberührt bleiben konnte. Wenn auch die sexuellen Beziehungen deutscher Frauen und Mädchen zu Besatzungsangehörigen draußen im Reich auf übertriebene Gerüchte hin bedauerlicherweise mehr verallgemeinert worden sind, als wir sie hier gerechterweise abschätzen müssen, so bleibt immerhin ein nicht unbedeutender Erdenrest zu tragen peinlich, den wir auf solche Beziehungen zu hagen haben. Die vielfach schwergestörte Erziehung des Jungmädchens der Kriegszeit mit seiner geringen Beschäftigung in der langwierigen Zeit betrieblicher und geschäftlicher Umstellungen bedeutet leider ein erhöhtes Bereitwilligkeitsmoment zum Abgleiten. Die Gefährdung wird aber erst vollständig bei der besonderen Einstellung des französischen Besatzungsangehörigen, dem ein behördlich vollauf sanktioniertes Bedürfnis nach der künstlichen Frau zur Seite steht und sein aggressives Vorgehen stets als berechtigt deckt. Gleich 1919 werden in acht Städten unseres Bezirks Bordelle eingerichtet, die erst mit Ende 1923 verschwinden, als mit Einzug der britischen Truppen ein völlig entgegengesetzter Kurs aufkommt. Es folgt ein planmäßiger Kampf gegen die Geschlechtskrankheiten ein, der Hand in Hand mit den deutschen Gesundheitsbehörden auf dem Wege über die weibliche Polizei erfolgt. Die Anregung zur Bildung dieser Organe ist aus der Arbeit der englischen Besatzungsbehörde in Köln von deutscher Seite mit großer Bereitwilligkeit aufgenommen worden. So hat eine nicht geringe Zahl verantwortungsbewusster und hilfsbereiter deutscher Frauen diese öffentlich kaum beachtete, aber tief notwendige schwierige Arbeit übernommen.

Die Zahl der unehelichen Kinder, deren relativ nicht hohe Zahl von 458 für den Bezirk und das ganze Jahrzehnt (gegen 2683 sonstige Uneheliche) die in der Presse ausgeblähten Berichte auf ein exträrdentliches Maß zurückführt, konnte vom Jugendamt ohne Schwierigkeiten mitbetreut werden; wie überhaupt sämtliche Fürsorgeeinrichtungen der Stadt bestrebt sind, auch diese Verhältnisse weitmöglichst einzuebnen.

Wenn alle Lasten und Duldungen der überstandenen Zeit am tiefsten die Frau in ihrer Familiengemeinschaft traf, so hat das auffallende Unverständnis des unbesetzten Vaterlandes für unsere Lage den seelischen Druck häufig genug noch verstärkt. Wenn trotz der zum Teil äußersten Gefährdung der Situation die Frau zur

großen Volksgemeinschaft obliegt, so hat die deutsche Frau mit ihrem starken Sinn für erprobte und festgefügte Ordnungen in Familie und Volksgemeinschaft einen hervorragenden Anteil am Ausharren bis zum guten Ende. Möchte diese äußerste Probe seelischer Widerstandskräfte, mit denen die Frau am Rhein durch ein Jahrzehnt die Ihrigen hielt und stützte, von der Gesamtheit des Volkes richtig gewürdigt werden!



Festgruß an den freien Rhein.

Schwing' dich empor, mein Lied, mit Jubelschall —
Wie Fahnenwehen rausche durch die Lüfte —
Durch deutsche Gauen — über Falschgekläfte
Dort weckend tausendfachen Widerhall. —
Grüße Germania, die deutsche Wacht,
Ihr huldigend in hehrer Festesnacht —
Zu Füßen ihr, sing in den Strom hinein:
„Sei mir gegrüßt, mein freier, deutscher Rhein!“

Und weiter auf des stolzen Stromes Flut
Flieh' hin, mein Lied, durch deutsches Märchenland —
Trinke der Reben Duft an Berg und Strand —
Verauschend dich an ihrer heißen Glut.
Hörst du des Loreley süßen Gesang
Erföhnen zu der goldnen Leier Klang —
So stimme lauchend in ihr Lied mit ein:
„Sei mir gegrüßt, mein freier, deutscher Rhein!“

Noch weiter frage dich der Wellen Spiel . .
Dort, wo der Rhein in seine Arme schließt
Die Moselbraut, die ihm entgegen fließt. —
„Am deutschen Eck“ sei deines Fluges Ziel.
Und wenn der Glocken Klang vom alten Dom
Hinüber wallt, über den stolzen Strom —
Vom Ehrenbreitstein hoch die deutsche Fahne weht —
Dann klinge feierlich wie ein Gebet:
„Herr, schenke Frieden allen Völkern dein —
Und schütze unsern freien deutschen Rhein!“

Anna Holz.

Die dichterische Gestaltung des rheinischen Schicksals.

Von Ala Dolland.

Als in Zeiten tiefer Erniedrigung Deutschlands der weitsehende Friedrich Schlegel die geistige Verbindung zwischen dem Rheinland und Franken angebahnt und das deutsche politische Bewußtsein am Rhein gestärkt hatte, fühlte die Dichtung aus dem einsartigen landschaftlichen Zauber, der sie ergriff, die geschichtliche und politische Bedeutung, die den gemäßigten Strom von neuem in den Mittelpunkt der Interessen rückte. War n. Schenkendorfries ihn als Siegespreis, Goethe wirkte für die geistige Erneuerung des Rheinlandes. Als geschlossene geistige Macht standen auch damals die deutschen Dichter einer „friedlichen Durchdringung“ romanischen Geistes entgegen. Während jedoch die meisten von einer engeren nationalen Einstellung aus kämpften, ahnten nur wenige die schicksalhafte Macht, die der große deutsche Kräftestrom von jeher für Land und Volk bedeutete. Die entscheidende Wendung in der Erkenntnis, die das rheinische Schicksal in die Dichtung einführte und ihr damit eine neue Sendung gab, brachte erst der Weltkrieg, der wie die meisten europäischen Kriege, im letzten Grunde ein Kampf um den Rhein, als die Schlüsselstellung Europas war.

Unter den Romanikern hat Victor Hugo als einer der ersten ausländischen Stimmen die Rheinfrage bereits eine „das Zentrum der Staaten — und Kulturgeschichte Europas“ betreffende Frage genannt. Reiten bewohnten keine Ufer, Römer bemächtigten sich seiner, Cäsar und Vitell, Karl der Große und Napoleon kämpften um ihn.

Doch nicht Kampf ist seine eigentliche Bestimmung. Als eine „Fährte der Völker“ verbindet er, wie Leo Sternberg in seiner gleichnamigen Novelle in maßvoller Schau erzählt, seit Urzeiten die Völker Europas.

Vor dem Kriege war es hauptsächlich Rom ein Kolonialland, der den völkerverbindenden Charakter des Stromes bestimmte. In seinem zeitgeschichtlichen Roman „Jean Christophe“ schildert er den rheinischen Menschen als Mittler und Verächter des Westens.

Stefan George wollte im Reiche der Kunst eine Gemeinde von Europäern gründen, die eine neue geistige Einheit des Abendlandes vorbereiten sollte. Diese vom Rheinland ausgehende Bewegung warf der Weltkrieg naturgemäß zurück, doch wirkte ihr Geist weiter. Heute ist es neben Fonten und Kreis vor allem Alfons Waguier, der für ein friedliches Europa kämpft und den Rhein internationalisieren möchte, „um auf ewig die barbarischen Kämpfe Europas zu beenden.“ Das Weltbürgertum dieses rheinischen Schriftstellers, des Ideenreichsten Deutlers aller Schicksalsfragen des Stromes, kennzeichnet am besten seine „Kurse Stroganoff“:

In Wiesbaden bin ich geboren,
In London piff mir der Wind um die Ohren,
In Sibirien sah ich was Brombeere ist,
In China wurde ich Christ,
In Amerika Europäer.
So kam ich der Heimat wieder näher;
Europas Jordan ist der Rhein:
Man kann ein Weltkind und gläubig sein.“

Die kulturellgeschichtliche und industrielle Bedeutung, die das Schicksal eines modernen verarbeitenden Volkes eng mit dem Strom verbindet, ist dichterisch gestaltet in den In-

dustrie-Sonetten Josef Winklers, Heinrich Parsch's, in Dichtungen wie: „Durch die deutsche Waffenschmiede“ von Uhlmann-Bitzerheide oder „Nieder-rheinisches Land“ von Braach. In ihnen dröhnt und hämmert, singt und rauscht der ganze ungeheure Rhythmus des Arbeitsstromes. Einen der stärksten Klänge vernimmt man in dem Te Deum Laudamus von Jacob Kreis, das die Begeisterung auslösende erste Fahrt des Zeppelins schildert:

Da: hochoben!
Riesenhafte, mit hellem Gelbend
Schwebt es: ein Wunder! — im Firmament,
Mit den Völkern — über die Wolken hinaus
Dröhnt es zu Gott, mit nie gehörtem Gedraus.“

Auch dieser Riesenvogel der Welt stieg vom Rheine auf.

Während nun jene Dichtersgruppe der neuen Betrachtungsweise im allgemeinen mehr im theoretischen Arbeiten den Boden bereitete, hat Leo Sternberg das rheinische Schicksal — vielleicht als sein vielseitigster Gestalter — um unmittelbaren Problem der Dichtung gemacht. Es bildet den eigentlichen Kern sowohl seiner Romane wie seiner lyrischen und dramatischen Dichtungen. Mit Recht hat man ihn deshalb den Dichter des rheinischen Menschen genannt. Bei ihm greift der Strom „mit der Schicksalsmacht einer überwältigen Persönlichkeit“ in die Geschichte der Menschen und Völker ein. So wirkt in der Novelle „Das gereitete Deutschland“, wo eine Königswahl bei Rheinfest ansetzt auf dem Königstuhl auf einem Rhein-schiffe stattfindet, der Strom keine Stimme zugunsten des deutschen Wahlkandidaten gegen den französischen entgegenstehend in die Waagschale. „Und sie begriffen, daß die Liebe zu alles, was sie umgibt, die Liebe zum Vaterlande sei, daß ein Fremdling, der ihre Sprache nicht spreche und mit ihren Wurzeln nicht wurde im Land, auch von dieser Liebe nichts in sich trage; und daß mit dem deutschen Reiche, wenn es einem Ausländer überliefert werde, auch jeder einzelne von ihnen aufhöre, zu sein.“ Mit derselben tiefen Symbolik erhebt Sternberg die reinigende Kraft des Stromes zum Motiv in seiner Erzählung „Petrarca“, wo die böhmischen Frauen am Johannistage nach altem Brauche Leid und Klage in den schicksalhaften Fluten hinwieseln. Und wieder in anderer Weise in der Novelle „Bismard“, wo der junge Geliebte in geheimnisvoller nächtlicher Stunde sich seiner Sendung bewußt wird, durch ein Bad im Rheine gekostet, „das Symbol des geliebten Landes zu tragen.“ Vielleicht die tiefste Deutung für den Schicksalsstrom, der die Begegnung mit dem Göttlichen vermittelt, hat er in seiner Erzählung „Salihidibis“ gefunden, wo die Gesundung der tranken Welt von dem mit Rheinwasser gefüllten Becken des Klosters von Chelles ausgeht, „denn als das Rheinwasser unter den hängenden Zweigen der Blaubuche in lupinernen Becken niegelle, da zeigte es sich, daß, wer sich über den Rand der Schale beugte, — das Antlitz Gottes im Grund der Welle sah.“ Wie unerhöflich Sternberg in immer neuen Variationen des Motivs ist, zeigen seine Erzählungen „Die Seherin von Bingen“, „Das schreitende Daz“, „Das Baumgedenken“, die als kleine Ausläufer großer geschichtlicher Ereignisse bedeutungsvoll in die Zukunft weisend, den Rhein als politische Schicksalszone personifizieren. Natur-

lich verleugnet sich auch in seiner Dichtung nicht, daß wir in Sternberg einen Dichter des Grenzlandes besitzen, wo „bei unbewegter Luft die Mäien im ewigen Todeswinde wehen“. Aus diesen vom „Unbefreiten Rhein“, „Uferlicht“, vom Nachboot auf dem gefesselten Strom bilden die Schicksalsaugen der Rheintragik.

„Es wächst in der Wiesenflut
eine Blume mit roten Schalen,
draus liegt das Blut.“

Es war zu erwarten, daß ein Gestalter wie Sternberg sich auch des Schicksalslebens der Gegenwart dichterisch bemächtigen würde. Wie er bereits in seinem Drama „Die Junggräfin“ an einer das ganze Reich in zwei Teile spaltenden rheinischen Fehde die deutsche Zerrissenheit aufweist; in dem Schauspiel „Die Völker wandern“ entwickelt, wie am Rhein für das deutsche Volk, das von hier eine Mission empfängt, das Tor zur Welt aufgestoßen wird, ist er in seinen „Separatisten“ zum Chronist des Sonderbündlerkonfliktes geworden. Im Gegensatz zu Bronnen, der in seinen „Rheinischen Rebellen“ den untauglichen Versuch macht, die Separatistenfrage mit erotischen Mitteln zu lösen, paßt Sternberg den Kern des Problems und gestaltet jenes Volksschicksal als ein Stück nationalen Lebens aus den dunkeln Wirren von 1923 mit dramatischer Kraft und lebendiger Bühnenwirkung.

Unter den Verfeuten zwischen Rhein und Ruhr, zur Zeit des passiven Widerstandes spielt Paul Zech's Drama „Erde“. Auch dieser Dichter entgeht der Gefahr, übernah zu werden und hat die Kraft, sich „aus dieser verschleierten und zerstückelten Zeit nach in die Höhe zu reden.“ Die Leiden der Bevölkerung, durch das doppelte Joch der Franzosen und der Separatisten ins Unerträglichste gesteigert, das Vermessenheit der Menschen mit ihrer Erde ist in vier Stappen packend geschildert.

Ähnliche Motive, mit der menschlich natürlichen Auf-lehnung gegen feindliches Joch, behandelt v. d. Goltz in seinem Ruhrkampf-Schauspiel „Stein im Schwarzwald“, während Fris v. Uruh seinem „Heinrich aus Under-nach“ darüber hinaus den Klang der Berggebung findet, in dem sein Held auf die Rache an dem Feind, der ihn miß-handelte, verzichtet und seinen Groll verfenkt in dem heiligen Rhein:

„Keiner weiß
wo die Schuld begann!
Doch der Erde,
der des Fluchs
unendliche Verstridung
stolz zerreiht —
und allein,
nur sich zum Fluch bekennend
wagt zu sagen:
„Ich!“
Wer hat die Schuld der Welt gelöst —
und das Löwentor des Friedens aufgetan!“

Zu ähnlicher Veröhnungsbereitschaft verführt Gustav Frenssen sich durchzuringen in seinem Roman „Lütte Witt“. Wie ein kleiner tapferer Ruhrjunge, unentwegt seine Mission erfüllend, durch alle Schrecknisse und Quälereien hindurchschreitet, bis er, nach Erreichung seines Zieles, durch die Kugel eines Marokkaners fällt, ist in einer schlichten, volksnahen Sprache ergreifend geschildert. „Du mußt demütig werden, dann kannst du tiefer leben!“

Das Schicksal der feindlichen Besatzung und der Separatistenzeit hat viele anderer Schriftsteller wie Ranno Landrecht, Clara Biedig, Herbert Eulen-berg, Wilhelm Schmidtborn, zu Romanen und Novellen angeregt, deren Charakterisierung hier zu weit führen würde.

Den passiven Widerstand mit seiner Entfesselung aller niederen Instinkte, mit der trostlosen Verarmung weiter Volksschichten schildert Josef Winkler in seiner Novelle „Im Hungergebirge“ mit einem Pessimismus, der diesen freudigen Lebensbejaher in ganz neuer Beleuchtung zeigt. Das jähre Besthaften am bedrohten Deutschland und den ver-welteten Kampf gegen die Separatisten spiegelt Fris v. Uruh's Novelle „Das Uebelfitter Laab“, die in dem kleinen entlegenen Westermälder Dörfchen Wirnisse und Leid des ganzen Grenzlandes einlängt.

Unter den geschichtlichen Erzählungen, in denen Werner Beumelburg in seinem Sammelband „Der Strom“ perspektivisch will, daß Deutschland ohne das Rheinland „geltern nicht sein könnte, heute nicht sein kann und morgen nicht sein wird“, prägt sich die letzte, wenn sie auch wie alle sehr im geschichtlichen Stoff verhaftet bleibt, durch ein prophetisches Bild unpergänglich ein. Er erzählt darin von dem geheimnisvollen goldenen Adler, den unsere Ahnen einst in den Strom verließen. Nach rund 2000 Jahren wird er aus den vielumkämpften Fluten steigen, dem deutschen Rhein die ewige Freiheit zu bringen.

Einen besonderen Platz nimmt Renée Schickles Roman-Trilogie „Ein Erbe am Rhein“ ein, die sich schon durch ihre künstlerische Höhenlage von der übrigen zeitge-schichtlichen Romanliteratur unterscheidet und die Tragik des elbischen Grenzlandes mit Blut und Erlebnistreu wiederabli.

In diesen Zusammenhang gehören zwei Bücher, deren Verfasser, ein Franzose und ein Deutscher, „mit den stumpfen Waffen einer kulturellen Beweisführung“ um den Rhein kämpften, es sind Maurice Barrès mit seinem „Genie du Rhin“ und Ernst Bertram's Antwort darauf. Dem französischen Dichter Barrès hat schon in seinen Vorkriegsromanen Voreingenommenheit gegen Deutschland die Feder geführt. Das Rheinland ist ihm gegen ihren Willen unter preußischem Joch schmachende Schwesterseele, die ihr wahres Heil an der Seite Frankreichs und „sein Interesse von morgen“ noch nicht gefunden hat. Er entdeckt „das rheinische Gefühl in der französischen Seele“, er entdeckt die Übereinstimmung rheinischen Sagenhaftes im Gegenlatz zu dem „erstidenden germanischen Mythos von jenseits des Rheins“ und vieles andere, was der deutsche Gelehrte gründlich widerlegt hat in einem Geyinnungsdokument, zu dem das „Rheinbuch“ des Dichters Bertram die würdige Ergänzung bildet. Wie fern es ihm liegt, alten Volk zu schüren, beweist sein Gedicht „Niedermald“:

Land, große Mutter anfer, du wirst aufersteh'n
Und wiederfahren mächtig aus der Unterwelt,
Gewaltlos mitdeste Herrin im Erdenkreis,
Du Neugebärtin der weißen Götter uns,
Du heilig Lehrende, du ohne Maß dich selbst
Göttlich aussehende Saat, kumme Beschwenderin,
Dancklosen Brots der Welt; du, ohne Opferbild,
Wirft am befreiten Rhein in aller Herzen sich'n,
Du wirst nicht rächen. Wirft nicht sein wie sie, die kaum
Befreit, mit noch gestirntem Handgelenk den Strid
für deine Kinder knoten. Mutteraltiger
Sei, wie du muttergroß und mutterweise warst.
Vergeltung überströme herrlich wie Gesang
Die teuflischen Völker, deine Rache sei
Unendlich wie du selber — Segen und Mußt.“

Befreites Theater.

Von G. Sommerfeld.

Wenn es trotz der mannigfachen Schwierigkeiten, die auch das Staatstheater und seine Aufgaben besonders in der ersten Zeit der Besetzung Wiesbadens erheblich in Mitleidenschaft zogen, gelungen ist, den Betrieb aufrecht zu erhalten und unser Staatstheater über alle Hindernisse glücklich hinwegzubringen, so ist dies in erster Linie der Tatsache zu verdanken, daß das gesamte Personal stets mit der Leitung einig in dem Willen war, den Vorstellungsbetrieb unter allen Umständen und mit allen Mitteln aufrecht zu erhalten, und die Bürgerschaft Wiesbadens ihrem Staatstheater auch in jenen schweren Zeiten immer die Treue bewahrte.

Die erste Verordnung des kommandierenden französischen Generals untersagte im Artikel 10 jeden Verkehr zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr früh. Das bedeutete für das Staatstheater, daß die Vorstellungen nunmehr bereits um 4 Uhr oder 4½ Uhr nachmittags beginnen mußten, weil sonst die Theaterbesucher nicht mehr rechtzeitig, also vor 8 Uhr, wieder zu Hause sein konnten. Kohlenmangel zwang dann, das Theater vom 29. Dezember 1918 bis 8. Jan. 1919 überhaupt zu schließen. Am 10. Januar 1919 wurde die Polizeistunde auf 10,30 Uhr abends festgesetzt, und die Vorstellungen konnten nun wenigstens um 6½ Uhr beginnen. Das blieb so bis April 1920. Erst dann war es möglich, den Vorstellungsbeginn wieder auf 7 Uhr festzusetzen.

Die oben erwähnte Verordnung untersagte ferner die Benutzung des Telefons. Diese Bestimmung wurde nicht nur von der Theaterleitung, sondern auch von den Mitgliedern sehr schmerzhaft empfunden. Der Betrieb eines großen Theaters ist heute ohne Fernsprecher nicht durchzuführen. Mündliche und schriftliche Vorstellungen bei dem französischen Administrateur führten nach einigen Wochen zur Freigabe des Fernsprechers, was zunächst nicht viel nützte, denn die Telephone der Mitglieder blieben auch weiterhin gesperrt; nur zwei Mitglieder, darunter der so früh verstorbene Sänger de Garma, der amerikanischer Staatsbürger war, erhielten schon nach kurzer Zeit die Erlaubnis zur Benutzung ihres Telefons. Erst gegen Ende Februar 1919 wurden auch den übrigen Mitgliedern die Telephone wieder freigegeben, wobei verlangt wurde, daß jedes einzelne Mitglied einen besonderen Antrag dazu persönlich zu stellen habe. Neben der Telefonsperre bestand in der ersten Zeit auch eine Postsperrung mit dem unbesetzten Gebiet, was die Verhandlungen über die Verpflichtung der von Herbst 1919 ab neu einzustellenden Künstler außerordentlich erschwerte. Von den sonstigen Verkehrsbeschränkungen wirkte sich besonders das Einreiseverbot recht störend aus. Bei Erkrankungen im Personal mußte das Staatstheater sehr oft Künstler von den Theatern der benachbarten Städte Frankfurt, Darmstadt, Mainz, Karlsruhe usw. heranziehen. Zunächst half, so weit es konnte, das Mainzer Theater aus, aber sehr oft war ihm das nicht möglich. Es waren lange Verhandlungen mit der Besatzungsbehörde nötig, bis erreicht wurde, daß auch die Frankfurter Künstler hier gastieren durften.

Als im Jahre 1923 anlässlich des Ruhreindrucks und der Separatistenunruhen wieder Beschränkungen in der Ein- und Ausreise erfolgten, kam die Besatzungsbehörde dem Theater so weit als möglich entgegen. Alle Ausreisen, die seinerzeit für Zwecke des Wiederaufbaues des im März 1923 abgebrannten Bühnenhauses gemacht werden mußten, wurden anstandslos genehmigt. Dabei wurde natürlich der Begriff „Zwecke des Theateraufbaus“ sehr weit gefaßt. Auch die Wiedereinreise mehrerer ausgewiesener Regierungsbeamten ist damals wegen des Theateraufbaus erlaubt worden. Die französische Behörde hatte natürlich selbst ein Interesse daran, daß das Theater sobald als möglich wieder seine Pforten öffnete. Die Interalliierte Rheinlandkommission in Koblenz hatte sogar auf Antrag die zollfreie Einfuhr aller für den Wiederaufbau des Theaters bestimmten Materialien und die schnelle Abfertigung aller derartigen Sendungen angeordnet.

Daß die Besatzungsbehörde den Spielplan ständig kontrollierte und sogar anordnete, daß er erst nach ihrer Genehmigung veröffentlicht werden durfte, wurde besonders in der ersten Zeit als störend empfunden, weil es manchmal einige Tage dauerte, ehe die Genehmigung eintraf. Nach einigen Monaten hatte der Administrateur aber wohl eingesehen, daß wir keine Werke im Spielplan hatten, die die Sicherheit usw. der Besatzungstruppen irgendwie gefährdeten oder geeignet waren, die Wiesbadener aufzuwiegeln, und die Einrichtung des Spielplans war nur noch eine Formsache. Kurz nach Neujahr 1919 verlangte der Administrateur übrigens, daß möglichst bald „Die Jungfrau von Orleans“ aufgeführt werde. Der damalige Intendant Legal hat ihn, er möchte doch erst das Werk lesen und hinterher seine endgültige Entscheidung fällen. Nach einigen Tagen erhielten wir das Buch mit dem Vermerk zurück, daß eine Aufführung nicht in Frage käme. Wahrscheinlich waren die Engländer Szenen des Werkes für diesen Bescheid ausschlaggebend.

Große Schwierigkeiten in der Durchführung eines geregelten Spielplans ergaben sich ferner dadurch, daß

die Besatzungsbehörde sogleich nach der Besetzung Wiesbadens die Intendantur aufforderte, ihr das Staatstheater zur Veranstaltung von Vorstellungen des französischen Front-Theaters und französischer Theatertruppen unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Diese Forderung wurde als Requisition bezeichnet. Derartige Vorstellungen wurden sehr oft mit ganz kurzer Frist angefragt. Nach dem Friedensschluß wurde dann die Frage der Veranstaltung französischer Vorstellungen im Staatstheater durch ein besonderes Abkommen mit der Besatzungsbehörde geregelt. In den Jahren 1921 und 1922 wurden aber nur noch vereinzelte Vorstellungen gegeben. Erst im Jahre 1924 veranstaltete das französische Armeetheater im Kleinen Hause noch eine Reihe von Vorstellungen (neun). Die letzte dieser Vorstellungen fand am 18. Oktober 1924 statt. An den

Rheinfreiheit.

Festlied zur Befreiungsfeier des Rheines.

(Bekanntes Melodie: „Strömt herbei, ihr Rheinflecken“.)

Strömt herbei, ihr deutschen Brüder,
zu dem freien, deutschen Rhein.
Stimmt ein in Jubellieder,
stoßt an mit rhein'schem Wein.
Laßt ein Freudensfest uns feiern:
Rheinisch' Land ist wieder frei!
:: Laßt den Schwur uns heut' erneuern:
Vater Rhein, dir ewig treu! ::

Alte Burgen, ew'ge Dome
und vom Fels die Loreley
spiegeln tief im heil'gen Strome
Stolz und sagenhaft auf's Neu!
Und die Berge rings mit Reben,
Stadt und Städtchen, Schmuck und Klein,
:: wachen auf zu neuem Leben
durch den Freiheitsklang am Rhein! ::

Mag der Franzmann seine Frauen
loben, seiner Weine Glut —
herrlich sind des Rheines Gauen
und ihr edles Rebenblut!
Land, wo Glaube noch und Treue
wohnt und Frohsinn und Gemüt,
:: sei gegrüßt uns auf's Neu
durch ein echtes rheinisch' Lied! ::

Neid und Haß und fremdes Wesen
träumten wohl vom deutschen Rhein.
„Ach, es wär' zu schön gewesen;
doch es hat nicht sollen sein!“ —
Ja, solange am Rhein noch Reben
blüh'n, Humor und Mägdlein,
:: Deutsche, freie Männer loben,
bleibst du deutsch, o schöner Rhein! ::

Was den Vätern und den Alten
hoch und heilig, teuer war,
wollen wir in Ehren halten:
Deutsche Sitte, rhein'sche Art!
Laßt die Feinde lachen, schmähen —
Unser bleibt, was deutsch und echt!
:: Deutschland kann nicht untergehen!
Siegen wird das gute Recht! ::

Doll am Rhein! Was du gelitten,
weiß nur, wer es mitgemacht.
Um dein Deutschland hast gestritten,
bis die Freiheitsjonne lacht!
Drum laßt dankbar, laut uns preisen
Deutsche Treue, deutschen Wein,
:: Laßt den Sorgenbrecher küssen:
Hoch der Rhein, der deutsche Rhein! ::

Adolf Schuber, Wiesbaden.

Vorstellungen in den Jahren 1919 bis 1921 waren außer dem französischen Armeetheater noch folgende Pariser Theater beteiligt: Comédie Française, Odéon und Théâtre Porte Saint-Martin. Bei den ersten Vorstellungen des Armeetheaters ging es übrigens nicht ohne Zwischenfälle ab. Die erste Front-Theatervorstellung fand am 28. Dezember 1918 statt. Der damalige französische Administrateur des Distrikts Wiesbaden verlangte am Schluß der Vorstellung eine französische Fahne. Als ihm unser Maschinierdirektor erklärte, daß eine Tricolore in den Beständen des Staatstheaters nicht vorhanden sei, drohte ihm der temperamentvolle Herr mit sofortiger Verhaftung, wenn er nicht alsbald eine Tricolore herbeischaffe. Es blieb nichts übrig, als in aller Eile eine französische

Fahne zusammenzunähen. Unsere Rechnung über 25 M. für diese französische Fahne und über 15 M. für einen einer mitwirkenden französischen Künstlerin bestimmten Blumenstrauß mußte auch auf Requisitionskosten verbucht werden. Die Beziehungen zwischen der Theaterleitung und der Besatzungsbehörde haben sich aber später torrakt gestaltet, so daß derartige Zwischenfälle nicht mehr vorkamen.

Die Besatzung hat nicht nur das Theater selbst für ihre Zwecke beansprucht, sondern auch die tägliche Bereitstellung einer großen Zahl von Plätzen für die Truppe verlangt. Vom 21. 12. 1918 ab mußten jeden Tag rund 200 Plätze für die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften bereitgehalten werden, und zwar die besten Plätze im 1., 2. und 3. Rang. Die Mehrzahl dieser Plätze war abonniert, und es blieb aus diesem Grunde nichts weiter übrig, als den Abonnenten andere Plätze zur Verfügung zu stellen. Viele Abonnenten, die ihre Plätze seit Eröffnung des neuerbauten Großen Hauses (Oktober 1894) innehatten, mußten sie wohl oder übel abgeben. Wir haben von Anfang an dauernd kontrolliert, wieviel Plätze besetzt waren und stellten fest, daß je länger je mehr Plätze frei blieben. Unsere wiederholten schriftlichen und mündlichen Vorstellungen bei dem ersten Administrateur blieben ohne Erfolg. Erst bei seinem Nachfolger konnten wir eine teilweise Freigabe der Plätze erreichen. Die Plätze galten als requiriert, wurden also zunächst nicht bezahlt. Durch ein Abkommen vom Mai 1920 wurde dann erreicht, daß die Plätze wenigstens mit 1/3 des Tageskassenpreises vergütet wurden. Vom Jahre 1925 ab mußten dann die Plätze voll bezahlt werden. Der Preis war etwas höher als der Abonnentenpreis.

Wie genau die von den Franzosen sogleich nach dem Einmarsch angeordnete Waffenbestandsaufnahme durchgeführt wurde, geht daraus hervor, daß auch das Theater ein Verzeichnis seiner Hieb-, Stich- und Schusswaffen einreichen mußte. Wir zählten damals im Theater rund 1000 Schwerter aller Zeiten und Länder, römische, griechische, ägyptische, romanische, gotische usw., Rokofodegen, Dolche aller Art, auch 25 Offizierssäbel, ferner 325 Lanzen, Hellebarden, Partisanen, Jagdspere usw. und schließlich 124 Gewehre, Karabiner, Flinten des 15. bis 19. Jahrhunderts, von denen die meisten aber aus Holz waren, und schließlich noch 48 Pistolen aus den vergangenen Jahrhunderten; auch 200 Patronen waren in unserm Besitz. Wir konnten alle Waffen behalten. Das von uns aufgestellte Verzeichnis wurde von der Besatzungsbehörde mit folgendem Vermerk versehen: „Genehmigt unter Verantwortung des Oberbürgermeisters“, und der damalige Oberbürgermeister Gläting gab uns das Verzeichnis mit der Bitte zurück, dafür besorgt zu sein, daß von den Waffen kein unbefugter Gebrauch gemacht werde, weil er hierfür verantwortlich sei. Dies wurde natürlich von uns beachtet. Einmal hielten wir aber doch einige Hieb- und Stichwaffen in Bereitschaft, und das war Ende Oktober 1923 zurzeit der Separatisten-Unruhen. Es war uns damals zu Ohren gekommen, daß die Separatisten auch unser Theater besetzen und die Kasse beschlagnahmen wollten. Ich habe sofort den Delegierten im Rathaus verständigt, und er erklärte mir, daß das Theater unter seinem Schutze stünde und ich ihn sofort benachrichtigen möchte, wenn die Separatisten versuchen sollten, in das Theater einzudringen. Es wurde deshalb ein verstärkter Nachwachdienst eingeführt.

Über die Zeit nach 1924 ist nur wenig zu sagen. Das Verhältnis zu den maßgebenden Personen der Besatzungsbehörden hatte sich inzwischen soweit geklärt, daß irgendwelche Differenzen sich nicht mehr ergaben, oder in kurzer Zeit beigelegt wurden. Auf beiden Seiten war der Wunsch vorhanden, so gut als möglich miteinander auszukommen, und da das Theater und die Kunst neutraler Boden waren, auf dem man sich ohne Nebengedanken begegnen konnte, so war es natürlich, daß sich dies auch auf die persönlichen Beziehungen auswirkte. Es war dadurch möglich, auch in Angelegenheiten zu vermitteln, die nicht nur unser Theater betrafen.

Beim Abzug der französischen Besatzung Ende des Jahres 1925 machte der französische General einen Abschiedsbesuch, bei dem er sich noch einmal für alles das bedankte, was das Staatstheater den Besatzungsangehörigen geboten hatte.

Die Beziehungen zu der bald darauf eintreffenden englischen Besatzung liegen nichts zu wünschen übrig. Die erforderlichen Verhandlungen haben sich stets schnell und glatt abgewickelt. Alle irgendwie strittigen Punkte, wie Bereitstellung von Plätzen usw., waren ja auch inzwischen durch Verträge usw. geregelt worden.

Das Interesse der englischen Besatzung für unser Theater zeigte sich an dem regen Besuch der Vorstellungen, besonders von Seiten der Offiziere, was wiederum die Veranlassung war, daß auch viel englisches Zivilpublikum in den letzten drei Jahren den Vorstellungen beiwohnte.

Wiesbaden ist wieder frei. An der vollen Entfaltung aller seiner Kräfte für den Wiederaufbau der Kur ist es nicht mehr behindert. Möchte unser Staatstheater in der Lage sein, ihm hierbei die wertvolle Unterstützung zu leisten, mit der es von jeher den Kurinteressen gebietet hat.

Die Separatisten im Landeshaus.

Nachdem der erste Putschversuch des Separatistenführers Dorten und seiner Gefolgsleute gegen die deutsche Zivilverwaltung des besetzten Gebietes fehlgeschlagen war, schmiedeten sie neue Pläne zur Verwirklichung ihrer landesverräterischen Absicht der Loslösung des besetzten Gebietes von dem übrigen deutschen Vaterland. Obwohl die Separatisten eifrig bemüht waren, diese Pläne geheim zu halten, und zu ihrer Durchführung in heimlichster Weise Hilfstuppen anwarben, blieben diese Vorbereitungen

liche Ansammlung. Militärische Wachen schützten die von den Separatisten besetzten öffentlichen Gebäude.

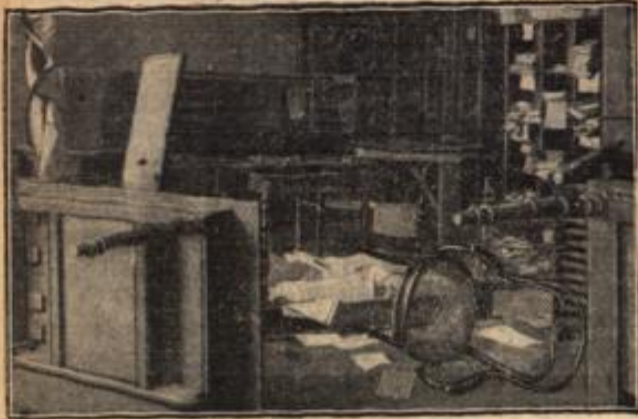
So gab es nur einen rettenden Gedanken: durch passiven Widerstand mußte sich das separatistische Unternehmen totlaufen.

Nachdem die Separatisten ihre grün-weiß-rote Fahne auf dem Landeshaus gehißt hatten und sich darin häuslich einzurichten begannen, waren für die Beamten und Angestellten des Landeshauses Dienstverrichtungen in diesem Gebäude unmöglich. Die einzelnen Verwaltungszweige mußten daher außerhalb des Landeshauses ihre Tätigkeit im Interesse der Bevölkerung fortführen. In der damals von Kranken nur schwach belegten Augenheilstalt, Kapellenstraße 2, fand die Zentralverwaltung mit der Nassauischen Brandversicherungsanstalt, der Hauptfürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene, der Wegebauverwaltung und der Betriebskrankenkasse ein Unterkommen. Da das gesamte Altmaterial im Landeshaus zurückgelassen werden mußte, war die Tätigkeit zunächst keine leichte, aber nach dem bekannten Worte „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“, wurden auch diese Schwierigkeiten überwunden. Die Versuche der Separatisten, die Beamten und Angestellten zur Rückkehr in das Landeshaus zu bewegen, blieben ergebnislos.

Unterdessen hatte der Kommandant Seelbach mit seinem Adjutanten Hans Koch und seiner separatistischen Truppe, die aus Elementen übelster Sorte bestand, im Landeshaus sein Hauptquartier aufgeschlagen.

In den Räumen des Landeshauses wurden nach seiner Räumung nach Geschosse aus diesen Schießübungen vorgefunden. Mit Separatistengeld wurden in dem gegenüberliegenden Zigarrenladen große Mengen von Zigarren „requiriert“. Zwei französische Militärposten, die von dem in der benachbarten Gutenbergstraße liegenden französischen Infanterietruppenteil gestellt wurden, patrouillierten ständig um das Gebäude.

Ein großer Teil der im Landeshaus vorhandenen Einrichtungsgegenstände, z. B. Schreibmaschinen, Fern-



Ein Geschäftszimmer des Landeshauses nach dem Abzug der Separatisten.



Noch ein Beispiel der separatistischen Zerstörungswut.

den deutschen Behörden nicht unbekannt. Man war daher durchaus nicht überrascht, als in der Nacht vom 22./23. Oktober 1923 in Wiesbaden überall Zivilpersonen mit der grün-weiß-roten Separatistenbinde am Arm austauchten und in die öffentlichen Gebäude eindrangen. Überraschend wirkte nur die Tatsache, daß die französischen Besatzungsbehörden ein strenges Verbot des Tragens von Hieb-, Stoß- oder Schußwaffen erlassen und die französischen Militärgerichte bereits eine Reihe schwerer Bestrafungen gegen Zuwiderhandelnde verhängt hatten, während diese Zivilpersonen mit den grün-weiß-roten Armbinden unter den Augen der Besatzungsbehörden mit Gewehren, Revolvern, Handgranaten und anderen Waffen sich öffentlich zeigten, ohne daß gegen sie eingeschritten wurde. Der deutschen Polizei, der einzigen bewaffneten Hilfe, auf die die Bevölkerung im Abwehrkampf zunächst angewiesen war, war von der französischen Besatzungsbehörde an jenem Abend das Verlassen ihrer Dienstgebäude sowie eine Einmischung in den Streit mit den Separatisten verboten worden.

Wie in anderen öffentlichen Verwaltungsgebäuden hatten auch im Landeshaus zu Wiesbaden die Beamten und Angestellten durch Stellung von Nachwachen die Verteidigung des Gebäudes gegen einen etwaigen Angriff übernommen. Unter Beachtung des Verbotes der Besatzungsbehörden hinsichtlich des Tragens von Waffen standen den Beamten und Angestellten zu dieser Verteidigung daher nur Spazierstöcke zur Verfügung. Ein Kampf mit diesen gegenüber den mit Gewehren, Revolvern und Handgranaten bewaffneten Stoßtrupps der Separatisten, die gegen 11 Uhr nachts gegen das Landeshaus anrückten, erschien von vornherein als aussichtslos. Es blieb daher nur der passive Widerstand übrig.

Nachdem sich die Separatisten durch Einschlagen von Fenstern und unter Verwendung von Handgranaten Einlaß in das Landeshaus verschafft hatten, wurden die anwesenden Beamten und Angestellten unter Vorhaltung von Revolvern zunächst für verhaftet erklärt und im Landesauschuhsaal von bewaffneten Separatisten bewacht.

Die Lage entbehrte nicht der Komik, als nach Mitternacht ein berühmter früherer Zuchthausler, der eine



Französische Kolonialtruppen auf dem Exerzierplatz.

höhere separatistische Kommandostelle zu bekleiden schien, an die gefangen gehaltenen Beamten und Angestellten eine Ansprache richtete und sie zum Übertritt zu den Separatisten zu überreden versuchte. Einmütig wurde dies jedoch abgelehnt. Erst in früher Morgenstunde wurde den Verhafteten der Abzug gestattet.

Die Ereignisse in dieser Nacht hatten naturgemäß am nächsten Tage eine größere Menschenmenge auf die Straße geführt. Auch hierbei zeigte es sich, daß der separatistische Putsch von den Besatzungsbehörden unterstützt wurde. Das zur Säuberung der Straßen aufmarschierte französische Militär, insbesondere französische Kavallerie, hielt die Volksmenge auf den Straßen in dauerndem Fluß und verhinderte jeg-



So sahen die Innenträume des Landeshauses nach dem Abzug der Separatisten aus.

Bisweilen waren über 300 militärisch ausgerüstete Personen dort untergebracht, die in den beiden ersten Monaten aus französischen Feldküchen gespeist wurden. In Ermangelung sonstigen Heizmaterials wurden diese Feldküchen oftmals mit Altmaterialien des Landeshauses geheizt. Später rollten abends französische Automobile an das Landeshaus und brachten die erforderliche Verpflegung an Brot, Fleisch und dergleichen. Von hier aus erfolgte die Unterverteilung in die weitere Umgebung, wo sich Separatisten festgesetzt hatten. Der tägliche Sold für einen Angehörigen der Separatistentruppe betrug 15 Francs. Die höheren Dienstgrade erhielten höhere Beträge.

In Hauptquartier im Landeshaus wurden u. a. die Angriffspläne gegen andere deutsche Verwaltungsgebäude ausgearbeitet.

So hat sich später unter den im Landeshaus zurückgelassenen Papieren der Separatisten ein Angriffsplan für Besetzung des Rathauses in Höchst a. M. vorgefunden. Eine der ersten „Heldentaten“, die diese Truppen vollbrachten, bestand in der Vernichtung der drei Abbilder von den ehemaligen nassauischen Landesherren, die von den Separatisten vermutlich für Hohenzollernfürsten gehalten worden waren. Vor allem aber liegen es sich diese Truppen im Landeshaus recht wohl ergehen. Die in der Nähe dieses Gebäudes wohnenden Einwohner werden sich noch daran erinnern, wie die Nächte hindurch die Dienstzimmer, insbesondere der Landesauschuhsaal, festlich erleuchtet waren und Tanzmusik dort ertönte, wobei auch das weibliche Element nicht fehlte. Zwei Cafés mit buntemaltem Fensterputz waren eingerichtet.

Am Geburtstag des Kommandanten wurde ein Freischußfest mit Militärgewehren durch die Flucht der Zimmer nach den elektrischen Birnen der Kronleuchter veranstaltet.

sprechapparate, Stehlampen, Vorhänge, Bilder, wurden von den Separatisten entwendet und verkauft. Ebenso wurde ein großer Teil der vorhandenen Vorräte an Koks veräußert. Kassenschränke und Schreibische wurden erbrochen und ihres Inhaltes beraubt. Aus den Lederstühlen wurde das Leder herausgeschnitten, ein elektrischer Motor, Buchdruckerpressen, Papiervorräte wurden entwendet und ebenfalls verkauft. Altmaterialien wurden in den Überzügen der Stühle des Kommunallandtagsaales fortgeschafft und als Altpapier veräußert.

Allmählich mußte sich jedoch auch den französischen Dienststellen die Überzeugung aufdrängen, daß mit diesen Kämpfern für die separatistische Sache ein Erfolg nicht zu erzielen sei; denn die notwendige Unterstützung von französischer Seite blieb alsbald aus: der Sold wurde nicht mehr bezahlt, Lebensmittel wurden nicht mehr geliefert. Da die Fernsprechkosten an das Telegraphenamt nicht mehr bezahlt wurden, stimmte die französische Besatzungsbehörde anfangs Januar 1924 zu, daß keine Fernsprekverbindungen mehr, die aus dem Landeshaus verlangt wurden, hergestellt zu werden brauchte.

Das separatistische Unternehmen hatte sich totgelaufen.

Am Abend des 31. Januar 1924 — also nach 101-tägiger Besetzung durch die Separatisten — erschien ein Franzose und erklärte dem im Haus wohnenden und dort zurückgebliebenen Botenmeister, daß den Separatisten im Landeshaus der Befehl gegeben worden sei, bis spätestens nächsten Morgen 6 Uhr das Gebäude zu räumen und die grün-weiß-rote Flagge einzuziehen. Von dieser Stunde ab stand das Landeshaus den deutschen Beamten und Angestellten wieder zur Verfügung.

Den in das Gebäude Zurückkehrenden bot sich ein Bild der Zerstörung und Verwüstung dar, das jeder Beschreibung spottet.

Die sogleich erfolgten photographischen Aufnahmen können nach ein hereditäres Zeugnis von dem Wirken der Separatisten im Landeshaus ablegen. Die photographischen Platten und eine Anzahl von Abzügen wurden zwar sofort durch die französischen Gendarmen beschlagnahmt, es sind jedoch einige Aufnahmen für die Nachwelt erhalten geblieben. Auffallend ist auch hier wieder die Tatsache, daß die französische Besatzungsbehörde den verantwortlichen Dienststellen des Landes-



Marokkaner im Gelände.

hauses strenge Strafen und Ausweisung androhte, wenn die Photographien veröffentlicht würden. Die Säuberung und Instandsetzung des Landeshauses bedurfte mehrwöchiger angelegentlicher Tätigkeit.

Der entstandene Schaden am Gebäude, durch Entwendung und Beschädigung von Einrichtungsgegenständen und sonstigen Sachen belief sich auf 67 000 Mark.

Die bei der Notlage des deutschen Volkes besseren Zwecken hätten zugeführt werden können.

In der französischen Geschichte ist die Zeit der Separatistenherrschaft im besetzten Gebiet ein wenig ruhmvolles Blatt, umso ehrenvoller wird diese Zeit für deutsche Vaterlandsliebe von den Geschichtsschreibern der Nachwelt gewertet werden.

Die Bautätigkeit in Wiesbaden während der Besatzungszeit.

Von Kurt Hoppe, Architekt BDA, Wiesbaden.

Wiesbaden hat vor dem Krieg eigentlich nur zwei wesentliche Industrien gehabt: die Fremden-Industrie und die Bau-Industrie. — Wenn man die Entwicklung der Bau-Industrie und der Bauwirtschaft vor dem Krieg verfolgt und sich insbesondere der zweifellos übertrieben spekulativen Entwicklung derselben in den Jahren 1908—1912 erinnert, so wird man wissen, daß gerade in den letzten Jahren dieses Zeitabschnittes ein gewaltiger Rückschlag eintrat. Die



Siedlung Waldstraße-Süd.

Entwurf: Reg.-Baumeister Finsterwalder (Stadtbauverwaltungsamt Wiesbaden)

Gelder auf dem Hypothekenmarkt stiegen plötzlich aus und brachten den Zusammenbruch vieler solcher Bauvorhaben mit sich. Ja, man kann sagen, daß die Bauwirtschaft das erste Opfer des Krieges — vor dem Kriege — war, weil sich in den Anfangsjahren des internationalen Geldmarktes bereits die Vorahnungen des Krieges deutlich widerspiegeln und vorausentwirft haben.

Bei Ausbruch des Krieges befand sich der deutsche, teilweise unvollständig und unvollständig finanzierte und fundierte Baunmarkt infolge Überproduktion von Häusern und Wohnungen bereits in einer Krise, so daß insbesondere hier in Wiesbaden die durch den Krieg fast überall verursachte plötzliche Unterbrechung nicht mehr so ganz katastrophale Auswirkungen zeitigte, wie an anderen Orten und Bezirken.

Die teilweise überhäufte Fertigstellung begonnener Bauten in den ersten Kriegsmonaten bildete einen willkommenen Übergang für die Bauwirtschaft, um die Gefahren der Lage wenigstens einigermaßen zu verringern. — Dankenswerth ist rückblickend der Beschluß des Magistrats anzuerkennen, trotz der Schwierigkeiten und der Geld-, Arbeits- und Materialbeschaffung den begonnenen Neubau des Städtischen Museums (durch Prof. Theodor Fischer-München) fortzusetzen, weil eine Durchführung desselben in den Nachkriegsjahren oder gar in der Zeit seit wohl kaum denkbar gewesen wäre, und die kulturelle und künstlerische Bedeutung des Museums, besonders seit es unter der rühmlichen Leitung des jetzigen Galeriedirektors, Herr. von Schent zu Schweinsberg, steht, unübersehbar ist.

Mit Kriegsbeginn und der damit verbundenen vollständigen wirtschaftlichen Umstellung in Deutschland beginnt zugleich das nahezu völlige Erlöschen der Privatbauwirtschaft und die zunächst noch langsame, später gewaltige Anschwellung der Bauwirtschaft der öffentlichen Hand. Die Notwendigkeit der Rückentwicklung gehört durchaus zu den selbstverständlichen Zielen einer gesunden Neuentwicklung der Wirtschaft im Allgemeinen.

Die notwendigsten Bauaufgaben der öffentlichen Hand waren zunächst einige öffentliche Gebäude und Schulen, Spiel- und Sportanlagen. Die Länge des Krieges und die Ungewissheit der Entscheidung lähmte naturgemäß jegliche Bautätigkeit, so daß selber einige besonders wichtige Bauaufgaben, wie ein Schwimmbad, eine Stadthalle und sonstiges mehr, nicht, wie in anderen Städten, zur Ausführung kamen.



Neubau des Regierungsgebäudes.

Entwurf: Stadt. Hochbauamt, Reg.-Baumeister Genszow.

Das Ende des Krieges und damit der Beginn der Besatzungszeit für das Rheinland und für unsere Stadt Wiesbaden bedeutete naturgemäß erneut eine vollständige, wirtschaftliche, finanzielle und verwaltungsmäßige Umstellung, deren Auswirkungen und Folgen sich selbst heute kaum ausdenken und ermessen lassen. Für die Bauwirtschaft bedeutete die Besatzung zunächst zwar das Entschieden eines Bauprogramms, das man generell als Belebung des Baunarktes ansprechen muß, ohne damit die Wirtschaftlichkeit derselben anzuerkennen.

Für die Besatzung waren zahlreiche Besatzungsbauten, Einzelstellen, Wohnungen, Kasernenbauten und viele sonstige militärische Anlagen erforderlich, die ausschließlich in der öffentlichen Hand lagen.

Gleichzeitig mußte, wie überall in Deutschland, in höherem Maß im besetzten Gebiet durch die Inanspruchnahme von vielen tausenden neuen Wohnungsseinheiten die Wohnungsnot und der Wohnungsbedarf aufs unerträglichste und zwang die öffentliche Hand, gestützt auf die Macht der Hauszinssteuerermittel, nach Erfüllung des notwendigen Bedarfs für die Besatzungstruppen nun auch in großem Maßstab dieser Not zu begegnen und den Wohnungsbedarf der Bevölkerung zu erfüllen.

Da infolge der Lage des Geldmarktes die Initiative der Privatbauwirtschaft gesehrt war, entstanden die reichs- und stadteigenen Bauten, die teils von den Bauämtern, teils unter Zuziehung der Privatarchitektenschaft Wiesbadens erledigt. Unter der selbstbewußten Leitung des technischen Dezernenten der Stadt Wiesbaden, Beigeordneter Spieler,

bestritt die Umbauten des Bahnhofs in Dörflich-Winkel, St. Goar und vieles andere Ertragsreiche mehr.

Für den Wohnungsbau in Wiesbaden ist naturgemäß auch die Eigenheim-Bewegung bemerkenswert, die sich insbesondere in der Siedlung „Eigene Scholle“ an der Lahnstraße entwickelt hat, deren einzelne Bauabschnitte teilweise von den Architekten W. W. Biers und Biedermann gemeinsam und getrennt entworfen wurden. Die Siedlung ist städtebaulich insbesondere deshalb interessant, weil sie mit ihren behaglichen, zweistöckigen Doppel-Einfamilienhäusern den Übergang der vierstöckigen Wohnhausbauweise des Westviertels nach dem hügeligen Taunusgebirge darstellt.

In diesem Zusammenhang ist die erfreuliche Tatsache festzustellen, daß Herr Prof. Janßen-Berlin, den die Stadt mit der Bearbeitung des Generalbebauungsplanes beauftragt, seine schwebende Aufgabe der Vervollständigung nahegebracht hat und in dem inzwischen berufenen Regierungsbaumeister Finsterwalder, als Vorstand des Stadterweiterungsamtes, zweifellos einen langjährigen



Hebbelschule an der Schiersteiner Laach.

Entwurf: Magistratsbaumeister Gellert, Wiesbaden.

wurden so circa 4000 Wohnungen erstellt, von denen die Siedlung Schiersteiner Laach, Wieland-Klosterstraße, Elsäßer Platz, Klarenthaler Straße, Loreleistraße, Dörflicher Straße, Winkel Straße, Schierstein, Biebrich, Erbenheim und an der Waldstraße (Nord und Süd) zu nennen sind. Besonders die letztere Waldstraße-Süd und die Wohnhausgruppe an der Lorchstraße, wie die beigelegten Bilder erkennen lassen (von Herrn Regierungsbaumeister Finsterwalder) ist interessant und bemerkenswert, weil sie erfreulicherweise nicht in die blutige Formsprache übermoderner Baugestaltung verfällt, sondern eine wirklich freundliche und erfreuliche Wohnkultur von Menschen mit Herz und Blut darstellt.

Aber nicht nur die Erfüllung des Wohnungsbauprogramms, sondern die Durchführung einer großen Anzahl öffentlicher und privater Bauaufgaben fällt in diese Zeit. An öffentlichen Gebäuden ist zu nennen: der unter besonders schwierigen Umständen erforderliche Wiederaufbau des durch Brand zerstörten Staatstheaters, der Neubau des Regierungsgebäudes, Hebbelschule, Elisabethkirche mit Kloster, Erweiterungsbau des St. Joseph-Hospitals und Paulinenstift, das Gemeindehaus Ringkirche an der Klarenthaler Straße (Architekt BDA G. Hildner), Erweiterungsbau des Landeshauses, der Landesbank und des Paulinenschloßchens, der nach dem Entwurf des Magistratsbauamts Grün jedoch vollendet ist. Das Bauwerk ist besonders deshalb von Bedeutung, weil es im Kurviertel liegt und einen wesentlichen Bestandteil des Stadtbildes darstellt. Der absichtlich herbeigeführte Kontrast zwischen dem reichgegliederten, schönen, alten Baumerkmal des Paulinenschloßchens und den schlichten neuzzeitlichen Bauformen des Anbaues wird sich im Laufe der Jahre durch die Patina und die Anpflanzung zu einer harmonischen Einheit verschmelzen.

Besonders zu erwähnen ist noch die Anlage des Lichtbades, der Kampfbahn Frankfurter Straße und Kleinfeldchen an der verehrten, jedoch in den Ruhezustand getretenen Gariendirektors Berthold, dessen Gestaltungsarbeit Jahrzehnte hindurch Wiesbadens Grünanlagen ihr besonderes Gepräge gab.

Bemerkenswert ist für die bauliche Entwicklung während der Besatzungszeit besonders auch die rege Bautätigkeit der Reichsbahndirektion Mainz, die unter Leitung des Baudezernenten, Oberbauamt Kleinschmidt (ein geborener Wiesbadener), steht und der sowohl die beigelegte Siedlung an der Biebricher Straße entworfen und durchgeführt hat, als auch viele Bauten für Wohn- und Betriebszwecke der Reichsbahn mit seinen interessanten Backstein verblendenen Stützwerten (Schierstein) und im weiteren

Mittkämpfer für neue städtebauliche Ideen gefunden hat.

Die private Bautätigkeit war leider während der letzten 16 Jahre, besonders in Wiesbaden, auf ein Minimum beschränkt; selbst die Inflationszeit brachte hier nur unbedeutende Belebung, im Gegensatz zu anderen Städten, wo sich eine rege Bautätigkeit — nicht immer erfreulich — entwickeln konnte. Bemerkenswert sind Villenbauten und Gartenanlagen von namhaften, auswärtigen und einheimischen Baukünstlern und Gartengestaltern, ferner der Neubau des Ufa-Palastes und Tennis-Halle (Architekt BDA Thomas), Fabrikanlage Steinberg u. Borjanger (Architekt BDA. Heg) und vieles andere mehr.

Leider ist festzustellen, daß die Bautätigkeit seit Jahresfrist fast vollkommen zum Stillstand gekommen ist. Infolgedessen haben sich die maßgebenden Berufsverbände:



Siedlung an der Diebricher Straße (Adolfshöhe).

Entwurf: Oberbauamt Hans Kleinschmidt, Wiesbaden. Mitarbeiter Reichsbaurat Neuschle, Mainz.

Architekten- und Ingenieur-Verein Wiesbaden und Ortsgruppe Wiesbaden des Bundes Deutscher Architekten zu einer bemerkenswerten Anregung zusammengeschlossen: Gründung eines „Bundes für Bauwirtschaft (E. B.) Wiesbaden“, welche eine Gemeinschaft aller an der Bauwirtschaft interessierten Kreise darstellt und durch gemeinsame

*) dessen vorläufige Geschäftsführung der Verfasser hat. (M. H.)

Kraft einen Sammelpunkt und eine Werbestelle für das Bauen an sich und insbesondere für den in Wiesbaden so bedeutungsvollen Zugang nach Wiesbaden darstellt. Die Verhandlungen über die Gründung sind auch gerade jetzt mit Ablauf der Besatzungszeit zu einem gewissen Abschluss gekommen, so daß es zweckmäßig erscheint, dies als ein besonderes Merkmal aus der Besatzungszeit zu registrieren.

Auch der Wettbewerb für das Denkmal der gefallenen 80er, welcher kürzlich mit der Wahl des 1. Preises für den Entwurf von Bildhauer Arnold Henker und Architekt Edmund Fabry endete und dessen Grundsteinlegung noch in der Besatzungszeit erfolgte, gehört zu den Merkmalen dieses nunmehr abgeschlossenen und der Geschichte angehörenden Zeitabschnittes.

Als Übergang und gewissermaßen als Denkmal der ganzen Zeit und hoffentlich als Ausgangspunkt einer besseren und freudlicheren Entwicklung in der Geschichte Wiesbadens ist noch am Schluß das zurzeit durch die Gartenverwaltung nach dem Entwurf von Kurt Hoppe, Arch. B.D.L., Wiesbaden, im Bau begriffene „Theater der 10 000“ auf dem Gehplatz „Unter den Eichen“ bemerkenswert, welches zunächst zur Abhaltung des Befreiungsfestspiels von Reichsbauwart Dr. Redslob, „Deutschlands Strom“,

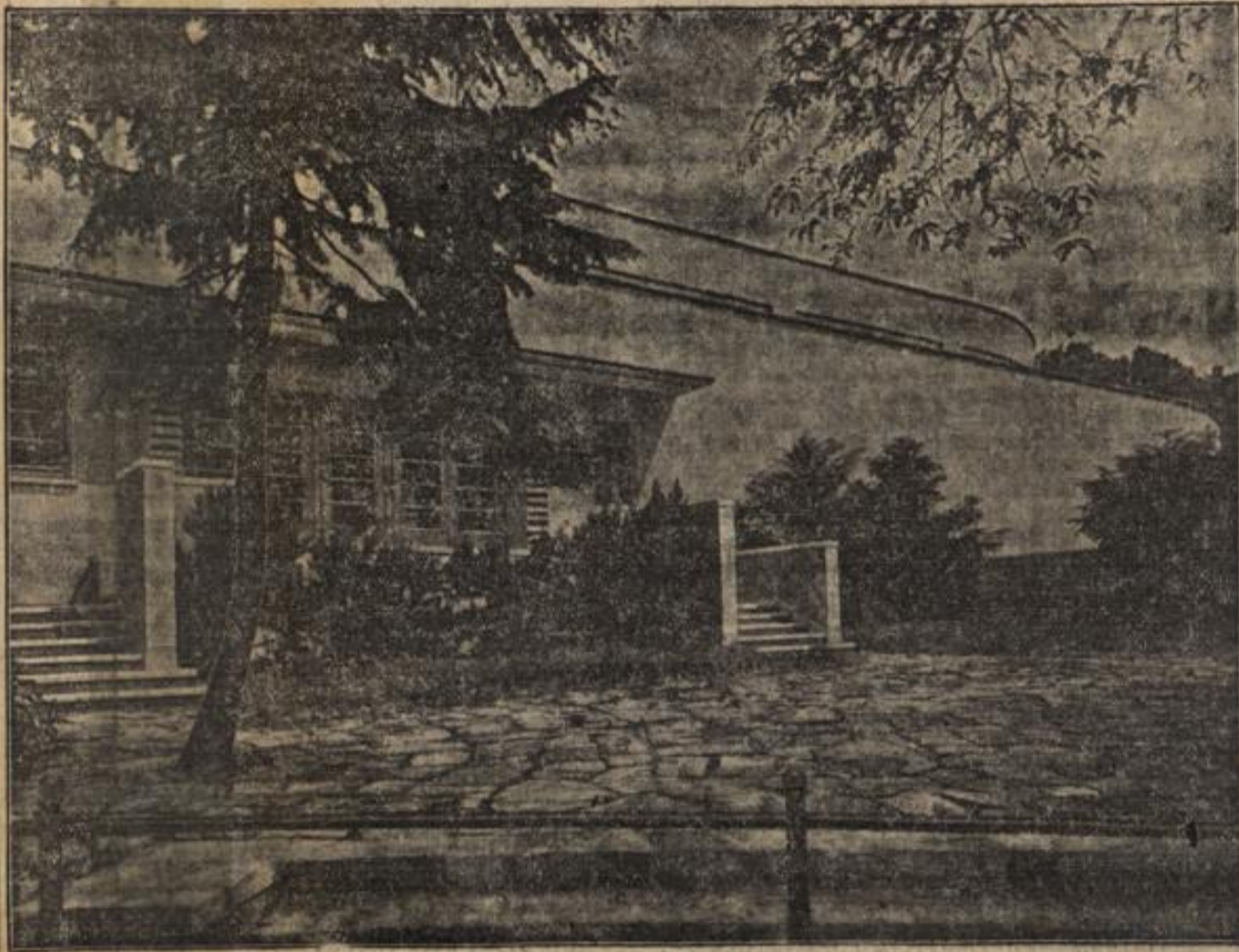
bestimmt ist und später sowohl der sportlichen und gesundheitlichen Betätigung unserer Jugend, wie insbesondere auch künstlerischen, festlichen Veranstaltungen und jährlich wiederkehrenden Festspielen gewidmet ist.

Auf den noch rauchenden Trümmern der militärischen Einrichtung der Besatzung wurden durch den tatkräftigen Beschluß des Magistrats mit Einsetzung aller verfügbaren Kräfte die umfangreichen Erdbewegungen und erforderlichen Aufbauten für das Projekt begonnen. Bereits heute, am Tage der Befreiung, sind die deutlichen Spuren der in wenigen Tagen zur Beseitigung gelangenden Gestaltung zu erkennen. Es soll durchaus als Symbol der schweren Lasten der Besatzungszeit und als Symbol und Denkmal der Befreiung und der Zeit, die nun heute überwunden ist, angesehen werden und zur bleibenden Erinnerung dauernd erhalten bleiben.

Zusammenfassend läßt sich erfreulicherweise feststellen, daß trotz der besonderen Schwierigkeiten der Besatzung und der Zeitverhältnisse, besonders auch der Finanzierung, eine Epoche reger Bautätigkeit vorliegt, dank der unermüdeten Energie des Deutschen, insbesondere Rheinländers, die uns auch den Mut und das Vertrauen geben für die nun beginnende neue Zeit, die Zeit des Friedens, der Versöhnung der Völker und des Wiederaufbaus und Aufbaues Deutschlands!



Alfa-Palast, Wiesbaden 1928. Entwurf: Emil Thomas, Architekt B.D.L., Wiesbaden.



Erweiterungsbau des Paulinenschloßes 1929/30. Entwurf: Magistratsbureau Grün, Wiesbaden.

Bettengahl von rund 13 000 im Jahre 1913 auf rund 8000 im Jahre 1923 zurückgegangen ist, ferner, daß von den rund 4000 Angestellten der Hotelindustrie rund 25 Prozent = 1000 zur Entlassung gekommen sind.

Ein interessantes Teilbild ergibt die Kurve des Ausländerbesuchs. Von 20 Prozent des Gesamtbesuchs vor dem Kriege sank der Ausländerbesuch in der Kriegszeit (Bereich der Festung Mainz) auf 1,2 Proz., um im Jahre 1923 auf 64 Prozent zu steigen und im Jahre 1929 den Stand von 29 Prozent einzunehmen. Bei der derzeitigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands müssen die Bemühungen, ausländische Besucher heranzuziehen, noch verstärkt werden, sowohl im Interesse Wiesbadens, dem zunächst der inländische Besuch nicht genügend wirtschaftlichen Zustrom zuführen kann, als auch zur Stärkung der gesamten deutschen Volks- und Weltwirtschaft, die aus dem Ausländerbesuch durch die mit ihm bewirkte „unsichtbare Ausfuhr“ wertvollste Beteiligung für ihre Handelsbilanz erhält.

Daß diese ungünstigen wirtschaftlichen Ergebnisse ihren Grund in der Tatsache und in den Folgen der Besatzung haben, ergibt sich für die Beteiligten ohne weiteres, erhellt aber unwiderleglich aus der Tatsache, daß die Bäder des unbefetzten Gebietes alsbald nach dem Kriege ihre Friedensbesucherzahl erreicht, ja teilweise erheblich überschritten haben.

Auf diesem düsteren Untergrund heben sich die Bilder der einzelnen Zweigverwaltungen der Kur- und



Stollwerk Wiesbaden-Schierstein. Entwurf: Oberbaurat Hans Klein-Schmidt, Wiesbaden.

Die Beeinträchtigung des Kurlebens durch die Besatzungsverhältnisse.

Von Beigeordneter Dr. Hof.

Es bedarf keiner näheren Darlegung, daß die Besatzungsverhältnisse gerade auf den Kur- und Badebetrieb und die Kurindustrie Wiesbadens von nachhaltigstem Einfluß gewesen sind; der breiteren Öffentlichkeit ist jedoch wohl kaum in vollem Umfang bekannt, wie schwerwiegend die Eingriffe gewesen und welche schweren wirtschaftlichen Schäden hierdurch hervorgerufen worden sind. Selbst den nächstbeteiligten ist bei der Fülle der Eindrücke und der schnellen Folge der Ereignisse manches aus dem Gedächtnis entschwunden, das nunmehr bei Abschluß der Besatzung wieder in die Erinnerung wachgerufen werden muß. Denn nur der Rückblick auf das Gewesene läßt die Gegenwart richtig verstehen und zeigt die Wege, die in der Zukunft einzuschlagen sind.

Am 13. Dezember rückten die französischen Truppen in Wiesbaden ein. Einige Tage später wurden ohne vorherige Ankündigung die Grenzen nach dem unbefetzten Gebiet, aber auch die Zugänge zur Stadt fast hermetisch abgeschlossen, Telefon und Telegraph gesperrt, der Postverkehr überwacht, der Straßenverkehr von 8 Uhr abends bis 6 Uhr morgens unterlag, kurz, das gesamte öffentliche Leben lahmgelegt. Die Zugänge zur Stadt wurden nach einiger Zeit wieder geöffnet, die Grenzsperrre blieb jedoch bestehen und wurde mit wechselnder Schärfe gehandhabt, am strengsten zu Beginn der Besatzung in den Jahren 1918 und 1919, sowie während des Ruhrkampfes im Jahre 1923. Die Einreise nach Wiesbaden war nur sehr schwer und teilweise unter entwürdigenden Bedingungen — peinlichste militärische Untersuchung, Entlaufungsverfahren, Gepäck- und Päckkontrolle, selbst durch farbige Soldaten und dergl. — zu erreichen. Es ist selbstverständlich, daß unter solchen Verhältnissen der während der Kriegsjahre schon stark verminderte Fremdenverkehr — Wiesbaden lag im Bezirk der „Festung“ Mainz — fast bis zum Erliegen gedrosselt worden ist. Die Besucherzahl des Jahres 1913 von rund 200 000 Fremder und 2 Millionen Übernachtungen sank in manchen Mo-

naten des Jahres 1919 und 1923 auf 18 Prozent herab, in der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Besucher jedoch auf einen noch viel geringeren Prozentsatz. Nunmehr, nachdem man einen gewissen Abstand von den damaligen Ereignissen gewonnen hat, kann man sagen, daß es sich in den Jahren 1919 und 1923 um die Gefahr des völligen Zusammenbruchs der Kurindustrie und damit des gesamten Wirtschaftslebens der Stadt gehandelt hat. Die nachstehenden Zahlen beweisen dies mit erschütternder Deutlichkeit:

(Die Verminderung der Besucherzahl nach der Kopfzahl ist vorstehend schon angegeben); der Ausfall an Übernachtungen gegen die Friedensjahre betrug in den Jahren 1914—1919 rund 10 Millionen, in den Nachkriegsjahren 1919—1929 rund 7 Millionen. Rechnet man die Hotelausgaben des übernachtenden Fremden bei 24stündigem Aufenthalt auf durchschnittlich 10 M., so ergibt sich allein für die Hotelindustrie in diesen Jahren ein Umsatzausfall von 100 Millionen bzw. 70 Millionen Goldmark, bei 20prozentigem Reingewinn ein Gewinnverlust von 20 Millionen bzw. 14 Millionen Mark. Hierzu kommt der Ausfall bei der übrigen Geschäftswelt, der sich bei einer auf 2 M. angenommenen Durchschnittstagesausgabe des Fremden auf einen Umsatzausfall von 20 Millionen Mark in der Gesamtzeit und 15 Millionen Mark in der Nachkriegszeit und einen entsprechenden Gewinnverlust von 4 bzw. 3 Millionen M. beläuft.

Der Verlust an Kurtaxe beträgt in den Jahren 1914—1919 rund 7 Millionen M., in der Nachkriegszeit von 1919—1929 rund 5 Millionen M. Die übrigen Verluste der Stadt an Steuern und Gebühren sowie an Abgaben für Wasser, Gas und Elektrizität sollen hier nicht näher behandelt werden, da dies den Rahmen des gestellten Themas überschreiten würde.

Charakterisiert wird die damalige Lage auch durch die Tatsache, daß durch Beschlagnahme von Hotels, durch das Eingehen von kleineren Pensionen usw. die in Wiesbaden für die Fremden verfügbare

Bäderverwaltung entsprechend ab. Das Kaiser-Friedrich-Bad z. B. mußte teilweise wegen des durch die Requisitionen der Besatzungsbehörde veranlaßten Kohlenmangels öfters den Betrieb erheblich einschränken, teils auch veranlaßt durch den durch die Besatzungsmahnahmen gesunkenen Besuchermangel, insbesondere während des Ruhrkampfes, längere Zeit völlig schließen.

Ein helles Licht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse wirft die Tatsache, daß die städtische Abgabe von Thermalwasser an Hotels und Pensionen, die nicht im Besitz von Quellen oder Zuleitungen sind, die im Frieden 10 Millionen Liter betrug, während der Nachkriegszeit auf 1,1 Millionen Liter gesunken und jetzt erst wieder auf 3 Millionen Liter im Jahr gestiegen ist.

Am schwersten wurde durch die Besatzungsverhältnisse die Kurverwaltung betroffen. Zwar hatte die Besatzungsbehörde von der öfters angebotenen Beschlagnahme des Kurhauses abgesehen, jedoch die Stadthalle Paulinenschloßchen von Dezember 1918 bis 1. Oktober 1919 als französisches Lazarett und vom April 1921 bis zum März 1925 für Ausstellungszwecke und später als Soldatenheim beschlagnahmt. Auch der Kurbetrieb selbst wurde durch verschiedene Maßnahmen empfindlich behindert. So mußten längere Zeit hindurch alle Sonderveranstaltungen vorher mit genauer Programmangabe bei der Besatzungsbehörde angemeldet und schriftlich genehmigt werden. Das Spielen von patriotischen Liedern, von Märschen und dergl. war längere Zeit verboten; selbst die Möglichkeit, daß Hannelore Höpfer vielleicht als Zugabe bei einem Tanzabend den Radeky-Marsch tanzen würde, war Gegenstand langer, von französischer Seite sehr ernst geführter Verhandlungen. Die frühere Kaiser-Loge im Großen Saal und die Hälfte des Balkons über dem Garteneingang wurden von dem französischen Kommandierenden General mit Beschlagnahme belegt. Erinnerung ist noch der peinliche Vorfall, daß im Jahre 1920 der Magistrat gelegentlich einer von ihm veranstalteten großen Pressewoche eine größere Anzahl von Pressevertretern aus ganz Deutschland bei einem Gartensitz auf diesem Balkon zu Gast geladen hatte, wobei diese Gäste der Stadt auf Befehl des französischen Generals fast mit Gewalt wieder von diesem Balkon vertrieben wurden. Das Echo in der deutschen und der internationalen Presse blieb nicht aus und lenkte vielleicht zum ersten Male die Aufmerksamkeit der breitesten Öffentlichkeit des In- und Auslandes auf die Erschwerungen, unter denen der Wiesbadener Kurbetrieb damals zu leiden hatte.

Die Räume des Kurhauses wurden oft für die französische Kulturpropaganda, für Vorträge, Konzerte und dergleichen mit Beschlagnahme belegt. Auch sonst wurden weitgehende Vergünstigungen und Ermäßigungen in Anspruch genommen. Der allein durch diese letztere Maßnahme bedingte Einnahmeausfall wird auf rund 100 000 Mk. beziffert.

Auch die Räume des Kurhausrestaurants wurden öfters von der Besatzung beansprucht; das gesamte Restaurant war 14 Tage lang wegen angeblicher Überschreitung der Polizeistunde zwangsweise geschlossen, die beiden Söhne des Pächters längere Zeit ausgewiesen.

Schließt man an diesen gedrängten Überblick über die letzte Vergangenheit eine Bilanz der Gegenwart an, so darf festgestellt werden, daß der manchmal fast unmerklich erscheinende Zusammenbruch dank der sachlichen, auf weitere Sicht abzielenden Zusammenarbeit der zuständigen amtlichen Stellen und der verantwortungsbewußten Organisationen und Bevölkerungsteile vermieden worden ist. Die Besucherzahl steht im Jahre 1929 auf 79 Prozent, die Übernachtungsziffer auf 80 Prozent, wobei allerdings auch hier die gesunkene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Besucher in Rechnung gestellt werden muß.

Der Verantwortungsbewußtheit der städtischen Körperschaften ist es zu danken, daß die ausgedehnten und kostbaren Kur- und Badeeinrichtungen Wiesbadens nicht nur in den 15 Kriegs- und Nachkriegsjahren unversehrt erhalten werden konnten, sondern daß selbst in Zeiten schwerster wirtschaftlicher Not und drängender Aufgaben auf anderen Gebieten unter Aufwendung von erheblichen Mitteln manches Neue geschaffen worden ist; ich nenne hier die Errichtung des städt. Forschungsinstituts für Bäderkunde und Stoffwechsel nebst der diesem angegliederten Krankenabteilung von 90 Betten, die Anlage des Flughafens, die Vergrößerung der Stadthalle Paulinenschloßchen und schließlich die Neuanlage der Tennisplätze im Kerotal, alles Schöpfungen, die bestimmt und geeignet sind, ihren fördernden Einfluß auf das Kurleben teils jetzt schon geltend zu machen, teils in späteren Jahren zu verwirklichen. Steis müssen die beteiligten Stellen sich jedoch bewußt bleiben, daß Vieles, ja das Meiste noch zu tun ist und daß es der Anspannung und der Zusammenfassung aller produktiven Kräfte bedarf, um die schweren Wunden, die die Besatzungszeit dem Kurleben Wiesbadens geschlagen hat, zu schließen. Große Aufgaben warten der aller nächsten Zukunft. Zunächst muß die Friedensbesucherzahl und insbesondere die Zahl der Übernachtungen des Jahres 1913 wieder erreicht oder die mehr, um die gesunkene wirtschaftliche Potenz der Besucher auszugleichen, erheblich überschritten werden. Da die deutschen Besucher infolge der wirtschaftlichen Lage in Deutschland hierzu zurzeit nicht ausreichen, muß noch mehr wie jeher der Ausländerbesuch, insbesondere aus dem großen Reservoir Amerika, gefördert werden, wobei zu bemerken ist, daß gerade der Besuch aus Amerika eine ständig steigende Kurve aufweist.

| | | |
|-----------------------|------|--------|
| Besucher aus Amerika: | 1913 | 5 726 |
| | 1926 | 5 005 |
| | 1927 | 11 048 |
| | 1928 | 12 586 |
| | 1929 | 13 180 |

| | | |
|---|------|--------|
| Prozentzahl des Amerikabesuchs im Verhältnis zu der Gesamtbesucherzahl: | 1913 | 2,88 % |
| | 1926 | 3,82 % |
| | 1927 | 7,04 % |
| | 1928 | 7,94 % |
| | 1929 | 8,98 % |

Hand in Hand hiermit müssen die Bestrebungen gehen, die Deutschen, die noch Millionen und Millarden in das Ausland tragen, zum Besuche deutscher Bäder zu veranlassen. Die Kur- und Badeeinrichtungen Wiesbadens selbst müssen den neuzeitlichen Ansprüchen weit mehr angepaßt werden als dies in den Kriegs- und Nachkriegsjahren geschehen konnte. Ich erinnere hier nur als dringendste Beispiele an den Neubau des Koshbrunnens, Anlage eines sportgerechten 18löcherigen Golfplatzes, Bau eines Hallenschwimmbades und eines

Freischwimmbades, Ausbau der Strandbäder, Neubau eines Tennis-Cafés im Kerotal, Bau einer den berechtigten Ansprüchen der Bevölkerung entsprechenden, das Kurviertel entlastenden Stadthalle, Umgehungsstraße, Neuanlage des Viebrücker Rheinufers u. a. m.

Es mag manchem vermerken erscheinen, daß gerade in den jetzigen Zeiten wirtschaftlicher Depression solche Forderungen aufgestellt werden; diesen muß gesagt werden, daß diese Forderungen nicht von heute sind, sondern daß sie schon lange bestehen, von niemanden erjungen worden sind, sondern aus dem Betrieb eines Bades, das internationale Geltung beansprucht, sich von selbst ergeben, und daß sie schon lange hätten erfüllt werden müssen und sicher auch erfüllt worden wären, wenn eben nicht die lähmenden Folgen der Besatzung auf Wiesbaden gelagert hätten. Umso dringender ergibt sich jetzt für Stadt, für Staat und für Reich die unabweisbare Pflicht, das zwangsweise Verfallene nachzuholen, um Wiesbaden in den Stand zu setzen, den Wettbewerb mit den Bädern des Inlandes und des Auslandes erfolgreich weiterführen zu können. Sollten andere Mittel hierfür nicht aufgebracht werden können,

so müßten sie letzten Endes durch das Glücksspiel beschafft werden, das in den meisten, moralisch nicht tiefer stehenden Nachbarländern Deutschlands betrieben wird und dort gerade die Mittel zum erfolgreichen Wettbewerb auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs und des Bäderwesens liefert. Einschränkende Bestimmungen, wie Verbot des Spielens der Einheimischen, Verwendung des Erlöses für soziale und andere öffentliche Zwecke, könnten die von manchen Seiten erhobenen Bedenken beseitigen. Wie dem aber auch sei, auf die eine oder andere Weise müssen die Schäden ausgeglichen werden, die Wiesbaden durch 15jähriges ehrenhaftes Aushalten in Kriegs- und Besatzungszeiten für das gesamte Deutschland erlitten hat, damit Wiesbaden auch für künftige Zeiten nicht nur im Kreise der deutschen, sondern der internationalen Bäder die Stellung erhalten bleibt, die ihm gebührt auf Grund der Heilkraft seiner Quellen, ihrer objektiven wissenschaftlichen Erforschung und exakten Anwendung, der Schönheit und Mannigfaltigkeit seiner Kur- und Badeeinrichtungen sowie der Herrlichkeit der die Weltkurstadt am Rhein und am Taunus umgebenden Natur.

Das Wiesbadener Hotel- und Gaststättengewerbe in der Besatzungszeit.

Von Dr. Fritz Cramer.

Das Wiesbadener Hotel- und Gaststättengewerbe, das sich schon während des Krieges durch die Sperrung des Ausländerverkehrs und die umfangreiche Beschlagnahme von Wäsche und Metallgeschirren in seiner Betriebsfähigkeit stark eingeschränkt sah, erlitt mit Einzug der fremden Truppen sofort einen weiteren Rückschlag. Kunmehr trat auch eine scharfe Abschnürung des Inländerverkehrs in Erscheinung. Jahreslang war Wiesbaden vergeblich bei dem deutschen Publikum im unbesetzten Deutschland; erst allmählich gelang es, die Scheu vor einem Besuch in der alten Fremdenstadt zu mildern. Bedauerlich war es, daß gelegentlich stark übertriebene Berichte über die Verhältnisse in Wiesbaden die merkwürdigsten Auffassungen im unbesetzten Gebiet entstehen ließen. Die Korrespondenz der Wiesbadener Hotels aus der ersten Zeit der Besetzung gibt Aufschluß darüber, welcher unendlichen Aufklärung es bedurfte, die Bedenken der deutschen und neutralen Reisenden zu beschwichtigen und diese wieder nach Wiesbaden zu bringen.

Außerordentlich schädigend waren die bestehenden Vorschriften — wobei besonders an die erste Zeit der Besetzung gedacht werden muß — als die Freiheit der Einwohner auf das schärfste eingeschränkt wurde. Aber auch die nachfolgenden Verhältnisse, insbesondere diejenigen im Jahre des Ruhrkampfes, waren nicht dazu angetan, die Reiselust nach Wiesbaden zu fördern. Nach einer Verordnung der Hohen Kommission hatten sowohl aus einem anderen Land als Deutschland zugereiste deutsche Staatsangehörige wie auch die Angehörigen von Staaten, deren Truppen nicht an der Besetzung teilnahmen, binnen zwei Tagen nach Eintreffen im besetzten Gebiet der zuständigen deutschen Behörde ihren Paß zwecks Sichtvermerk vorzulegen; selbst die Angehörigen der Besatzungsmächte mußten ihre Ausweise dipieren lassen. Von einschneidender Wirkung waren die Vorschriften der Verordnung Nr. 167 der S. E. T. R., die besagten, daß sämtliche außerhalb des besetzten Gebietes wohnende Personen, die das 16. Lebensjahr überschritten haben, zur Einreise in das besetzte Gebiet eines Ausweises des Oberdelegierten der Hohen Kommission bedurften. Die vorgeschriebene Form des Antrages zur Einreise lud nicht dazu ein, Wiesbaden zu besuchen. Nur zu oft mußte man die Wahrnehmung machen, daß Kurgäste, die Wiesbaden aufzusuchen beabsichtigten, infolge dieser Umstände an der Grenze des besetzten Gebiets umkehrten und ihren Kuraufenthalt in anderen Plätzen wählten.

Es liegt auf der Hand, daß diese Bestimmungen den Fremdenverkehr außerordentlich behinderten, wenn es auch schließlich gelang zu erreichen, daß die Einreisegestaltung gemindert von dem städtischen Verkehrsamt vorgelegt werden durften. Den Höhepunkt in den Schwierigkeiten hinsichtlich der Einreise stellten die Maßnahmen der deutschen und alliierten Behörden im Laufe des Ruhrkampfes dar; durch Wertzeitel wurde versucht, das Publikum über die Einreisemöglichkeiten aufzuklären, wie auch andererseits von den Frankfurter Behörden, wie der Eisenbahndirektion und der Polizeiverwaltung und von den Organisationen des Hotelgewerbes Unterstützung erbeten wurde. In dem Jahresbericht des Wiesbadener Hotelvereins für 1924 wurde festgestellt, daß „die furchterlichen Schäden des Ruhrkampfes sich lange bis in das Jahr 1924 erstreckt haben und daß besonders das Wiesbadener Hotelgewerbe scharf gelitten hat.“

Mit Beginn der Besetzung durch französische Truppen entbrannte ein ewiger Kampf um die Quartiergeldsätze; in vielen Dutzenden Eingaben und Berichten und in ständigen Verhandlungen wurde der Versuch gemacht, eine angemessene Vergütung für die Hergabe von Hotelzimmern an Besatzungsangehörige zu erlangen. Erhebliche Schwierigkeiten bereitete die Eingruppierung der einzelnen Häuser durch die Besatzungstruppen, wie andererseits mit fortschreitendem Währungsverfall die verspätete Auszahlung des Quartiergeldes jeden Verdienst illusorisch machte. Mit dem Besatzungswechsel mußte den Gepflogenheiten der neuen Truppen Rechnung getragen werden und wiederum hätten die Hotelvereine und die deutschen Behörden ständige Auseinandersetzungen über die Bezahlung der requirierten Hotelzimmer zu führen. Es darf betont

werden, daß bei diesen Fragen die deutschen Dienststellen nach bestem Können zu helfen versuchten; aber auch ihre Unterstützung blieb erfolglos hinsichtlich der vollkommen ungeheuerlichen, lange Zeit bestehenden Anordnung der französischen Militärbehörde, daß die Hotels bis 6 Uhr abends ohne jegliche Entschädigung erst 8 Prozent, dann 15 Prozent und später 10 Prozent der Zimmer für Besatzungsangehörige zu reservieren hatten. Einigen Hotels waren sogar die Nummern derjenigen Zimmer abgegeben, die bereitzubehalten waren. Trotz vielfacher Schritte, die u. a. zu Rücksprachen bei dem kommandierenden General und Oberkommissar Tizard in Koblenz führten, wurde die Anordnung nicht zurückgenommen; erst nach geraumer Zeit verließ ihre Handhabung schließlich im Sande. Bemerkenswert ist der damalige in dieser Frage einstimmig gefasste Beschluß einer Versammlung des Hotelvereins, daß in schärfster Weise trotz zu erwartender finanzieller Schädigungen gegen das angetane Unrecht Protest erhoben werden sollte.

Wenig erfreuliche Episoden aus der Zeit des Ruhrkampfes waren die Aufriktion von bewachten Schlagbäumen an den Eingangsstraßen von Wiesbaden und weiterhin das vom kommandierenden General des 30. Armeekorps erlassene Verbot der Devisenannahme in den Hotelbetrieben. Außerordentlich schädigend wirkte sich für die betroffenen Hotels die Unterbringung der Regie-Eisenbahner aus, die von der Lokomotive kommend, es sich in den Hotelzimmern bequem machten.

Eine nicht unwesentliche Besatzung, insbesondere für die Restaurants und Gastwirtschaften, bildeten die Vorschriften über die Weinsteuerverbreitung der Besatzungstruppen. Neben der Unmöglichkeit der Ausfüllung der seit August 1922 geltenden Formulare hatte der Betriebsinhaber auch noch die beträchtlichen Kosten zur Beschaffung derselben in Kauf zu nehmen; so war es bei dem glasweise verkauften Wein unter Umständen für den Gastwirt vorteilhafter die Steuer zu tragen, da ihr Betrag geringer war wie die Unkosten für die Formulare.

Mit dem Beginn der englischen Besatzungszeit ergingen sehr hindernde scharfe Vorschriften über den Verkauf von alkoholischen Getränken an die Angehörigen der Besatzungsmacht. Die Bestimmungen waren bezüglich der vorgeschriebenen Zeiten, der Rangstufen und ähnliches so kompliziert, daß die Betriebsinhaber mit dem besten Willen Verlegungen nicht vermeiden konnten.

Wenn es möglich wäre, alle diese Erscheinungen in ihrer schädigenden Auswirkung auf das Wiesbadener Hotel- und Gaststättengewerbe zahlenmäßig festzuhalten, dann könnte der Beweis erbracht werden, wie ungeheuer die Besatzungszeit für den Rückgang in diesem Gewerbe verantwortlich zu machen ist. Vergleiche über Umsatzziffer, Übernachtungsziffern, Zahl der Gäste in den einzelnen Häusern liegen nicht vor. Tatsache war, daß Dutzende von Hotels mit Tausenden von Betten verschwand und nicht mehr ihren eigentlichen Zwecken dienten.

Wie weit das so stark geschwächte und belastete Wiesbadener Hotelgewerbe fernerhin seine Aufgabe als hervorragender Träger unseres heimischen Wirtschaftslebens erfüllen kann, steht dahin; an gutem Willen zum Aufbau fehlt es im Wiesbadener Gaststättengewerbe nicht. Er hofft, daß der 30. Juni 1930 eine Wendung zum Besseren bringt.

Das Wiesbadener Hotelgewerbe erwartet, daß die Behörden nicht vergessen, was es in den Jahren der Besetzung zu erdulden hatte und es hegt die Hoffnung, daß auch die Volksgenossen der immer freigesetzten Gebiete unseres Vaterlandes sich erinnern, daß im alten Heilbad Wiesbaden die heißen Quellen für den Kranken kräftig weiter sprudeln und die Schönheiten der Stadt dem Erholungsuchenden und dem Passanten weiter Zerstreuung und Anregung gewähren. Das Wiesbadener Gaststättengewerbe wünscht, daß es bald endgültig vergessen kann, daß es noch vor wenigen Jahren Gäste in seinen Betrieben beherbergte, die ihren Wünschen mit einem „nous sommes les vainqueurs“ nur allzu deutlich Nachdruck verliehen hatten.